

Die **Gemeindekasse** Bayern

Fachzeitschrift für das kommunale Finanzwesen

Herausgeber

Bernd Buckenhofer, Geschäftsführendes Vorstandsmitglied des Bayer. Städtetages
Dr. Judith Laeverenz, Ministerialrätin im Bayer. Staatsministerium des Innern,
für Sport und Integration
Dr. Johann Pentenrieder, Wirtschaftsprüfer
Helmut Wiedemann, Abteilungsleiter im Bayer. Kommunalen Prüfungsverband
Dr. Dieter Zöllner, Vors. Richter am Bayer. Verwaltungsgerichtshof

Inhaltsverzeichnis
zum Jahrgang 2023

Jahresinhaltsverzeichnis

FSt vor der Randnummer = „FUNDSTELLE“, GK = „GEMEINDEKASSE“

I. Alphabetisches Stichwortverzeichnis

Die Zahlen bedeuten **Randnummer** und Seite

II. Verzeichnis der Entscheidungen ab S. 49

A

Abfallentsorgung

- Der Transport von Klärschlamm auf der Straße unterliegt dem Kreislaufwirtschaftsgesetz (KrWG) FSt 57, 191
- Auslegung des Begriffs „sobald“ in § 2 Abs. 2 Nr. 9 KrWG FSt 57, 192
- Unterbrechung des Abwasserbeseitigungsprozesses während der Zwischenphase des Transports der Stoffe zur Kläranlage FSt 57, 192
- Das Saug- und Pumpfahrzeug, mit dem die Stoffe transportiert werden, ist keine Abwasseranlage im Sinne des § 2 Abs. 2 Nr. 9 KrWG FSt 57, 193
- Die Beförderung der Stoffe zur kommunalen Abwasseranlage durch das Saug- und Pumpfahrzeug ist kein „Sammeln“ von Abwasser im Sinne des § 54 Abs. 2 Satz 1 WHG FSt 57, 193
- Gemeinschaftsrechtliche Vorschriften existieren für den Transport von Klärschlamm auf der Straße nicht FSt 57, 194
- Abfalleigenschaft des Klärschlammes trotz dessen Verwertung in der Kläranlage FSt 57, 195
- Die bloße Verlängerung der Betriebsdauer einer Abfalldeponie ist keine wesentliche Änderung der Anlage im Sinne des Art. 3 Nr. 9 der Richtlinie 2010/75/EU FSt 78, 270
- Genehmigungspflicht bei wesentlicher Änderung der Anlage FSt 78, 270
- Zwei Voraussetzungen für das Vorliegen einer wesentlichen Änderung FSt 78, 271
- Die bloße Verlängerung der Betriebsdauer ohne Änderung des Umfangs oder der Gesamtkapazität der Anlage ist keine wesentliche Änderung FSt 78, 271

Abgabenordnung

- Änderung des Anwendungserlasses zur Abgabenordnung (AEAO) GK 205, 505

Ablösungsvertrag

- Richtlinien zur Anwendung der Verordnung zur Berechnung von Ablösebeträgen nach dem Eisenbahnkreuzungsgesetz, dem Bundesfernstraßengesetz und dem Bundeswasserstraßengesetz 2022 (ABBV-Richtlinien 2022) FSt 47, 159

Anschluss- und Benutzungszwang

- Abwasser: Befreiung vom Anschluss- und Benutzungszwang, Zumutbarkeit der Kosten für die Erneuerung/Sanierung einer Hebeanlage FSt 220, 740
- Bedeutung einer satzungswidrigen Übernahme der Unterhaltungslast für eine private Hebeanlage durch die Gemeinde in der Vergangenheit FSt 220, 741
- Wirksamkeit der Entwässerungssatzung FSt 220, 742
- Hinreichende Bestimmtheit der Befreiungsregelung FSt 220, 742
- Erschließung der Grundstücke durch die Entwässerungseinrichtung FSt 220, 743
- Kein Vorliegen besonderer Gründe, die ausnahmsweise eine Befreiung rechtfertigen könnten FSt 220, 743
- Keine Unzumutbarkeit der zu erwartenden Aufwendungen für die Wiederherstellung eines ordnungsgemäßen Anschlusses an die Entwässerungseinrichtung FSt 220, 744

Anwärterbezüge

- Rückforderung von Anwärterbezügen bei Entlassung aus dem Beamtenverhältnis auf Widerruf wegen mangelnder charakterlicher Eignung GK 81, 205

Arbeitnehmer

- Aufhebungsvertrag – Gebot fairen Verhandeln FSt 3, 13

- Nochmals: Coronabedingte Betriebsschließung und Betriebsrisiko FSt 62, 209
- Erleichterter Zugang zum Kurzarbeitergeld führt nicht zu einer Bejahung des Betriebsrisikos des Arbeitgebers FSt 62, 209
- Möglicher Schadensersatzanspruch von Arbeitnehmern bei Nichteinführung von Kurzarbeit FSt 62, 210
- Für die Einordnung eines Risikos als Betriebsrisiko kommt es auf – mögliche – nachgelagerte Ansprüche nicht an FSt 62, 210
- Keine Änderung der Risikozuordnung aufgrund von Art. 240 § 1 Abs. 2 und 4 Nr. 2 EGBGB FSt 62, 212
- Bessere Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben durch sog. Vereinbarkeitsrichtlinienumsetzungsgesetz FSt 122, 407
- Fiktion eines unbefristeten Arbeitsverhältnisses; Fortsetzung nach Befristungsablauf; Urlaubsgewährung FSt 184, 612
- Voraussetzungen des § 15 Abs. 5 TzBfG a.F./§ 15 Abs. 6 TzBfG n.F.: Fiktion eines unbefristeten Arbeitsverhältnisses FSt 184, 613
- Die Auslegung nach verschiedenen anerkannten Methoden ergibt, dass Urlaub nach dem Befristungsende nicht zu einem unbefristeten Arbeitsverhältnis führt FSt 184, 614
- Personalprobleme in der öffentlichen Verwaltung: Wohngeldsachbearbeitung; neuer Zertifikatslehrgang Verwaltung Fachrichtung „Wohngeld“ FSt 237, 800
- Kein Annahmeverzug des Arbeitgebers bei Weisung zur Durchführung von PCR-Tests vor Tätigkeitsaufnahme, hier: Flötistin GK 25, 61
- Sachbezugswerte für freie Mahlzeiten und freie Unterkunft ab 1.1.2023 GK 32, 74
- Volumen für leistungsorientierte Bezahlung gemäß § 18 Abs. 3 Satz 1 TVöD – Verlängerung der Möglichkeit einer freiwilligen Erhöhung auf 4 % GK 52, 136
- Nochmals: Wert der Personalunterkünfte ab 1.1.2023 GK 55, 139
- Bek des StMAS vom 20.1.2023 – Ehrung von Arbeitsjubilaren GK 59, 144
- Annahmeverzugsvergütung; Leistungswilligkeit; Zurückbehaltungsrecht GK 100, 254
- Tarifverdienste 2022– Entwicklung der Indizes GK 103, 260
- Annahmeverzugsvergütung – Reiserückkehrer aus Risikogebiet GK 110, 279
- Anbieten der Arbeitsleistung durch persönliches Erscheinen des Arbeitnehmers GK 110, 279
- Leistungswilligkeit und Leistungsfähigkeit GK 110, 280

- Rechtliche Möglichkeit der Erbringung von Arbeitsleistung GK 110, 280
- Zumutbarkeit der Annahme der Arbeitsleistung GK 110, 282
- Verfassungsmäßigkeit des Solidaritätszuschlags GK 141, 353
- Tarifabschluss 2023 für kommunale Beschäftigte GK 151, 373
- Entgelterhöhung GK 151, 374
- Inflationsausgleichgeld GK 151, 374
- Ausbildungs- und Prüfungspflicht GK 151, 375
- Annahmeverzugsvergütung ist in Höhe des Mindestlohnes nicht der Ausschlussfrist unterworfen GK 186, 452
- Arbeitgeberzuschüsse zur Entgeltumwandlung zum Zwecke der betrieblichen Altersversorgung GK 208, 517
- Höhe des Arbeitgeberzuschusses GK 208, 518
- Abwicklung/Verwendung des Arbeitgeberzuschusses GK 208, 519
- Laufende Zuschüsse GK 208, 519

Arbeitsschutz

- Verordnung zur Aufhebung der SARS-CoV-2-Arbeitsschutzverordnung vom 26.1.2023 GK 59, 144

Arbeitszeit

- Ersatzruheitag für Arbeit an einem Wochenfeiertag FSt 38, 127
- Pflicht der Arbeitgeber zur Erfassung der Arbeitszeit ihrer Beschäftigten FSt 72, 245

Architekten

- Haftung des Planers bei Rückforderung von Fördermitteln aufgrund von Fehlern im Vergabeverfahren FSt 126, 419
- Beschränkung der Leistungspflichten des Planers, weil der Vertragspartner ein öffentlicher Auftraggeber ist? (verneint) FSt 126, 419
- Pflichtverletzung des Planers beim „Zusammenstellen der Vergabeunterlagen für alle Leistungsbereiche“ (Leistungsphase 6) FSt 126, 420
- Pflichtverletzung des Planers beim „Prüfen und Werten der Angebote“, „Führen von Bietergesprächen“ und „Erstellen der Vergabevorschläge, Dokumentation des Vergabeverfahrens“ (Leistungsphase 7) FSt 126, 421
- Mitverschulden der Gemeinde (hier 25 %) FSt 126, 422
- Architektenvertrag: Fristlose Kündigung bei Schlechtleistung; Rückerstattung geleisteter Abschlagszahlungen FSt 219, 732
- Der Anspruch auf Rückzahlung zu viel gezahlter Abschlagszahlungen folgt aus Vertrag, nicht aus Bereicherungsrecht FSt 219, 734

- Wichtige Gründe für die Kündigung eines Architektenvertrags FSt 219, 735
- Fehlendes Bewirken eines Planungsfortschritts in einem Zeitraum von knapp 23 Monaten und Versäumung einer zur Beschleunigung gesetzten Frist als außerordentlicher Kündigungsgrund FSt 219, 735
- Ausnahmsweise Entbehrlichkeit einer Kündigungsandrohung FSt 219, 736
- Der Architekt muss darlegen und beweisen, dass ihm die erhaltenen Abschlagszahlungen zustehen FSt 219, 736
- Dokumentation der Ortsbesichtigung als Teil der Leistungsphase 1 FSt 219, 737
- Fehlender Nachweis der Erbringung der Leistungen aus der Leistungsphase 2 FSt 219, 738
- Fehlender Nachweis der Erbringung der Leistungen aus der Leistungsphase 3 FSt 219, 739
- Der Architekt kann die Zahlung von Schadensersatz wegen planungsbedingter Baumängel nur verweigern, wenn ihre Beseitigung unverhältnismäßige Kosten erfordert GK 170, 424
- Grundsätzliches zur Architektenhaftung GK 170, 425
- Wann sind die entstandenen Kosten unverhältnismäßig? GK 170, 425
- Urheberrecht im Spannungsverhältnis zwischen geistigem Eigentum des Architekten und Nutzungsrecht des Bauherrn GK 210, 520
- Pflichtverletzungen des Architekten und ihre Folgen GK 223, 549

Archiv-CD-ROM

- Archiv-CD-ROM „FStGK“ für „Fundstelle“ und „Gemeindekasse“ – Ausgabe 2022 FSt 48, 160
- Archiv-CD-ROM „FStGK“ für „Fundstelle“ und „Gemeindekasse“ – Ausgabe 2022 GK 40, 93

Ärzte

- Tarifabschluss für Ärztinnen und Ärzte an kommunalen Krankenhäusern ab 1.1.2023 GK 160, 398

Ausgleichsabgabe

- Schwerbehinderte: Rückwirkende Anrechnung von Beschäftigten in Teilzeit mit weniger als 18 Wochenstunden auf Zahl der Pflichtarbeitsplätze FSt 138, 459

Auskünfte

- Höhe der Gebühr bei Rücknahme eines Antrags auf verbindliche Auskunft GK 73, 181
- Wertgebühr oder Zeitgebühr GK 73, 181

- Ermessenslenkende Verwaltungsvorschrift (AEAO zu § 89 Abs. 7 Satz 2 AO) GK 73, 182
- Gerichtlicher Prüfungsmaßstab für Ermessensentscheidungen GK 73, 182
- Festsetzung einer Gebühr und Gebührenermäßigung GK 73, 182
- Ermessen nicht auf die Festsetzung einer Zeitgebühr reduziert GK 73, 183
- Keine Ermessensreduzierung auf Null wegen Gebühreuzwecken GK 73, 183
- Bearbeitung von Anträgen auf Erteilung verbindlicher Auskünfte GK 158, 392
- (Nicht-)Erteilung einer verbindlichen Auskunft GK 158, 395

Ausländer, Asylbewerber

- Versagung des Einvernehmens des BMI zu Berliner Aufnahmeanordnung für zusätzliche „Moria-Flüchtlinge“ FSt 39, 131
- Abschiebungshindernisse (hier: verneint) FSt 105, 359
- Ausweisung eines Menschen mit Behinderungen FSt 133, 440
- Ohne vorherige Mandatierung besteht kein Zugang für eine Nichtregierungsorganisation und ihren „Infobus für Flüchtlinge“ zu Aufnahmeeinrichtungen FSt 253, 850
- Die Leistungsberechtigung nach dem AsylbLG; Teil 1: Personenkreis der Berechtigten GK 28, 65
- Ziele sind die Fürsorge sowie die Vermeidung von „Pull-Effekten“ GK 28, 65
- Der leistungsberechtigte Personenkreis ist abschließend bestimmt GK 28, 65
- Leistungsberechtigt sind näher beschriebene Ausländer GK 28, 66
- Umstritten ist, ob das AsylbLG auch auf Unionsbürger anzuwenden ist GK 28, 66
- Tatsächlicher Aufenthalt im Bundesgebiet GK 28, 66
- Aufenthaltsrechtlicher Status GK 28, 66
- Aufenthaltsgestattung GK 28, 67
- Asylgesuch GK 28, 67
- Flughafenverfahren GK 28, 67
- Aufenthaltserlaubnis GK 28, 68
- Aufenthaltserlaubnis wegen Krieges im Heimatland GK 28, 68
- Registrierte Flüchtlinge aus der Ukraine GK 28, 68
- Aufenthaltserlaubnis nach § 25 Abs. 4 Satz 1 AufenthG GK 28, 69
- Aufenthaltserlaubnis nach § 25 Abs. 5 AufenthG GK 28, 69
- Ausländerrechtliche Duldung GK 28, 69
- Vollziehbar Ausreisepflichtige GK 28, 70

- Ehegatten, Lebenspartner und minderjährige Kinder GK 28, 70
- Folge- und Zweitantrag auf Asyl GK 28, 71
- Die Leistungsberechtigung nach dem AsylbLG;
 - Teil 2: Ausnahmen und Beendigung GK 37, 86
- Ausländer mit verfestigtem Aufenthalt werden bevorzugt GK 37, 86
- Beendigung der Leistungsberechtigung
 - GK 37, 87
- Ausreise GK 37, 87
- Entfallen der Leistungsvoraussetzungen
 - GK 37, 87
- Minderjährige mit Aufenthaltserlaubnis
 - GK 37, 88
- Ausschluss der Leistungsberechtigung GK 37, 88
- Eingeschränkte Überbrückungsleistungen bis zur Ausreise GK 37, 88
- Leistungen in Härtefällen GK 37, 88

Ausschüsse

- Sitzverteilung in kommunalen Ausschüssen; Spiegelbildlichkeitsgrundsatz; Sitzvergabe an Ausschussgemeinschaften; verfassungskonforme Auslegung FSt 108, 361
- Die Vorschriften über die Ausschussbesetzung sollen in erster Linie gewährleisten, dass die Ausschüsse ein verkleinertes Abbild des Kreistags bzw. Gemeinderats darstellen FSt 108, 361
- Das gesetzliche Leitbild der Spiegelbildlichkeit steht einer Berücksichtigung von Ausschussgemeinschaften entgegen, wenn dadurch das originäre Mitwirkungsrecht einer größeren Gruppe vollständig zunichtegemacht wird
 - FSt 108, 362
- Das aus der Verfassung abgeleitete Spiegelbildlichkeitsprinzip gilt gleichermaßen für die Besetzung kommunaler Ausschüsse FSt 108, 363
- Das verfassungsrechtlich legitime Ziel des Minderheitenschutzes kann den vollständigen Ausschluss einer an sich ausschussfähigen Fraktion von der Mitwirkung in den Ausschüssen nicht rechtfertigen FSt 108, 365
- Die Vorschriften über die Ausschussgemeinschaften bedürfen zur Vermeidung unhaltbarer Ergebnisse einer verfassungskonformen Auslegung FSt 108, 366
- Mit der verfassungsrechtlich gebotenen Normreduktion wird weder der Wille des Gesetzgebers missachtet noch läuft damit die Vorschrift des Art. 27 Abs. 2 Satz 5 LKrO praktisch ins Leere FSt 108, 367
- Verteilung von Ausschusssitzen; Aufsichtsratsitze in Kommunalunternehmen; Grundsatz der Spiegelbildlichkeit; Minderheitenschutz
 - FSt 157, 521

- Zulässigkeit der Wahl des Verfahrens nach d'Hondt FSt 157, 521
- Von einer früheren, für die kleineren Fraktionen günstigeren Praxis der Sitzvergabe darf die Ratsmehrheit auch aus eigennützigen Motiven abtrücken FSt 157, 523
- Das verfassungsrechtliche Spiegelbildlichkeitsprinzip gilt nicht für die mit Gemeindevertretern besetzten Organe der kommunalen Unternehmen FSt 157, 524
- Die Zulassung von sog. Entsendegemeinschaften entsprechend Art. 33 Abs. 1 Satz 5 GO ist verfassungsseitig nicht geboten FSt 157, 525

Außenbereich

- Einbeziehungssatzung nach § 34 Abs. 4 Satz 1 Nr. 3 BauGB; Prägung durch bauliche Nutzung des angrenzenden Bereichs FSt 208, 696
- Abgrenzung von Innen- und Außenbereich
 - FSt 218, 730
- Bebauungszusammenhang im Sinne des § 34 BauGB FSt 218, 730
- Bebauungszusammenhang durch einen Maschendrahtzaun und die Anbindung des Grundstücks an einen Wendehammer? (verneint)
 - FSt 218, 731

Außerordentliche Kündigung

- Wahrung der Kündigungserklärungsfrist bei außerordentlicher Kündigung FSt 136, 455

B

Baugenehmigung

- Erfolgreiche Nachbarklage gegen die Genehmigung von 39 Stellplätzen an der Grundstücksgrenze FSt 30, 99
- Nachbarschützende Belange im Zusammenhang mit der Erstellung von Stellplätzen werden nach bayerischem Bauordnungsrecht allenfalls teilweise berücksichtigt FSt 30, 99
- Bereits der durch sieben offene Stellplätze in einem allgemeinen Wohngebiet verursachte Lärm kann wegen der zu den Parkplätzen hin ausgerichteten Fenster der Wohnräume das Wohnen erheblich stören und nach § 15 BauNVO unzulässig sein FSt 30, 99
- Ein Angriff gegen die Beweiswürdigung des Erstgerichts ist kein Verfahrensmangel, sondern dem materiellen Recht zuzuordnen
 - FSt 30, 101
- Bauantrag für die Nutzung eines Flachdachs als Dachterrasse: Einfügen hinsichtlich des Maßes der baulichen Nutzung FSt 41, 136

- Die nähere Umgebung ist für jedes der Merkmale des § 34 Abs. 1 Satz 1 BauGB gesondert zu ermitteln; im Hinblick auf das Maß der baulichen Nutzung ist der maßgebliche Bereich in der Regel enger zu begrenzen als bei der Art der baulichen Nutzung FSt **41**, 136
- Berücksichtigung von Schatten spendenden Einrichtungen wie Sonnensegeln oder Sonnenschirmen und einer Absturzsicherung bei der Frage des Einfügens der Dachterrasse in die nähere Umgebung FSt **41**, 137
- Ein Verstoß gegen die drittsschützende Vorschrift des Art. 9 BayBO führt nicht zur Rechtswidrigkeit der Baugenehmigung FSt **76**, 266

Baumaßnahmen

- Arglistig verschwiegener Mangel; Verjährungsfrist GK **120**, 306

Baunutzungsverordnung

- Bauplanungsrechtliche Unzulässigkeit eines Dorfgemeinschaftshauses mit (privatem) Festbetrieb im Dorfgebiet; (keine) Anlage für kulturelle/soziale Zwecke FSt **196**, 660
- Gebietsunverträglichkeit eines Dorfgemeinschaftshauses mit (privatem) Festbetrieb im Dorfgebiet FSt **196**, 661
- Unverträglichkeit mit der ausschließlichen Wohnnutzung in der Umgebung FSt **196**, 663
- Unbestimmtheit der Baugenehmigung FSt **196**, 664
- Präklusionswirkung nach § 6 Umweltrechtsbehelfsgesetz (UmwRG) FSt **196**, 666

Bauordnung

- Gesetz zur Änderung des Bayerischen Straßen- und Wegegesetzes und der Bayerischen Bauordnung FSt **87**, 290
- Dächer: Art. 30 BayBO n.F. FSt **87**, 298
- Behandlung des Bauantrags: Art. 65 BayBO n.F. FSt **87**, 299
- Übergangsvorschriften: Art. 83 BayBO n.F. FSt **87**, 300
- Gesetz zur Änderung der Bayerischen Bauordnung FSt **229**, 773
- Abstandsflächen, Abstände: Art. 6 Abs. 7 Satz 1 Nr. 4 BayBO n.F. FSt **229**, 773
- Verfahrensfreie Bauvorhaben, Beseitigung von Anlagen: Art. 57 BayBO n.F. FSt **229**, 774
- Baugenehmigung, Genehmigungsfiktion und Baubeginn: Art. 68 Abs. 2 BayBO n.F. FSt **229**, 775
- Übergangsvorschriften: Art. 83 BayBO n.F. FSt **229**, 776

- Gesetz zur Änderung des Baukammergesetzes und weiterer Rechtsvorschriften; hier: Abweichungen nach Art. 63 BayBO FSt **243**, 815

Baupreisindex

- Baupreisindizes im August 2022 GK **20**, 46

Bauvertrag

- Zulässigkeit der Einstellung der Arbeiten durch Baufirma wegen ungeklärter Nachtragsforderungen? FSt **99**, 334
- Hohe Hürden für Leistungsverweigerungsrecht der Baufirma wegen nicht anerkannter Nachträge FSt **99**, 335
- Kein Leistungsverweigerungsrecht, wenn die im strittigen Nachtrag enthaltenen Leistungen zur weiteren Ausführung nicht erforderlich sind FSt **99**, 336
- Die unberechtigte Einstellung der Arbeiten kann den Auftraggeber zur fristlosen Kündigung berechtigen (hier bejaht) FSt **99**, 336
- Tätigkeiten des Architekten im Zusammenhang mit der Ersatzvornahme nach Kündigung einer Baufirma sind regelmäßig keine gesondert zu honorierenden Leistungen FSt **99**, 338
- Anforderungen an eine schlüssige Abrechnung von Malerarbeiten, die nach Stunden abgerechnet werden sollen FSt **151**, 513
- Erforderliche Ausführungen des Auftragnehmers zur Begründung eines nach Zeitaufwand zu bemessenden Vergütungsanspruchs FSt **151**, 514
- Zusätzliche Technische Vertragsbedingungen und Richtlinien für Ingenieurbauten, ZTV-ING, Ausgabe Oktober 2022 FSt **163**, 548
- VOB-Vertrag: Wann liegen in sich abgeschlossene Teilleistungen vor, die selbstständig gekündigt werden können? FSt **173**, 579
- Wann liegt ein in sich abgeschlossener Teil der Leistung vor? FSt **173**, 580
- Unterschied zwischen abgrenzbarer Leistung (§ 648a Abs. 2 BGB) und in sich abgeschlossener Teilleistung (§ 8 Abs. 3 Nr. 1 Satz 2 VOB/B) FSt **173**, 582
- VOB: Wann ist eine Aufforderung zur Mängelbeseitigung nebst Fristsetzung ausnahmsweise entbehrlich? FSt **187**, 623
- Eine Aufforderung zur Mängelbeseitigung nebst Fristsetzung kann ausnahmsweise entbehrlich sein FSt **187**, 624
- Voraussetzungen für die Unzumutbarkeit einer Nachbesserung durch den Auftragnehmer FSt **187**, 624

- Aus dem Verhalten des Auftragnehmers bei der Mängelanalyse kann sich die Unzumutbarkeit ergeben, ihn mit der Mängelbeseitigung zu betrauen FSt 187, 625
- Das Angebot einer unzulänglichen Mängelbeseitigung kann das Erfordernis einer Fristsetzung zur Mängelbeseitigung entfallen lassen FSt 187, 625
- Berechnung des geänderten Preises gemäß § 2 Abs. 5 VOB/B nach tatsächlich erforderlichen Kosten; Darlegungslast des Auftragnehmers; Kosten der Nachtragerstellung FSt 209, 698
- Ermittlung des neuen Preises auf Grundlage tatsächlich erforderlicher Kosten zuzüglich angemessener Zuschläge auch bei § 2 Abs. 5 VOB/B FSt 209, 698
- Nichtvorliegen einer Vereinbarung der Parteien, dass neue Preise durch vorkalkulatorische Preisfortschreibung gebildet werden sollen FSt 209, 699
- Der Auftragnehmer muss die tatsächlich angefallenen Kosten zuzüglich angemessener Zuschläge darlegen FSt 209, 700
- Keine Erstattung der Kosten für die Erstellung eines Nachtrags über § 2 Abs. 5 VOB/B FSt 209, 703
- Dienen Malerarbeiten nicht lediglich dem Anstrich des Hauses, sondern der Reparatur von Schäden des Untergrunds, liegt ein Bauvertrag vor GK 18, 43
- Ein Vertrag über die Instandhaltung eines Bauwerks ist ein Bauvertrag, wenn das Werk für die Konstruktion, den Bestand oder den bestimmungsgemäßen Gebrauch von wesentlicher Bedeutung ist GK 18, 43
- Die vom Auftragnehmer vorgegebene Klausel, dass der Auftraggeber Baustrom und Bauwasser zu stellen hat, ist unwirksam GK 27, 64
- VOB: Ein Bauvertrag kann nicht per einfacher E-Mail gekündigt werden GK 46, 118
- Vergütung für Leistungen, die im Zeitpunkt der außerordentlichen Kündigung noch nicht in das Bauwerk eingegangen sind? GK 75, 187
- Berechnung der ersparten Aufwendungen nach Kündigung des Bauvertrags GK 161, 402
- Hat der Auftragnehmer den Preis nur „im Kopf kalkuliert“, muss er die maßgeblichen Preisermittlungsgrundlagen nachträglich zusammenstellen GK 161, 403
- Objektbetreuender Architekt und Bauunternehmer sind keine Gesamtschuldner GK 162, 405

Beamtenbesoldung

- Gesetz zur Änderung dienstrechtlicher Vorschriften FSt 227, 765

Bebauungsplan

- Anwendung der 18. BImSchV bei der Überplanung einer Gemengelage aus Wohnbebauung und Sportanlage FSt 17, 58
- Bei der Überplanung einer Gemengelage aus Wohnbebauung und Sportanlage darf zur Bewältigung des Nutzungskonflikts unter Rückgriff auf die Immissionsrichtwerte der 18. BImSchV ein Mittelwert gebildet werden FSt 17, 59
- § 5 Abs. 2 der 18. BImSchV ist keine allgemeine Öffnungsklausel für Überschreitungen der Immissionsrichtwerte in Freibädern in den Ruhezeiten FSt 17, 59
- Zumutbarkeit der Mittelwertüberschreitung bei Vorliegen eines seltenen Ereignisses gemäß § 5 Abs. 5 der 18. BImSchV FSt 17, 60
- Im Wege einer Feinsteuerung können Überschreitungen des Mittelwerts nach Maßgabe der Umstände des Einzelfalls den lärmbeeinträchtigten Anwohnern zumutbar sein FSt 17, 60
- Hohe Anforderungen an die Rechtfertigung einer Überschreitung des Mittelwerts FSt 17, 61
- Nachbarklage gegen eine Baugenehmigung: Nachbarschützende Wirkung von Bebauungsplanfestsetzungen; Anwendung des sog. Schmalseitenprivilegs FSt 18, 62
- Ob Festsetzungen über das Maß der baulichen Nutzung ausnahmsweise auch darauf gerichtet sind, dem Schutz des Nachbarn zu dienen, hängt vom Willen der Gemeinde als Plangeber ab FSt 18, 62
- Für die Anwendung des sog. Schmalseitenprivilegs des Art. 6 Abs. 6 BayBO a.F. (Art. 6 Abs. 5a Satz 2 BayBO n.F.) kommt es nur auf die abstandsflächenrelevanten Wandteile an FSt 18, 63
- Bei einem nur teilweise profilgleichen Anbau sind die seitlichen Abschlusswände, an denen die Gebäude aneinanderstoßen, nicht als Außenwände im Sinne von Art. 6 Abs. 6 BayBO a.F. (Art. 6 Abs. 5a Satz 2 BayBO n.F.) zu behandeln FSt 18, 64
- Beeinträchtigung der Sicht von und zu einem Schloss durch die im benachbarten Gebiet vorgesehene Bebauung als abwägungserheblicher Belang des Schlosseigentümers? FSt 29, 94
- Schutzwürdiges Interesse eines Denkmaleigentümers, dass der mit der Unterschutzstellung angestrebte Zweck auch tatsächlich und auf Dauer erreicht werden kann, als abwägungserheblicher privater Belang FSt 29, 94
- Erfordernis einer möglicherweise erheblichen Beeinträchtigung des Denkmals durch das Vorhaben FSt 29, 94

- Keine Antragsbefugnis eines Denkmaleigentümers, wenn er willkürlich gewählte Sichtbeziehungen zu seinem Denkmal bezeichnet, die durch eine mit der Planung ermöglichte Bebauung mehr oder weniger beeinträchtigt werden können FSt 29, 96
- Keine erhebliche Beeinträchtigung des Erscheinungsbilds eines Denkmals FSt 29, 97
- Unwirksamkeit der Festsetzung einer Fläche zur (Nah-)Wärmeversorgung im vereinfachten Verfahren FSt 40, 132
- Unzulässigkeit des vereinfachten Verfahrens (§ 13 BauGB), da die Grundzüge der Planung berührt sind FSt 40, 132
- Beachtlichkeit der fehlerhaften Wahl des vereinfachten Verfahrens FSt 40, 134
- Erforderlichkeit der Festsetzung der Grundflächenzahl oder der Größe der Grundfläche der baulichen Anlagen, wenn eine Versorgungsfläche ausgewiesen wird (§ 16 Abs. 3 Nr. 1 BauNVO) FSt 40, 134
- Unwirksamkeit des gesamten Bebauungsplans aufgrund der fehlerhaften Grundflächenfestsetzung FSt 40, 135
- Unwirksamkeit eines Bebauungsplans, weil die in das Internet eingestellten Planunterlagen nur mit Eingabe eines Benutzernamens und Passwortes abrufbar sind FSt 54, 178
- Die Regelungen des § 4a Abs. 4 BauGB erfordern den ungehinderten Zugriff auf die im Internet bereitgestellten Unterlagen FSt 54, 178
- Beachtlichkeit der nicht ausreichenden Zugänglichkeit von Unterlagen im Internet FSt 54, 179
- (Erfolgsloser) Normenkontrollantrag einer Gemeinde gegen den Bebauungsplan einer Nachbargemeinde (Gewerbegebiet) FSt 55, 180
- Eine Nachbargemeinde ist im Normenkontrollverfahren antragsbefugt, wenn ein in ihrem Gemeindegebiet liegender Verkehrsknotenpunkt von den verkehrlichen Auswirkungen der Gewerbegebietsausweisung deutlich betroffen sein könnte FSt 55, 180
- Nach dem interkommunalen Abstimmungsgebot sind die Bauleitpläne benachbarter Gemeinden aufeinander abzustimmen FSt 55, 181
- Ein bereits gegebener Ausbaubedarf eines Verkehrsknotenpunkts, der durch die Planung der Nachbargemeinde allenfalls geringfügig mehr in Anspruch genommen wird, löst das interkommunale Abstimmungsgebot nicht aus FSt 55, 181
- Zulässigkeit der für das Gewerbegebiet festgesetzten Lärmkontingente FSt 55, 182
- Keine Verletzung des landesplanerischen Anbindungsgebots FSt 55, 184
- Fehlende Erforderlichkeit eines Bebauungsplans FSt 63, 212
- Die Erforderlichkeit eines Bauleitplans richtet sich grundsätzlich nach der planerischen Konzeption der Gemeinde FSt 63, 212
- Die Einbeziehung einer Fläche in einen Bebauungsplan, für die keine Festsetzungen getroffen werden, kann (insoweit) zu dessen fehlender Erforderlichkeit führen FSt 63, 213
- Mit der Festsetzung von Sondergebieten kann die Gemeinde zwar grundsätzlich „maßgeschneiderte“ Sondernutzungsarten schaffen, muss hierbei jedoch ein gewisses Maß an Generalisierung wahren FSt 63, 214
- Auch bei einem Sondergebiet darf die Bestimmung der „Art der Nutzung“ regelmäßig nicht so konkret werden, dass eine individuelle Nutzung durch ein bestimmtes Unternehmen festgeschrieben wird FSt 63, 214
- Festsetzungen zum Maß der baulichen Nutzung müssen eindeutig den jeweiligen Bauräumen zugewiesen werden FSt 63, 215
- Bei der Festsetzung des Maßes der baulichen Nutzung ist die Zahl der Vollgeschosse oder die Höhe der baulichen Anlagen festzusetzen, wenn ohne ihre Festsetzung öffentliche Belange, insbesondere das Orts- und Landschaftsbild, beeinträchtigt werden können FSt 63, 216
- Erforderlichkeit von Festsetzungen zur Zahl der Vollgeschosse, wenn das Plangebiet in landschaftlich reizvoller Umgebung liegt FSt 63, 216
- Unwirksamkeit eines Bebauungsplans wegen unzulässiger inhaltlicher Korrektur durch die Gemeindeverwaltung ohne Beteiligung des Gemeinderats FSt 88, 301
- Es darf, von redaktionellen Änderungen abgesehen, nur der Satzungstext ausgefertigt werden, der auch tatsächlich beschlossen worden ist FSt 88, 302
- Erforderlichkeit der Beteiligung des Gemeinderats zur Korrektur fehlerhaft festgesetzter Wandhöhen FSt 88, 303
- Die erneute Bekanntmachung des korrigierten Bebauungsplans ist kein Ersatz für den erforderlichen Neubeschluss durch den Gemeinderat FSt 88, 304
- Beachtlichkeit der Verfahrensmängel; Gesamtunwirksamkeit des Bebauungsplans FSt 88, 305
- (Kein) Ersatz vergeblicher Aufwendungen eines Projektentwicklers für ein Bebauungsplanverfahren, das von der Gemeinde nicht zu Ende geführt wurde FSt 98, 328

- Keine Amtspflicht, einen Bebauungsplan mit dem ursprünglich ins Auge gefassten Inhalt zu erlassen oder überhaupt das Verfahren fortzuführen FSt 98, 329
- Keine Pflicht der Gemeinde, aus einer Festlegung im Flächennutzungsplan einen Bebauungsplan zu entwickeln FSt 98, 331
- (Keine) Verletzung der Amtspflicht zu konsequentem Verhalten FSt 98, 331
- Keine Zusicherung seitens der Gemeinde FSt 98, 332
- Keine vertragliche Übernahme des Risikos der Bebaubarkeit durch die Gemeinde FSt 98, 332
- Keine Ansprüche aus Verschulden bei Vertragsverhandlungen (c.i.c.) FSt 98, 333
- Erhebung einer Vorauszahlung auf den Kostenersatzbetrag für naturschutzrechtliche Ausgleichsmaßnahmen (§ 135a BauGB) FSt 139, 462
- Rechtsgrundlage der Kostenerstattung FSt 139, 462
- Zuordnung im Bebauungsplan FSt 139, 463
- Verteilungsmaßstab FSt 139, 464
- Kostenschuldner FSt 139, 465
- Zeitraum für die Erhebung einer Vorauszahlung FSt 139, 465
- Bedingte Beschlussfassung über Bebauungsplan und fehlende Zugänglichmachung einer in Bezug genommenen DIN-Vorschrift FSt 161, 540
- Voraussetzungen für die Zulässigkeit eines Beschlusses über einen Bebauungsplan unter einem Vorbehalt oder einer Bedingung FSt 161, 541
- Fehlerhafter Satzungsbeschluss, wenn sich der Eintritt der für seine Wirksamkeit festgelegten Bedingung nicht eindeutig bestimmen lässt FSt 161, 542
- Unzulässigkeit der Delegation der Entscheidung auf den Bürgermeister, ob eine Bedingung für die Wirksamkeit des Satzungsbeschlusses eingetreten ist FSt 161, 543
- Wird in den Festsetzungen auf ein nicht öffentlich zugängliches technisches Regelwerk verwiesen, muss der Hinweis erfolgen, dass dieses bei der Gemeinde eingesehen werden kann FSt 161, 543
- Normenkontrollantrag gegen die Festsetzung eines Industriegebiets in der weiteren Nachbarschaft FSt 171, 572
- Dass das Grundstück eines möglicherweise Planbetroffenen außerhalb des Plangebiets liegt, führt nicht notwendigerweise zur Unzulässigkeit eines Normenkontrollantrags FSt 171, 573
- Die Antragsbefugnis setzt voraus, dass die als verletzt bezeichneten abwägungsrelevanten Belange mehr als nur geringfügig sind FSt 171, 573
- Eine Lärmbetroffenheit ist ausgeschlossen, wenn ersichtlich ist, dass die einschlägigen Grenzwerte deutlich eingehalten werden FSt 171, 573
- Auch die ermittelten Werte für einen Immissionsort, der nicht unmittelbar neben dem möglicherweise betroffenen Anwesen liegt, können im Einzelfall herangezogen werden FSt 171, 574
- Lärmschutzbelange betroffener Plannachbarn sind grundsätzlich dann in die Abwägung einzubeziehen, wenn die Lärmbelastung – z.B. aufgrund der zu prognostizierenden zusätzlichen Verkehrsbelastung – infolge des Bebauungsplans ansteigt FSt 171, 574
- Die konkrete Ausgestaltung der Verhinderung möglicher Luftverunreinigungen kann im Bebauungsplanverfahren in der Regel offenbleiben FSt 171, 575
- Ein gebietsübergreifender Gebietserhaltungsanspruch ist regelmäßig ausgeschlossen FSt 171, 575
- Aus der bayerischen Verfassung resultieren regelmäßig keine Abwehrensprüche gegen die weitere Verbauung oder Zerstörung der Natur FSt 171, 576
- Außervollzugsetzung eines Bebauungsplans wegen eines Ermittlungsdefizits zum Verkehrslärm FSt 172, 576
- Sachgemäße Ermittlung der Verkehrslärmauswirkungen der künftigen Bebauung des Plangebiets FSt 172, 577
- Notwendiger Inhalt einer schalltechnischen Untersuchung FSt 172, 578
- Verkehrslärmauswirkungen infolge neuer Baulandausweisung als regelmäßig im Allgemeinwohl liegende Belange FSt 172, 579
- Gebietsübergreifender Bebauungsplan zweier Gemeinden durch Zweckvereinbarung? FSt 207, 693
- Gebietsübergreifender Bebauungsplan durch Gründung eines Planungsverbands (§ 205 Abs. 1 BauGB) FSt 207, 694
- Gebietsübergreifender Bebauungsplan durch Zweckvereinbarung? FSt 207, 694
- § 4b Satz 1 BauGB (Einschaltung eines Dritten) als Rechtsgrundlage für einen gemeinsamen gebietsübergreifenden Bebauungsplan? FSt 207, 695
- Unwirksamkeit eines auf Grundlage einer Zweckvereinbarung beschlossenen gebietsübergreifenden Bebauungsplans? FSt 207, 696

- Eine Freifläche in der Ortslage darf, wenn sie zum Siedlungsbereich zählt, in einen Bebauungsplan der Innenentwicklung (§ 13a BauGB) einbezogen werden FSt 242, 814
- Unionsrechtswidrigkeit von § 13b BauGB (Einbeziehung von Außenbereichsflächen in das beschleunigte Verfahren) FSt 267, 894
- Die Überplanung von Außenbereichsflächen auf der Grundlage einer unzulässigen Typisierung ohne Umweltprüfung ist unionsrechtlich nicht zulässig FSt 267, 895
- Die EU-Mitgliedstaaten müssen sicherstellen, dass Pläne und Programme, die voraussichtlich erhebliche Umweltauswirkungen haben, von der SUP-Richtlinie erfasst werden FSt 267, 896
- Die ausnahmslose Festlegung, dass ein Plan i.S.v. § 13b BauGB voraussichtlich keine erheblichen Umwelteinwirkungen erwarten lässt, entspricht nicht den Vorgaben der EU-SUP-Richtlinie FSt 267, 896
- Ein Zugriff auf Außenbereichsflächen schließt auch bei einer flächenmäßig begrenzten Wohnbebauung in der Nachbarschaft zu einem im Zusammenhang bebauten Ortsteil nicht aus, dass erhebliche Umweltauswirkungen entstehen können FSt 267, 897
- Der Anwendungsvorrang des Unionsrechts führt zur Unanwendbarkeit von § 13b BauGB FSt 267, 898
- Die Unterlassung der Umweltprüfung entbehrt der notwendigen Rechtsgrundlage und führt zur Unwirksamkeit des Bebauungsplans FSt 267, 899
- Der vollständige Ausschluss von Einzelhandel im Gebiet eines Bebauungsplans, um außerhalb gelegene Versorgungsbereiche zu schützen, ist keine andere Maßnahme der Innenentwicklung FSt 269, 902

Behinderte

- Änderungen des Pflege- und Wohnqualitätsgesetzes – PflWoqG FSt 228, 771
- FQA-Kontrollen FSt 228, 771
- FQA-Mangelfeststellung FSt 228, 771
- Trägerwechsel – Übergang auf Rechtsnachfolger FSt 228, 772
- Kommunale Träger – Möglichkeit, Zwangsmittel zu erlassen FSt 228, 772
- Betriebsuntersagung – Anpassung der Regelung FSt 228, 772
- Gesetz zur Förderung eines inklusiven Arbeitsmarktes FSt 255, 855

Beihilfe

- Bek des StMFH vom 22.12.2022 – Vollzug der Bayerischen Beihilfeverordnung; Abführung von Renten- und Arbeitslosenversicherungsbeiträgen für Pflegepersonen GK 48, 120

Beihilfavorschriften

- Bek des StMFH vom 27.1.2023 – Achtzehnte Änderung der Bekanntmachung über die Ergänzenden Bestimmungen zum Vollzug der Bayerischen Beihilfeverordnung GK 59, 144
- Bek des StMFH vom 6.3.2023 – Allgemeine Verwaltungsvorschrift zum Vollzug der Bayerischen Beihilfeverordnung (Bayerische Beihilfevollzugsbekanntmachung – BayBhVBek) GK 94, 240

Bestattungswesen

- Eigentum am Grabstein; Herausgabeklage des früheren Grabrechtsinhabers; Übergang der „Verfügungsgewalt“ auf den Friedhofsträger FSt 193, 644
- Grabsteine stellen bloße Scheinbestandteile des Friedhofsgrundstücks dar und gehen daher nicht in das Eigentum des Friedhofsträgers über FSt 193, 645
- Nach Beendigung des Grabnutzungsrechts bleibt der bisherige Inhaber grundsätzlich auch dann Eigentümer des Grabsteins, wenn er diesen ohne weitere Erklärung auf dem Friedhof belässt FSt 193, 645
- Friedhofsträger können in ihren Satzungen die bestehenden Grabnutzungsrechte nachträglich modifizieren FSt 193, 646
- Eine Satzungsbestimmung, wonach Grabsteine entschädigungslos in die „Verfügungsgewalt“ des Friedhofsträgers fallen, wenn sie nicht innerhalb von zwei Monaten nach Beendigung des Grabnutzungsrechts entfernt werden, verstößt nicht gegen das Eigentumsgrundrecht FSt 193, 647
- Der Übergang der Verfügungsbefugnis auf den Friedhofsträger stellt auch dann keinen unverhältnismäßigen Eigentumseingriff dar, wenn es für die Entfernung des Grabsteins einer denkmalschutzrechtlichen Genehmigung bedarf FSt 193, 648

Betreuungsrecht

- Neues Vormundschafts- und Betreuungsrecht zum 1.1.2023 FSt 74, 259
- Stärkung der Selbstbestimmung betreuter Menschen FSt 74, 259

- Sicherung der Qualität der beruflichen Betreuung
FSSt 74, 260
- Anbindung ehrenamtlicher Betreuer an Betreuungsvereine
FSSt 74, 261

Betrieb gewerblicher Art

- Nochmals: Betrieb gewerblicher Art bei Beteiligung einer juristischen Person des öffentlichen Rechts (jPöR) an gewerblich tätiger Personengesellschaft
GK 168, 412
- Zur Legaldefinition eines BgA sowie zu den Voraussetzungen für einen BgA Beteiligung an einer Personengesellschaft
GK 168, 413
- Voraussetzungen für einen BgA Beteiligung liegen vor
GK 168, 415
- Keine Verrechnung der Ergebnisse des BgA Beteiligung und des BgA Hallenbad zulässig
GK 168, 417

Betriebsveranstaltungen

- Vorsteuerabzug bei Betriebsveranstaltungen
GK 221, 540
- Umsatzsteuerrechtliche und unionsrechtliche Grundlagen des Vorsteuerabzugs
GK 221, 541
- Für den Vorsteuerabzug muss grundsätzlich ein direkter und unmittelbarer Zusammenhang des Eingangs- zum Ausgangsumsatz bestehen
GK 221, 542
- Für den Vorsteuerabzug ist zu prüfen, ob und in welchem Umfang die bezogenen Leistungen ausschließlich dem privaten Bedarf der Arbeitnehmer dienen oder durch die besonderen Umstände der wirtschaftlichen Tätigkeit des Unternehmens bedingt sind
GK 221, 542
- Zur Ermittlung der maßgeblichen Kosten pro Arbeitnehmer ist auf die bei der Betriebsveranstaltung anwesenden Teilnehmer abzustellen
GK 221, 546

Bewerbungen

- Rechtmäßigkeit eines Auswahlverfahrens bei Bewerbungen um einen höherwertigen Dienstposten
FSSt 27, 89
- Zwingendes Anforderungsprofil in Stellenausschreibung
FSSt 144, 480
- Bewerbungsverfahrensanspruch; Organisationsgrundsentscheidung zugunsten von Beamten oder Beschäftigten
FSSt 254, 851

Bewertungsgesetz

- Änderungen im Bereich des Bewertungsgesetzes (Art. 19 JStG 2022)
GK 45, 116

Bezirksumlagen

- Die Bezirksumlagen im Haushaltsjahr 2022
GK 3, 8

- Umlagekraft der kreisfreien Gemeinden und Landkreise
GK 3, 8
- Entwicklung des Umlagesolls der Bezirke
GK 3, 10
- Entwicklung der Bezirksumlagesätze
GK 3, 10

Bodenschutz

- Verhältnis von Abfall- und Bodenschutzrecht, Anordnung der Detailuntersuchung einer stillgelegten Deponie
FSSt 188, 626
- Feststellung der Beendigung der Nachsorgephase in Altfällen
FSSt 188, 627
- Anforderungen an die Feststellung der Stilllegung und der Beendigung der Nachsorgephase
FSSt 188, 629

Brandverhütung

- Unterlassene Feuerbeschau trotz Kenntnis gefährlicher Zustände; Aberkennung des Ruhegehalts
FSSt 33, 108
- Indizwirkung eines Strafbefehls für das Disziplinarverfahren
FSSt 33, 109
- Indizien für die Kenntnis von Übernachtungen im Gebäude
FSSt 33, 110
- Indizien für die Kenntnis der fehlenden Genehmigung
FSSt 33, 111
- Pflicht zur Durchführung einer Feuerbeschau und zur Information des Landratsamtes über ungenehmigte Bauten
FSSt 33, 112
- Ermessensreduzierung auf Null bezüglich der Durchführung einer Feuerbeschau im konkreten Fall
FSSt 33, 113
- Garantenstellung des Bürgermeisters
FSSt 33, 113
- Kausalität zwischen unterlassener Feuerbeschau und Brand
FSSt 33, 114
- Aberkennung des Ruhegehalts im vorliegenden Fall gerechtfertigt
FSSt 33, 115

Breitbandkabel

- Breitbandausbau im ländlichen Raum – Musterverträge des BMDV für das Wirtschaftlichkeitslückenmodell und das Betreibermodell
FSSt 150, 512
- Breitbandausbau im ländlichen Raum – Neue DIN 18220 für mindertiefe Verlegeverfahren
FSSt 230, 776

Bundesausbildungsförderungsgesetz

- Bek des StMFH vom 5.10.2022 – Ausbildungsqualifizierung für Ämter ab der dritten Qualifizierungsebene in der Fachlaufbahn Naturwissenschaft und Technik, fachlicher Schwerpunkt Verwaltungsinformatik
GK 10, 24

Bürgerbegehren

- Bestimmtheit der Fragestellung FSt 71, 241
- Die Fragestellung eines Bürgerbegehrens muss so bestimmt sein, dass für den Bürger erkennbar wird, zu welchem konkreten Verhalten die Gemeindeorgane verpflichtet werden sollen FSt 71, 241
- Das Bestimmtheitsgebot gilt auch bei auf Verhinderung ausgerichteten Bürgerbegehren FSt 71, 242
- Die notwendige Bestimmtheit der Abstimmungsfrage darf sich nicht erst aus einer Zusammenschau mit der Begründung des zugrundeliegenden Bürgerbegehrens ergeben FSt 71, 243
- Der den Gemeindeorganen durch einen Bürgerentscheid zu erteilende Auftrag darf nicht so umfassend formuliert sein, dass der Bürger die danach zu ergreifenden Maßnahmen nicht mehr überblicken kann FSt 71, 244
- konkurrierendes Ratsbegehren; irreführende Fragestellung; Kurzbezeichnung FSt 216, 723
- Die Vertreter eines zugelassenen Bürgerbegehrens können ein konkurrierendes Ratsbegehren abwehren, wenn dieses durch eine irreführende Formulierung die Erfolgsaussichten des Bürgerbegehrens schmälert FSt 216, 724
- Eine besondere Gefahr der Irreführung besteht, wenn beide Fragestellungen im Kern dieselbe Entscheidung betreffen FSt 216, 725
- Die Fragestellung eines konkurrierenden Ratsbegehrens muss so formuliert sein, dass sie die Abstimmenden nicht zu unzutreffenden Schlüssen verleitet FSt 216, 726
- Wenden sich die Vertreter eines Bürgerbegehrens gegen ein als Konkurrenzvorlage beschlossenes Ratsbegehren, müssen sie nicht im Einzelnen darlegen, dass eine darin enthaltene irreführende Formulierung geeignet ist, das Abstimmungsverhalten zu ihrem Nachteil zu beeinflussen FSt 216, 726
- Auch gegen die einem Ratsbegehren beigefügte Kurzbezeichnung können sich die Vertreter des konkurrierenden Bürgerbegehrens unter Umständen zur Wehr setzen FSt 216, 727

D

Darlehen

- Pflicht zur Zahlung von „Negativzinsen“ aus einem Schuldscheindarlehen? GK 190, 457

Datenschutz

- Office-Anwendungen aus Drittstaaten bei bayerischen öffentlichen Stellen FSt 1, 1

- Datenschutz-Sicherheitskonzept FSt 1, 1
- Übermittlung personenbezogener Daten auf Grundlage von Art. 44 ff. Datenschutz-Grundverordnung FSt 1, 2
- Rechenschaftspflicht gemäß Art. 5 Abs. 2 DSGVO FSt 1, 6
- Internet-Veröffentlichung von Anträgen bei Bürgerversammlungen FSt 14, 49
- Verlängerung der Aufbewahrungsfrist für Beihilfeunterlagen FSt 15, 52
- Sensibilität von Beihilfeunterlagen FSt 15, 52
- Das spezifische datenschutzrechtliche „Beihilferisiko“ FSt 15, 52
- Die Aufbewahrung von Beihilfeunterlagen nach alter und neuer Rechtslage FSt 15, 53
- Vollzug des Masernschutzgesetzes in Kindertageseinrichtungen und Krankenhäusern FSt 42, 138
- Kindertageseinrichtungen und Gesundheitsämter FSt 42, 139
- Krankenhäuser FSt 42, 142
- Datenverarbeitung bei Gutachterausschüssen zur Ermittlung von Grundstückswerten und für sonstige Wertermittlungen FSt 50, 165
- Gutachterausschuss für Grundstückswerte als Verantwortlicher FSt 50, 165
- Behördlicher Datenschutzbeauftragter FSt 50, 167
- Informationspflichten nach Art. 13 Datenschutz-Grundverordnung FSt 50, 167
- Auftragsverarbeitung nach Art. 28 Datenschutz-Grundverordnung FSt 50, 168
- Rechtsgrundlagen für die Datenverarbeitung FSt 50, 168
- Bewerbungsunterlagen im kommunalen Ratsinformationssystem FSt 85, 286
- Regelung zur Aufbewahrung von Beurteilungsunterlagen FSt 109, 368
- Vorgaben zum Umgang mit dienstlichen Beurteilungen FSt 109, 369
- Gebot einer umfassenden Regelung FSt 109, 369
- Neuregelung in Abschnitt 3 Nr. 11.8 VV-Beamter FSt 109, 370
- Datenschutzrechtliche Bewertung der neuen Regelung FSt 109, 370
- Externe Schriftarten auf Webseiten bayerischer öffentlicher Stellen FSt 194, 650
- Was sind Web Fonts? FSt 194, 650
- Wie werden Web Fonts in eine Webseite integriert? FSt 194, 650
- Dynamische Einbindung nur mit wirksamer Einwilligung FSt 194, 651
- Einfache Alternative: Lokale Einbindung FSt 194, 653
- Öffentliche Theater und Museen – Online-Ticketkauf mit Kundenkonto FSt 244, 816

- Datennutzungssatzungen bayerischer Kommunen – nur zur Aufgabenkonkretisierung für unwesentliche Eingriffe zulässig FSt 252, 846
- Erforderlichkeit einer Rechtsgrundlage für die Verarbeitung personenbezogener Daten FSt 252, 847
- Erforderlichkeit einer parlamentsgesetzlichen Ermächtigung für Verarbeitungsbefugnisse in kommunalen Satzungen FSt 252, 847
- Zulässige Aufgabenkonkretisierung bei unwesentlichen Eingriffen FSt 252, 849
- Transparenz bei der Beauftragung staatlicher Rechenzentren durch Kommunen FSt 265, 888
- Wirksamer Vertrag über Auftragsverarbeitung erforderlich FSt 265, 889
- Beachtung der „Rollenverteilung“ nach der Datenschutz-Grundverordnung FSt 265, 890
- Bestimmtheit der Verarbeitungsdauer FSt 265, 890

Denkmalschutz

- Grabungskosten bei Bodendenkmälern FSt 65, 223
- Darlegungslast für die Unzumutbarkeit der Erhaltung eines Denkmals, wenn der Eigentümer bei Erwerb keine Kenntnis von der Denkmaleigenschaft hatte FSt 164, 551
- Gesetz zur Änderung des Bayerischen Denkmalschutzgesetzes und weiterer Rechtsvorschriften vom 23.6.2023 FSt 231, 777
- Maßnahmen an Baudenkmalern: Art. 6 BayDSchG n.F. FSt 231, 778
- Ausgraben von Bodendenkmälern, Verordnungsermächtigung: Art. 7 BayDSchG n.F. FSt 231, 780
- Schatzregal: Art. 9 BayDSchG n.F. FSt 231, 781
- Denkmalschutzbehörden: Art. 11 BayDSchG n.F. FSt 231, 783
- Erlaubnisverfahren und Wiederherstellung: Art. 15 BayDSchG n.F. FSt 231, 783
- Zulässigkeit der Enteignung: Art. 18 BayDSchG n.F. FSt 231, 784
- Entschädigungsfonds: Art. 19 BayDSchG n.F. FSt 231, 784
- Ordnungswidrigkeiten: Art. 21 Abs. 1 BayDSchG n.F. FSt 231, 784
- Inkrafttreten, Außerkrafttreten: Art. 25 Abs. 2 BayDSchG n.F. FSt 231, 784
- Bebauungsplan: Fehlende Berücksichtigung von denkmalschutzrechtlichen Belangen im Rahmen der Abwägung FSt 257, 861
- Rechtsschutzbedürfnis für einen Antrag auf vorläufige Außervollzugsetzung eines Bebauungsplans FSt 257, 862

- Prüfungsmaßstab im Verfahren nach § 47 Abs. 6 VwGO bei offenen Erfolgsaussichten des Normenkontrollantrags FSt 257, 862
- Bei der Aufstellung der Bauleitpläne sind nach § 1 Abs. 7 BauGB die öffentlichen und privaten Belange gegeneinander und untereinander gerecht abzuwägen FSt 257, 863
- Denkmalschutzrechtliche Belange sind im Rahmen der Abwägung von Bebauungsplänen zu berücksichtigen FSt 257, 864
- Wenn die Gemeinde verkennt, dass Baulichkeiten, die zur Verwirklichung ihrer planerischen Absicht beseitigt werden müssen, tatsächlich Denkmalschutz zukommt, hat sie das in die Abwägung einzustellende Material nicht ausreichend ermittelt FSt 257, 864
- Die Expertise des Bayerischen Landesamtes für Denkmalpflege kann in Ausnahmefällen erschüttert werden FSt 257, 865

Dienstgebäude

- Kein Abwehranspruch auf Entfernung der in staatlichen Dienststellen in Bayern angebrachten Kreuze FSt 155, 519

Disziplinarrecht

- Disziplinarische Entfernung aus dem Beamtenverhältnis wegen Verletzung der Verfassungstreuepflicht durch Leugnen der rechtlichen Existenz der Bundesrepublik Deutschland FSt 2, 7
- Vorsätzliche und schuldhafte Verletzung der Verfassungstreuepflicht als innerdienstliches Dienstvergehen auch bei außerdienstlichem Fehlverhalten FSt 2, 8
- Verletzung der Pflicht zu achtungs- und vertrauensgerechtem Verhalten FSt 2, 11
- Entfernung aus dem Dienst als gebotene Disziplinarmaßnahme FSt 2, 12
- Entfernung aus dem Beamtenverhältnis wegen nachhaltiger Verstöße gegen die Pflicht zur Verfassungstreue im Zusammenhang mit der sog. „Reichsbürgerbewegung“ FSt 195, 654
- Beamtenrechtliche Kernpflicht der Verfassungstreue FSt 195, 654
- Verstoß gegen die freiheitlich-demokratische Grundordnung FSt 195, 655
- Indizien, die für eine Zugehörigkeit zur Reichsbürgerbewegung sprechen FSt 195, 656
- Verstoß gegen die Verfassungstreuepflicht als schwerwiegendes Dienstvergehen FSt 195, 658
- Besondere Vertrauensstellung einer Lehrkraft FSt 195, 659
- Positive Beurteilung durch den Dienstvorgesetzten als Milderungsgrund (verneint) FSt 195, 659

E

Eingliederungshilfe

- Übernahme von Reisekosten einer Begleitperson für von einem behinderten Menschen durchgeführte Urlaubsreise als Leistung der Eingliederungshilfe FSt 160, 534
- Leistungen zur Teilhabe am Leben in der Gemeinschaft erfassen auch Leistungen zur Freizeitgestaltung in Form notwendiger Assistenzleistungen FSt 160, 535
- Notwendige Begleitung auf einer Kreuzfahrt durch einen Assistenten FSt 160, 537
- Angemessenheit der Kreuzfahrt und der Kosten für eine Assistenz FSt 160, 539

Eingruppierung

- Eingruppierung von Beschäftigten FSt 96, 326
- Abgrenzung zwischen Team- und Stationsleitung nach den Tätigkeitsmerkmalen für Leitende Angestellte in der Pflege im TVöD/VKA FSt 132, 439
- Korrigierende Rückgruppierung und Höhergruppierungsantrag; übergeleitete Beschäftigte FSt 137, 457
- Eingruppierung eines Schulhausmeisters FSt 156, 520

Einkommensteuer

- Änderungen im Bereich des Einkommensteuergesetzes GK 45, 108

Einrichtungen, gemeindliche

- Beschränkung der Widmung öffentlicher Veranaltungsplätze; Ausschluss von Zirkussen mit Wildtieren FSt 251, 841
- Bei der Ausgestaltung einer öffentlichen Einrichtung kommt der Gemeinde grundsätzlich eine Gestaltungsprerogative zu FSt 251, 841
- Die Beschränkung der Widmung darf nicht willkürlich sein FSt 251, 842
- Benutzungsregelungen für öffentliche Einrichtungen sind regelmäßig Angelegenheiten der örtlichen Gemeinschaft FSt 251, 842
- Ausgestaltungsbefugnis der Gemeinde zum Umfang der Nutzung eines Festplatzes FSt 251, 843
- Zulässigkeit der Einschränkung der Widmung auf Zirkusse, die keine Wildtiere mitführen und/oder zur Schau stellen FSt 251, 843
- Kein Vorrang des Bundesrechts (Tierschutzgesetz) FSt 251, 844
- Kein Verstoß gegen das Grundrecht der Berufsausübungsfreiheit FSt 251, 845

- Erforderlichkeit einer Satzung für die Beschränkung der Widmung FSt 251, 845

Eisenbahn

- Elektrifizierungsstrategie der Staatsregierung FSt 91, 311

Energieversorgung

- Kommunalrechtlicher Rahmen für die Energieversorgung und Erzeugung von erneuerbaren Energien durch Kommunen FSt 264, 881
- Betätigung der Gemeinden auf dem Gebiet der Energieversorgung FSt 264, 881
- Betätigungen auf dem Gebiet der Erzeugung erneuerbarer Energien FSt 264, 883
- Energieberatung FSt 264, 886
- Kommunale Zusammenarbeit in der Energiewirtschaft FSt 264, 886

Energiewirtschaft

- Gesetz zur Zahlung der Energiepauschale an Renten- und Versorgungsbeziehende und zur Erweiterung des Übergangsbereichs vom 7.11.2022 GK 21, 47
- Zweites Gesetz zur Änderung des Energiesicherungsgesetzes und anderer energiewirtschaftlicher Vorschriften vom 25.11.2022 GK 21, 47
- Gesetz zur sofortigen Verbesserung der Rahmenbedingungen für die erneuerbaren Energien im Städtebaurecht vom 4.1.2023 GK 48, 119

Entgeltfortzahlung

- Fortsetzungserkrankung und Entgeltfortzahlung GK 222, 547

Erschließungsbeitrag

- Ein gefangenes Hinterliegergrundstück unterliegt der Beitragspflicht nur, wenn die bauordnungsrechtlichen Anforderungen an seine Erreichbarkeit erfüllt sind GK 4, 11
- Erreichbarkeitsanforderungen bei Hinterliegergrundstücken GK 4, 11
- Rechtliche Sicherung gegenüber dem Rechtsträger der Bauaufsichtsbehörde GK 4, 12
- Schutzwürdige Erwartung der anderen Anlieger kann keine Beitragspflicht begründen GK 4, 13
- Berücksichtigung einer Park & Ride-Anlage und eines übergroßen Grundstücks im Innenbereich bei der Aufwandsverteilung GK 15, 30
- Grundflächen anderer Erschließungsanlagen sind von der Aufwandsverteilung ausgenommen GK 15, 31

- Eine Park & Ride-Anlage der Bahn ist keine Erschließungsanlage GK 15, 32
- Übergroße Grundstücke im unbeplanten Innenbereich GK 15, 33
- Engstelle im Straßenverlauf ist grundsätzlich unbeachtlich GK 71, 177
- Aufspaltung einer Straße in mehrere Erschließungsanlagen nur bei augenfälliger Zäsur GK 71, 177
- Eine Engstelle führt grundsätzlich nicht zum Wegfall der Erschließungsfunktion GK 71, 178
- Anbaustraße in Ortsrandlage GK 90, 227
- Zum erschließungsbeitragsrechtlichen Anlagenbegriff GK 90, 227
- Auch eine Gemeindeverbindungsstraße kann beitragsfähige Anbaustraße sein GK 90, 228
- Abgrenzung von Innen- und Außenbereich zur Bestimmung der erschlossenen Grundstücksflächen GK 90, 229
- Ein Gehsteig ohne Zufahrtmöglichkeit auf das angrenzende Anliegergrundstück steht der Erschließungsbeitragspflicht in der Regel nicht entgegen GK 90, 230
- Aussetzung der Vollziehung bei unbilliger Härte GK 90, 231
- Zeitliche Begrenzung der Beitragserhebung bei Abweichung vom Bauprogramm GK 118, 295
- Die zeitliche Begrenzung der Abgabenerhebung ist verfassungsrechtlich geboten GK 118, 296
- Die Vorteilslage kann trotz Abweichung vom gemeindlichen Gestaltungsprogramm eintreten GK 118, 297
- Zusammenhang zwischen Vorteilslage und endgültiger Herstellung GK 118, 298
- Eintritt der Vorteilslage trotz Abweichungen vom Bauprogramm GK 118, 298
- Bautechnische Fertigstellung als maßgebliche Zäsur GK 118, 299
- Kein Erlass eines Vorausleistungsbescheids möglich, wenn ein Beitragsbescheid aus Gründen der Belastungsklarheit und -vorhersehbarkeit nicht mehr ergehen kann GK 118, 300
- Endgültige Herstellung einer Anbaustraße setzt Fertigstellung des Straßenbegleitgrüns voraus GK 220, 538
- Endgültige Herstellung erst mit technischer Fertigstellung der Anlage und Abrechenbarkeit GK 220, 538
- Besonderheiten beim Straßenbegleitgrün GK 220, 539

F

Fahrtenbuch

- Verwertbarkeit einer Geschwindigkeitsmessung mit einem standardisierten Messverfahren FSt 223, 752
- Fortsetzungsfeststellungsinteresse bei einer durch Zeitablauf erledigten Fahrtenbuchauf-
lage erfordert keine Wiederholungsgefahr FSt 223, 752
- Übertragbarkeit der in Straf- und Bußgeldver-
fahren geltenden Grundsätze zur Verwertung
der Ergebnisse standardisierter messtechni-
scher Verfahren auf die verwaltungsgerichtliche
Kontrolle von Fahrtenbuchanordnungen FSt 223, 753
- Anspruch des Betroffenen auf den Zugang zu
Rohmessdaten besteht auch bei Fahrtenbuch-
verfahren FSt 223, 755
- Der Betroffene muss den Zugang zu den Roh-
messdaten zur Überprüfung der Geschwindig-
keitsmessung nicht vor Ablauf der Geltungs-
dauer der Fahrtenbuchanordnung beantragen FSt 223, 756
- Unternimmt der Betroffene nicht alles Zumut-
bare, um den gewünschten Zugang zu den
Rohmessdaten von der Bußgeldstelle zu erhal-
ten, kann er sich nicht auf die Unverwertbar-
keit der Messung berufen FSt 223, 756

Feuerwehr

- Kostenersatz für Feuerwehreinsatz; Öllache
auf einer Bundeswasserstraße; Zustandsverant-
wortung des Bundes; Innehaben der tatsäch-
lichen Gewalt; Gewässereigentum; wasserwirt-
schaftliche Unterhaltungslast FSt 45, 150
- Die Beseitigung einer Öllache stellt einen
Einsatz im technischen Hilfsdienst dar FSt 45, 151
- Eine Pflicht zur Beseitigung einer von der
Feuerwehr behobenen Gefahr kann sich aus
der materiellen Polizeipflicht des Zustands-
störers ergeben FSt 45, 151
- An einer sicherheitsrechtlich individuell zure-
chenbaren Sachherrschaft fehlt es, wenn sich
die störende Sache auf einem der Allgemei-
nheit frei zugänglichen Grundstück befindet FSt 45, 152
- Zu dem Eigentum des Bundes an den vor-
maligen Reichswasserstraßen gehört abwei-
chend von § 4 Abs. 2 WHG auch die sog.
fließende Welle FSt 45, 154

- Gehört die störende Sache einem Träger öffentlicher Verwaltung, kann dieser sich gegenüber der Inanspruchnahme als Zustandsstörer nicht auf grundrechtliche Zumutbarkeitserwägungen berufen FSt 45, 155
- An den Bundeswasserstraßen in Bayern obliegt die wasserwirtschaftliche Unterhaltungslast dem Bund FSt 45, 155
- Die Pflicht zur Gewässerunterhaltung umfasst auch die zur Beseitigung von Ölverunreinigungen erforderlichen Maßnahmen FSt 45, 156
- Feuerwehrkosten; örtliche Unzuständigkeit; überörtliche Hilfeleistung; Abbrennen forstwirtschaftlicher Abfälle; Brandgefahr FSt 128, 429
- Die für den Einsatz einer gemeindlichen Feuerwehr außerhalb des eigenen Gemeindegebiets notwendige gesetzliche Ermächtigung ergibt sich nicht schon aus der Alarmierung durch eine Integrierte Leitstelle FSt 128, 430
- Die Regelungen zur überörtlichen Hilfeleistung gelten entsprechend, wenn der Bedarf für ein sofortiges Einschreiten nur von der irrtümlich alarmierten Feuerwehr einer anderen Gemeinde erfüllt werden kann FSt 128, 430
- Eine im Wege der überörtlichen Hilfe tätig gewordene Feuerwehr kann in gleicher Weise wie bei Einsätzen im eigenen Gemeindegebiet Kostenersatz nach Art. 28 BayFwG verlangen FSt 128, 431
- Eine den Feuerwehreinsatz rechtfertigende Brandgefahr setzt die Feststellung voraus, dass sich ein Feuer aus eigener Kraft unkontrolliert fortentwickeln kann FSt 128, 432
- Bei einem bereits niedergebrannten Feuer ist ein Feuerwehreinsatz nur notwendig, wenn anzunehmen ist, dass die verbliebenen Glutnester ungelöscht und unbeaufsichtigt bleiben werden FSt 128, 432
- Ein Anspruch auf Kostenerstattung erfordert einen Kausalzusammenhang zwischen dem qualifizierten Sorgfaltsverstoß und dem Einschreiten der Feuerwehr FSt 128, 434
- Bei der Beurteilung der groben Fahrlässigkeit sind die Umstände des Einzelfalls maßgeblich FSt 128, 434
- Entschädigungen nach §§ 11 und 13 der Ausführungsverordnung zum Bayerischen Feuerwehrgesetz (AVBayFwG) ab 1.12.2022 GK 8, 21
- Monatliche Entschädigungen nach § 11 Abs. 1 AVBayFwG GK 8, 22
- Stundensätze nach § 11 Abs. 5 AVBayFwG GK 8, 22
- Bek des StMI vom 27.6.2023 – Änderung der Feuerwehr-Zuwendungsrichtlinien GK 165, 408

- Bek des StMI vom 29.8.2023 – Änderung der Bekanntmachung über den Vollzug des Bayerischen Feuerwehrgesetzes GK 204, 504

Finanzausgleichsgesetz

- Finanzausgleich 2023 FSt 148, 485
- Finanzausgleichsvolumen 2023 FSt 148, 486
- Allgemeiner Steuerverbund, Schlüsselzuweisungen FSt 148, 487
- Grunderwerbsteuerverbund nach Art. 8 BayFAG FSt 148, 488
- Einkommensteuersatz nach Art. 1b BayFAG FSt 148, 489
- Finanzzuweisungen nach Art. 7 und 9 BayFAG FSt 148, 489
- Kraftfahrzeugsteuersatzverbund FSt 148, 489
- Kommunaler Hochbau (Art. 10 BayFAG) FSt 148, 495
- Bedarfszuweisungen (Art. 11 BayFAG) FSt 148, 499
- Krankenhausfinanzierung FSt 148, 506
- Investitionspauschale nach Art. 12 BayFAG FSt 148, 508
- Zuweisungen zu den Aufwendungen für die Schülerbeförderung FSt 148, 508
- Zuweisungen an die Bezirke FSt 148, 508
- Finanzausgleich 2023: Tabellarische Übersicht über die Entwicklung der Finanzausgleichsleistungen FSt 149, 509

Finanzen, öffentliche

- Die Bezirksumlagen im Haushaltsjahr 2022 GK 3, 8
- Umlagekraft der kreisfreien Gemeinden und Landkreise GK 3, 8
- Die endgültigen Steuerkraftzahlen 2023 GK 70, 169
- Bedeutende Änderungen bei der Ermittlung der Steuerkraftzahlen seit 2016 GK 70, 169
- Anstieg der Steuerkraft GK 70, 170
- Regionale Entwicklung GK 70, 171
- Der Schuldenstand der öffentlichen Körperschaften am 31.12.2021 GK 79, 193
- Der Schuldenstand des Freistaates Bayern, der bayerischen Gemeinden/Gemeindeverbände (Gv) und der Verbände mit kommunalen Aufgaben am 31.12.2021 im Vergleich zum Schuldenstand des Bundes GK 79, 193
- Zur Entwicklung des Schuldenstandes im Jahr 2021 GK 79, 194
- Schlüsselzuweisungen für 2023 GK 89, 218
- Gemeindegemeinschaftszuweisungen GK 89, 220
- Landkreisschlüsselzuweisungen GK 89, 221
- Gemeinde- und Landkreisschlüsselzuweisungen je Einwohner und regionale Aufteilung GK 89, 221

- Schlüsselzuweisungen an die Gemeinden für 2023 nach Größenklassen GK 89, 222
- Schlüsselzuweisungen an die Landkreise für 2023 nach Größenklassen GK 89, 222
- Schlüsselzuweisungen an die Gemeinden für 2023 nach Regierungsbezirken GK 89, 223
- Schlüsselzuweisungen an die Landkreise für 2023 nach Regierungsbezirken GK 89, 223
- Schlüsselzuweisungen an Gemeinden und Landkreise für 2023 nach Regierungsbezirken GK 89, 224
- Schlüsselzuweisungen an die Landkreise für 2023 GK 89, 224
- Gemeinsame Bek des StMFH sowie des StMI vom 3.4.2023 – Aufhebung der Bekanntmachung über die Erhebung der Gewerbesteuerumlage, Auszahlung der Gemeindeanteile an der Einkommensteuer, der Umsatzsteuer und des Einkommensteuersatzes GK 105, 264
- Steuereinnahmekraft der Gemeinden und Gemeindeanteile an der Einkommen- und Umsatzsteuer im Jahr 2021 GK 107, 268
- Die Gemeindefinanzen in Bayern im Jahr 2022; Ergebnis der vierteljährlichen Kassenstatistik GK 215, 529
- Bayerische Wirtschaft im Jahr 2022 robust GK 215, 529
- Finanzierungssaldo weiterhin positiv GK 215, 529
- Anstieg bei den kommunalen Steuereinnahmen GK 215, 530
- Deutliches Plus bei der Gewerbesteuer GK 215, 530
- Steuereinnahmen – Übersicht GK 215, 530
- Höhere Einnahmen aus Verwaltung und Betrieb GK 215, 531
- Gestiegene Zuweisungen, höhere Kreis- und Bezirksumlagen GK 215, 531
- Personalausgaben weiter gestiegen GK 215, 532
- Höhere Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke GK 215, 532
- Erhöhte Gewerbesteuerumlage seit 2020 entfallen GK 215, 532
- Steigende Ausgaben für sonstige soziale Leistungen GK 215, 533
- Bauausgaben nahezu unverändert GK 215, 533
- Kassenmäßige Einnahmen der Gemeinden und Gemeindeverbände in Bayern 2021 und 2022 GK 216, 534
- Kassenmäßige Ausgaben der Gemeinden und Gemeindeverbände in Bayern 2021 und 2022 GK 217, 535
- Steuereinnahmen der Gemeinden in Bayern 2022 nach Gemeindegrößenklassen GK 218, 536

- Steuereinnahmen der Gemeinden je Einwohner in Bayern 2022 nach Gemeindegrößenklassen GK 219, 537

G

Gaststätten

- Widerruf einer Gaststättenerlaubnis wegen Steuerhinterziehung; Wirkung eines vorliegenden Strafurteils FSt 165, 552
- Keine Prüfpflicht der Gewerbebehörden und Verwaltungsgerichte, ob dem Strafgericht ein Verfahrensfehler unterlaufen ist oder nicht FSt 165, 553
- Ausnahmsweise besteht eine Prüfpflicht der Gewerbebehörden bzgl. der tatsächlichen Feststellungen des Strafgerichts FSt 165, 553
- Erfolgreiche Einwände des Gewerbetreibenden gegen die Würdigung des Sachverhalts durch das Strafgericht FSt 165, 554
- Berücksichtigung der Tilgung von Steuerrückständen FSt 165, 555

Gasversorgung

- Grenzpreise nach § 2 Abs. 4 und 5 KAV für das Jahr 2023 GK 101, 257
- Streit um den Umfang des Gasverbrauchs; Beweislast GK 153, 379
- Beweis des ersten Anscheins bei einem geeichten Verbrauchszähler GK 153, 379
- Ein um 50 % gesteigener Verbrauch vermag für sich allein die Vermutung der Richtigkeit der Messung nicht zu erschüttern GK 153, 380

Gebühren

- Höhe der Gebühr bei Rücknahme eines Antrags auf verbindliche Auskunft GK 73, 181
- Wertgebühr oder Zeitgebühr GK 73, 181
- Ermessenslenkende Verwaltungsvorschrift (AEAO zu § 89 Abs. 7 Satz 2 AO) GK 73, 182
- Gerichtlicher Prüfungsmaßstab für Ermessensentscheidungen GK 73, 182
- Festsetzung einer Gebühr und Gebührenermäßigung GK 73, 182
- Ermessen nicht auf die Festsetzung einer Zeitgebühr reduziert GK 73, 183
- Keine Ermessensreduzierung auf Null wegen Gebührenermäßigung GK 73, 183
- Gebührensatzung; Kostenüberdeckungsverbot; Kalkulationsfehler; Toleranzschwelle GK 206, 512

- Bei der gerichtlichen Prüfung, ob eine Gebührenkalkulation für eine Benutzungsgebühr gegen das Kostenüberdeckungsverbot des Art. 8 Abs. 2 Satz 2 KAG verstößt, ist der Zeitpunkt des Satzungserlasses maßgeblich GK 206, 512
- Verstöße gegen das Kostenüberdeckungsverbot aufgrund von Kalkulationsfehlern dürfen gerichtlich nicht beanstandet werden, wenn der fehlerbedingte Überschuss geringfügig ist GK 206, 513
- Eine auf Kalkulationsfehlern beruhende Kostenüberdeckung führt nur dann zur Unwirksamkeit der Gebührensatzung, wenn die Höhe der Überdeckung im Verhältnis zu den fehlerbereinigten gebührenfinanzierten Gesamtkosten mehr als 5 % beträgt GK 206, 514

Gemeindebeamte

- Aufhebung einer Auswahlentscheidung wegen Irrtums FSt 12, 40
- Für den Anspruch auf Nutzungsentgelt gegenüber einem Beamten gilt eine dreijährige Verjährungsfrist FSt 16, 55
- Abwendung der Erstellung und Bekanntgabe eines amtsärztlichen Gutachtens FSt 61, 206
- Kein Anspruch auf Durchführung eines Laufbahnaufstiegsverfahrens FSt 145, 480
- Rechtmäßige Zurückstellung einer Regelbeförderung wegen Zweifeln an der gesundheitlichen Eignung eines Beamten FSt 147, 483
- Gesetz zur Neuausrichtung orts- und familienbezogener Besoldungsbestandteile FSt 158, 526
- Entlassung aus dem Beamtenverhältnis auf Probe wegen mangelnder Bewährung; zutreffender Sachverhalt in der Probezeitbeurteilung FSt 170, 571
- Anordnung einer ärztlichen Untersuchung; Kompetenzverteilung; Rechtsschutz FSt 203, 680
- Schadensersatz wegen verzögerter Reaktivierung eines wegen Dienstunfähigkeit vorzeitig in den Ruhestand versetzten Beamten FSt 240, 805
- Rechtsinstitut des beamtenrechtlichen Schadensersatzanspruchs FSt 240, 806
- Pflichtverletzung bei nicht (rechtzeitig) vorgenommener Reaktivierung FSt 240, 807
- Für die Bestimmung der angemessenen Bearbeitungsdauer eines Reaktivierungsantrags kann nicht auf die in § 75 VwGO enthaltenen Wertungen zurückgegriffen werden FSt 240, 809
- Kein Ausschluss des Schadensersatzanspruchs entsprechend § 839 Abs. 3 BGB FSt 240, 810
- Ausschluss des Schadensersatzanspruchs, wenn Pflichtverletzung nicht schuldhaft erfolgt ist FSt 240, 811

- Neuausrichtung orts- und familienbezogener Besoldungsbestandteile GK 129, 327
- Eckpunkte der Änderungen durch das Gesetz vom 10.3.2023 GK 129, 327
- Grundlagen des Orts- und Familienzuschlags GK 129, 327
- Ortsklassen und Stufen des Orts- und Familienzuschlags GK 129, 328
- Anlage 5 zum BayBesG – Orts- und Familienzuschlag GK 130, 329
- Anlage 11 zum BayBesG – Orts- und Familienzuschlag – Kalenderjahr 2020 GK 131, 330
- Anlage 11 zum BayBesG – Orts- und Familienzuschlag – Kalenderjahr 2021 GK 132, 331
- Anlage 11 zum BayBesG – Orts- und Familienzuschlag – Kalenderjahr 2022 GK 133, 332
- Quotenvorrecht des beihilfeberechtigten Beamten besteht weiterhin GK 152, 376
- Das Quotenvorrecht des Beamten gegenüber seinem Dienstherrn ist nicht durch die zum 1.1.2009 eingeführte Pflicht zum Abschluss einer privaten Krankenversicherung über den von der Beihilfe nicht gedeckten Anteil überholt GK 152, 377

Gemeinderat

- Zuständigkeit des Gemeinderats für die Ermessenentscheidung über die Ausübung eines Vorkaufrechts FSt 146, 481

Geschäftsordnung

- Geschäftsordnung des Gemeinderats; Popularklage eines Ratsmitglieds; fehlende rechtliche Außenwirkung; fehlende Grundrechtsbetroffenheit FSt 182, 605
- Geschäftsordnungen von Gemeinderäten sind keine Rechtsvorschriften im Sinne des Art. 98 Satz 4 BV FSt 182, 605
- Die Normenkontrolle nach § 47 VwGO dient anderen Zwecken als die Popularklage FSt 182, 606
- Für die Parlamentsgeschäftsordnung gilt im Grundsatz das Gleiche wie für die Geschäftsordnung der kommunalen Volksvertretung FSt 182, 607
- Dass eine für alle Ratsmitglieder geltende Geschäftsordnungsregelung gegen den Gleichheitsgrundsatz verstoßen könnte, kann nicht ohne Weiteres angenommen werden FSt 182, 607
- Wer sich als kommunaler Mandatsträger in einer Ratssitzung zu Wort meldet, nimmt dabei nur seine organschaftlichen Befugnisse und nicht (auch) seine grundrechtlich geschützten Freiheitsrechte in Anspruch FSt 182, 608

Gesundheitswesen

- Nochmals: Pflicht zum Nachweis einer Impfung gegen Masern (Art. 2 Abs. 2 Satz 1, 6 Abs. 2 Satz 1 GG) **FSt 106, 360**

Gewerbsteuer

- Gewerbesteuerliche Maßnahmen zur Berücksichtigung der gestiegenen Energiekosten als Folge des Angriffskrieges Russlands gegen die Ukraine **GK 24, 60**
- Richtsatzsammlung 2021 **GK 140, 352**
- Befugnis der Gemeinden, an Außenprüfungen des Finanzamts gem. § 21 Finanzverwaltungsgesetz (FVG) teilzunehmen, auch bei Vertragsbeziehungen mit den Steuerpflichtigen **GK 166, 409**
- Vorläufige Festsetzung des Gewerbesteuermessbetrags; Verfassungsmäßigkeit von Hinzurechnungen **GK 184, 451**

Gewerbeuntersagung

- BVerwG zur Reichweite des Verbots gewerblicher Ankäufe mit Gewährung des Rückkaufrechts („Sale & Rent Back“) **FSt 117, 397**

Grundgesetz

- Übertragung von Hoheitsrechten auf die EU; Zustimmungsgesetze zu den ESM- und IGA-Änderungsübereinkommen **FSt 202, 680**

Grundsicherung

- Leistungsausschluss von EU-Ausländern **FSt 110, 376**
- Aufenthaltsrecht nach § 2 Abs. 2 Nr. 1 FreizügG/EU **FSt 110, 377**
- Aufenthaltsrecht nach § 2 Abs. 2 Nr. 2 FreizügG/EU **FSt 110, 378**
- Aufenthaltsrecht nach § 2 Abs. 2 Nr. 7 i.V.m. § 4a Abs. 1 Satz 1 FreizügG/EU **FSt 110, 379**
- Ausnahmeregelung des § 7 Abs. 1 Satz 4 Halbsatz 1 SGB II **FSt 110, 379**
- Fortwirkendes Aufenthaltsrecht nach § 2 Abs. 3 FreizügG/EU **FSt 110, 379**
- Aufenthaltsrecht nach § 11 FreizügG/EU **FSt 110, 381**
- Sozialrechtlicher Verwertungsschutz für selbst bewohntes Wohneigentum kann zu Recht auf die aktuelle Bewohnerzahl abstellen **FSt 204, 681**
- Elfte Verordnung zur Änderung der Bürgergeld-Verordnung vom 13.2.2023 **GK 69, 168**
- Zweite Verordnung zur Änderung der Eingliederungsmittel-Verordnung 2023 vom 22.8.2023 **GK 189, 456**

Grundstückskaufvertrag

- Statthaftigkeit des Unter-Wert-Verkaufs eines Grundstücks als Ausnahme von der Regel des Art. 75 Abs. 1 Satz 2 GO **FSt 37, 123**
- Nach Art. 75 Abs. 1 Satz 2 GO dürfen Vermögensgegenstände von Gemeinden in der Regel nur zu ihrem vollen Wert veräußert werden **FSt 37, 123**
- Zulässigkeit einer Verschenkung gemäß Art. 75 Abs. 3 Satz 2 GO **FSt 37, 124**
- Eine Veräußerung unter Wert kommt in Betracht, wenn sie in Erfüllung von Gemeindeaufgaben oder herkömmlichen Anstandspflichten erfolgt **FSt 37, 124**
- Unwirksamkeit einer Veräußerung unter Wert nach § 134 BGB **FSt 37, 125**
- Eine Veräußerung gegen ein unterwertiges Entgelt kann über die in Art. 75 Abs. 3 Satz 2 GO genannten Fälle hinaus statthaft sein **FSt 37, 126**
- Grobes Missverhältnis zwischen Verkaufspreis und Verkehrswert **FSt 37, 126**
- Die Entledigung der Gemeinde von der Verkehrrsicherungspflicht kommt als Grundlage für den zulässigen Unter-Wert-Verkauf eines Grundstücks in Betracht **FSt 37, 126**

GWB

- Planungswettbewerbe unterliegen der Nachprüfung; Vorauswahl von Bewerbern **GK 9, 22**
- Planungswettbewerbe, die einem Verhandlungsverfahren vorgelagert sind, unterliegen der selbständigen Nachprüfung **GK 9, 22**
- Zu den Voraussetzungen, unter denen vorausgewählte Bewerber gesetzt werden können **GK 9, 23**
- Bei der Ausschreibung von Rahmenverträgen sind die Höchstmengen bzw. Höchstwerte anzugeben **GK 163, 406**
- Angebotsausschluss bei verbundenen Unternehmen **GK 171, 427**
- Liegen Verknüpfungen zwischen Bietern vor, stellt sich die durch den Auftraggeber aufzuklärende Frage, ob dadurch der Wettbewerb eingeschränkt ist **GK 171, 427**
- Wann liegen hinreichende Anhaltspunkte dafür vor, dass die Verbindung zwischen den Bietern den Inhalt ihrer Angebote mit hoher Wahrscheinlichkeit beeinflusst hat? **GK 171, 429**
- Konzessionsvergaben zur Bereitstellung elektronischer Kommunikationsdienste unterfallen nicht dem Vergaberecht **GK 188, 454**

H

Haftungsbeschränkung

- Wann kommt es zu einer Haftung des Bauherrn für Mängel des Bauwerks? GK 35, 81
- Haftung des Bauherrn für Planung und Baukoordination GK 35, 81
- Keine Haftung des Bauherrn für Fehler der Bauüberwachung GK 35, 82
- Grundsätzlich keine Haftung des Bauherrn für von ihm zur Verfügung gestellte Vorleistungen, die zu Mängeln des bauausführenden Gewerks führen GK 35, 82

Haushaltsplan

- Bek des StMI vom 8.7.2023 – Aufstellung und Vollzug der Haushaltspläne der Kommunen; Ergebnisse der Steuerschätzung GK 173, 432

Haushaltswesen

- Rückstellungen für ausgewählte personalwirtschaftliche Geschäftsvorfälle in der doppelten Haushaltswirtschaft bayerischer Kommunen; Teil 3: Altersteilzeitverhältnisse GK 49, 121
- Rückstellungen für ausgewählte personalwirtschaftliche Geschäftsvorfälle in der doppelten Haushaltswirtschaft bayerischer Kommunen; Teil 4: Langzeitkonto GK 60, 145

HOAI

- Keine Anwendbarkeit der Richtlinie 2006/123/EG auf vor dem 28.12.2009 geschlossene Verträge FSt 31, 101
- Abrechnung eines Architektenvertrags nach außerordentlicher Kündigung; Verzinsung des Rückzahlungsanspruchs FSt 64, 217
- Eine mit einem Bauamt ausgestattete Gemeinde muss die Richtigkeit einer vom Architekten erstellten Kostenberechnung konkret bestreiten FSt 64, 218
- Die Beweislast für die Vereinbarung eines der Honorarabrechnung zugrunde zu legenden Kostenrahmens trägt der Auftraggeber FSt 64, 218
- Pflicht des Architekten zur Klärung der Kostenvorstellungen des öffentlichen Bauherrn? FSt 64, 219
- Nur erbrachte Leistungen werden vergütet FSt 64, 221
- Verhandlungen zur schulbaulichen Genehmigung unterfallen der Grundleistung „Vorverhandlung über die Genehmigungsfähigkeit“ FSt 64, 221

- Verzinsung eines Rückzahlungsanspruchs des Auftraggebers FSt 64, 222

I

Immissionsschutz

- Die immissionsschutzrechtliche Vor-Ort-Kontrolle eines Sonderabfallagers durch Mitarbeiter der Überwachungsbehörde ist ohne vorherige Ankündigung zulässig FSt 114, 393

Ingenieure

- Richtzeichnungen für Ingenieurbauten (RiZ-ING), Fortschreibung Januar 2022 GK 154, 381

Innenbereich

- Einfügen nach der Anzahl der Geschosse FSt 162, 544
- Einfügen erfordert das Vorhandensein von Referenzobjekten, die bei einer wertenden Gesamtbetrachtung vergleichbar sind FSt 162, 545
- Ein Vorhaben fügt sich bereits dann nicht ein, wenn es auch nur an einem der Einfügenskriterien fehlt FSt 162, 545
- Für die Beurteilung der Geschossigkeit kommt es darauf an, wie das Gebäude nach außen hin in Erscheinung tritt FSt 162, 545
- Für die Beurteilung der Frage, ob ein Gebäude über eine oder zwei Dachgeschossebenen verfügt, kommt es nicht ausschließlich darauf an, ob die Ebenen mit Dachgauben versehen sind FSt 162, 546
- Gebäude prägen ihre Umgebung nicht durch einzelne Maßbestimmungsfaktoren im Sinne des § 16 Abs. 2 BauNVO FSt 162, 546
- Nur in seltenen Einzelfällen können auch Vorhaben zulässig sein, die sich nicht einfügen FSt 162, 547
- Die Anzahl der Geschosse eines Gebäudes als Kriterium im Rahmen des Einfügens tritt nicht hinter das Zulassungsmerkmal der Höhe baulicher Anlagen zurück FSt 162, 548
- Rechtmäßigkeit einer Einbeziehungssatzung FSt 186, 618
- Die Entscheidung über einen Normenkontrollantrag setzt nicht zwingend eine mündliche Verhandlung voraus FSt 186, 619
- Antragsbefugnis im Normenkontrollverfahren FSt 186, 620
- Prägung von Außenbereichsflächen im Sinne von § 34 Abs. 4 Satz 1 Nr. 3 BauGB FSt 186, 620

- (Keine) Verletzung des Entwicklungsgebots
FSt 186, 621
- Keine Verletzung des Abwägungsgebots
FSt 186, 622
- Die Zulassung von Wohnnutzung führt nicht zur Annahme eines Mischgebiets
FSt 186, 622
- Passive Lärmschutzmaßnahmen können ausreichend sein
FSt 186, 622
- Negative Beeinflussungen einer Hochwassersituation müssen hinreichend konkret zu erwarten sein
FSt 186, 623
- Einfügen nach dem Maß der baulichen Nutzung bei Stützmauern und Aufschüttungen zur ebenen Gartennutzung
FSt 268, 900
- Unerheblichkeit des Gebietscharakters der Umgebung
FSt 268, 901
- Einfügen einer Aufschüttung nach dem Maß der baulichen Nutzung in die Eigenart der näheren Umgebung (hier bejaht)
FSt 268, 901
- Zulässigkeit eines Vorhabens, das den Rahmen der Umgebung überschreitet, beim Fehlen bodenrechtlicher Spannungen
FSt 268, 902

Insolvenzordnung

- Wirksamkeit vertraglicher Klauseln, die dem Auftraggeber bei Insolvenz des Auftragnehmers ein Recht zur Kündigung aus wichtigem Grund einräumen
FSt 169, 563
- Bestätigung der Wirksamkeit des Kündigungsrechts des Auftraggebers bei Eigeninsolvenz-antrag des Auftragnehmers beim Bauvertrag
FSt 169, 565
- Das Gesetz enthält keine ausreichende Grundlage dafür, dass insolvenzabhängige Lösungsklauseln stets unwirksam sind
FSt 169, 565
- Lösungsklauseln, die allein den Zweck haben, den Vertragspartner von den vertraglichen Bindungen zu befreien und somit die Ausübung des Wahlrechts des Insolvenzverwalters zu vereiteln, sind unwirksam
FSt 169, 566
- Wirksamkeit einer insolvenzabhängigen Lösungsklausel, wenn für deren Vereinbarung ein sachlicher Grund besteht
FSt 169, 566
- Wirksamkeit einer Klausel, die eine Kündigung aus wichtigem Grund ermöglicht, wenn über das Vermögen des Auftragnehmers die Eröffnung eines Insolvenzverfahren beantragt ist
FSt 169, 567
- Die Inanspruchnahme einer Lösungsklausel kann treuwidrig sein
FSt 169, 568
- Wirksamkeit einer insolvenzabhängigen Klausel bei einem Personenbeförderungsvertrag
FSt 169, 569

J

Jagdrecht

- Waffenrechtliche Regelunzuverlässigkeit bei Verstößen gegen die Grundsätze der Weidgerechtigkeit?
FSt 21, 72
- Schonzeitverstoß (Abschuss einer trächtigen Rehgeiß) als gröblicher Verstoß gegen das Bundesjagdgesetz (verneint)
FSt 21, 72
- Umgang mit einem erlegten trächtigen Tier als Verstoß gegen die Grundsätze der Weidgerechtigkeit (verneint)
FSt 21, 73
- Verstöße gegen die Grundsätze der Weidgerechtigkeit führen wohl nicht zu einer waffenrechtlichen Regelunzuverlässigkeit
FSt 21, 74
- Jagdrechtliche Befriedung von Grundflächen aus ethischen Gründen
FSt 94, 320
- Aktuelle Entwicklungen im Jagdrecht
FSt 258, 866
- Umsatzsteuerpflicht von Jagdgenossenschaften erst ab 1.1.2025
FSt 258, 866
- Umlageforderungen von Jagdgenossenschaften
FSt 258, 866
- Jagdrechtliche Befriedung von Grundflächen aus ethischen Gründen
FSt 258, 866
- Eigenjagdbezirk: Antrags- bzw. Klagebefugnis einer Jagdgenossenschaft
FSt 258, 867
- Jagdpachtvertrag: Nichtigkeit und Bereicherungsausgleich für Wildschadensersatz
FSt 258, 867

Jahresrechnungsstatistik

- Die Ergebnisse der Jahresrechnungsstatistik 2021 für Bayern
GK 174, 433
- Erholung der bayerischen Wirtschaft nach COVID-19-Pandemie
GK 174, 433
- Kommunale Einnahmen weiter gestiegen
GK 174, 433
- Zuführungen vom Verwaltungs- zum Vermögenshaushalt gesunken
GK 174, 434
- Neuaufnahmen von Krediten wesentlich höher als die Tilgung
GK 174, 435
- Anstieg bei den kommunalen Investitionen
GK 174, 435
- Kreisangehörige Gemeinden erneut Spitzenreiter bei den Bauausgaben
GK 174, 436
- Personalausgaben weiter gestiegen
GK 174, 436
- Umlagebelastung wiederum gewachsen
GK 174, 437
- Vervielfältiger der Gewerbesteuerumlage unverändert
GK 174, 438
- Sozialausgaben weiter gestiegen
GK 174, 438
- Zunahme bei den kommunalen Steuereinnahmen
GK 174, 439
- Gewerbesteuerereinnahmen deutlich angestiegen
GK 174, 440

- Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer und Grundsteuereinnahmen gewachsen GK 174, 440
- Die Ist-Einnahmen des Gesamthaushalts im Haushaltsjahr 2021 nach Aufgabenbereichen GK 175, 441
- Die Ist-Ausgaben des Gesamthaushalts im Haushaltsjahr 2021 nach Aufgabenbereichen GK 176, 442
- Die Ist-Einnahmen des Verwaltungshaushalts im Haushaltsjahr 2021 nach Arten GK 177, 443
- Die Ist-Ausgaben des Verwaltungshaushalts im Haushaltsjahr 2021 nach Arten GK 178, 444
- Personalausgaben im Haushaltsjahr 2021 nach Einzelplänen bzw. Gruppen und Untergruppen GK 179, 446
- Die Ist-Einnahmen des Vermögenshaushalts im Haushaltsjahr 2021 nach Arten GK 180, 447
- Die Ist-Ausgaben des Vermögenshaushalts im Haushaltsjahr 2021 nach Arten GK 181, 448
- Die Ausgaben für Baumaßnahmen im Haushaltsjahr 2021 gegliedert nach Aufgabenbereichen GK 182, 449
- Steuereinnahmen, allgemeine Zuweisungen und allgemeine Umlagen im Haushaltsjahr 2021 GK 183, 450

Jugendhilfe

- Örtliche Zuständigkeit des Jugendhilfeträgers bei verschiedenen gewöhnlichen Aufenthalten FSt 180, 600

K

Kanalisation

- Rückwirkende Erhöhung des Gebührensatzes GK 62, 149
- Die mittels Änderungssatzung (isoliert) geregelte rückwirkende Erhöhung des Gebührensatzes verstößt gegen höherrangiges Recht und ist nichtig GK 62, 150
- Erhöhung des Gebührensatzes zu einem in der Vergangenheit liegenden Zeitpunkt als unzulässige echte Rückwirkung GK 62, 151
- Die Gebührenschuldner müssen mit einer nachträglichen Anhebung bereits entstandener und für eine bestimmte Menge feststehender Gebühren nicht rechnen GK 62, 152
- Unwirksamkeit des Gebührensatzes führt zur Nichtigkeit der gesamten Gebührensatzung GK 62, 153
- Die Unsicherheit des Gläubigers über die Höhe der in die Kalkulation einzustellenden Kosten löst keinen Nacherhebungstatbestand bei Vorliegen der Kalkulation aus GK 62, 153

- Unsicherheiten über die Höhe der anfallenden Gebühren, die aus nicht ausreichend validen Kalkulationsgrundlagen resultieren, fallen auch nicht unter § 165 AO GK 62, 154
- Die Nichtigkeit einer Satzung kann nicht durch die bloße Änderung einzelner Bestimmungen behoben werden GK 62, 154
- Leistungsbescheid zur Kostentragung für Teile des Grundstücksanschlusses im öffentlichen Straßengrund bei Vorliegen einer Sondervereinbarung GK 97, 244
- Der Erlass eines belastenden Verwaltungsaktes ist nur erlaubt, wenn und soweit eine gesetzliche Grundlage besteht GK 97, 245
- Einen Erstattungsanspruch für den Teil des Grundstücksanschlusses, der sich im öffentlichen Straßengrund befindet, sieht Art. 9 KAG gerade nicht vor GK 97, 245
- Eine Kostenübernahmevereinbarung ermächtigt nicht zum Erlass eines einseitig regelnden Verwaltungsaktes GK 97, 246
- Unwirksame Rückwirkungsanordnung in der Herstellungsbeitragssatzung GK 138, 346
- Bei Entstehen eines Verbesserungsbeitrags muss ein Einrichtungsträger auch über eine Herstellungsbeitragssatzung mit neu kalkulierten Beitragssätzen verfügen GK 138, 346
- Die rückwirkende Ersetzung eines unwirksamen Beitragsmaßstabs durch einen wirksamen Beitragsmaßstab ist in der Rechtsprechung grundsätzlich anerkannt GK 138, 347
- Erfasst die Rückwirkungsanordnung für die erhöhten Beitragssätze auch einen Zeitraum, in dem der Verbesserungsaufwand noch nicht entstanden war, ist sie unwirksam GK 138, 347
- Der Gleichbehandlungsgrundsatz verlangt, dass der Investitionsaufwand für Verbesserungsmaßnahmen gleichmäßig auf Alt- und Neuanschließer verteilt wird GK 138, 348
- Entstehen der Beitragspflicht und Beginn der Festsetzungsverjährung bei nachträglichen Geschossflächenmehrungen GK 157, 387
- Der für das Entstehen des Beitrags maßgebliche Abschluss der Maßnahme liegt bei Herstellung in einer Form vor, die eine bauordnungsrechtliche Nutzbarkeit zulässt GK 157, 388
- Wird keine Anzeige nach Art. 78 Abs. 2 Satz 1 BayBO abgegeben, kann aus rechtlichen Gründen nicht von einem Abschluss der Baumaßnahme ausgegangen werden GK 157, 389
- Eine Behörde erlangt dann positive Kenntnis von erheblichen Tatsachen, wenn der nach innerbetrieblicher Geschäftsverteilung berufene Amtswalter diese feststellt GK 157, 390

- Der Grundlagenbescheid für die Grundsteuer ist nicht geeignet, beitragsrechtliche Konsequenzen auszulösen GK 157, 390
 - Aus dem Grundsteuermessbescheid bzw. der Mitteilung nach § 184 Abs. 3 AO ergeben sich grundsätzlich nicht die für eine Beitragsfestsetzung notwendigen Umstände GK 157, 391
 - Erhebung von Entwässerungsgebühren bei fehlerhafter bzw. fehlender Kalkulation sowie echter Rückwirkung einer Gebührensatzung GK 198, 484
 - Bei dem rückwirkenden Erlass einer Abwassergebührensatzung ist grundsätzlich eine Kalkulation der Benutzungsgebühren erforderlich, die sich entsprechend Art. 8 Abs. 6 KAG an den tatsächlichen Kosten der vergangenen Kalkulationsperioden orientiert GK 198, 485
 - Rückwirkende Schlechterstellung einer durch Bescheid zu einer Benutzungsgebühr herangezogenen Person ist nicht bei jeder Fehlerkorrektur möglich GK 198, 486
 - Eine Altfallregelung, nach der bestandskräftige Gebührenveranlagungen als abgeschlossen behandelt werden, erfordert eine Ermessensentscheidung des Gemeinderates, der eine ordnungsgemäße Gebührenkalkulation zugrunde liegen muss GK 198, 488
 - Ein Gebührenvorauszahlungsbescheid wird durch den Erlass des endgültigen Gebührenbescheids abgelöst und hat danach keine Steuerungswirkung mehr GK 198, 488
 - Der abgabenrechtliche Erstattungsanspruch nach dem KAG ist grundsätzlich durch einen Abrechnungsbescheid der Abgabebehörde festzusetzen, gerichtlich ist er durch Verpflichtungsklage geltend zu machen GK 198, 489
 - Auch in den Fällen der klageweisen Geltendmachung eines abgabenrechtlichen Erstattungsanspruchs werden Prozesszinsen von Amts wegen durch eigenständigen Bescheid festgesetzt, gerichtlich werden sie durch Verpflichtungsklage geltend gemacht GK 198, 490
 - Verpflichtungsklagen auf Erstattung und Zahlung von Prozesszinsen können mit der Anfechtungsklage gegen den Abgabefestsetzungsbescheid nach § 113 Abs. 4, Abs. 1 Satz 2 VwGO verbunden werden, ein Vorverfahren ist hierfür nicht erforderlich GK 198, 491
-
- ### Kindergärten, Kinderbetreuung
- Satzungsregelung über den Ausschuss eines Kindes vom „weiteren“ Besuch einer Kindertagesstätte (Kita) FSt 7, 26
 - Heranziehung zu den Kosten für Kindertagespflege FSt 120, 400
 - Täglicher Umfang des Anspruchs auf einen Betreuungsort in einer Kindertageseinrichtung FSt 141, 471
 - Ermittlung des individuellen zeitlichen Betreuungsbedarfs FSt 141, 472
 - Verstößt eine Betreuungszeit von über 9 Stunden täglich gegen das Kindeswohl? FSt 141, 474
 - Gesetz zur Änderung des Bayerischen Kinderbildungs- und -betreuungsgesetzes (BayKiBiG) vom 10.8.2023 FSt 232, 785
 - Begriffsbestimmungen: Art. 2 Abs. 3 BayKiBiG n.F. FSt 232, 785
 - Landeselternbeitr.: Art. 14a BayKiBiG n.F. FSt 232, 785
 - Umfang des Förderanspruchs der Gemeinde: Art. 21 BayKiBiG n.F. FSt 232, 786
 - Umfang des Förderanspruchs des Trägers einer Kindertageseinrichtung: Art. 22 BayKiBiG n.F. FSt 232, 786
 - Übergangsvorschriften: Art. 34 Abs. 3 BayKiBiG n.F. FSt 232, 786
 - Gesetz zur Weiterentwicklung der Qualität und zur Teilhabe in der Kindertagesbetreuung (KiTa-Qualitätsgesetz) vom 20.12.2022 GK 41, 95
 - Kommunale Kindertageseinrichtung; Elternbeiträge; Pauschalierung; Abmeldung vom Mittagessen; Abgabengleichheit GK 80, 199
 - § 90 Abs. 1 Nr. 3 SGB VIII bildet eine bundesrechtliche Ermächtigungsgrundlage für die Erhebung von Elternbeiträgen für Kindertageseinrichtungen GK 80, 199
 - Für die als öffentlich-rechtliche Abgaben eigener Art anzusehenden Elternbeiträge können die Gemeinden in analoger Anwendung des Kommunalabgabengesetzes ergänzende Regelungen erlassen GK 80, 200
 - Bei den „Elternbeiträgen“ für Kindertageseinrichtungen handelt es sich nicht um Beiträge im Sinne des Kommunalabgabengesetzes GK 80, 201
 - Das Gebot, die Gebührenhöhe vom Ausmaß der Inanspruchnahme der Einrichtung abhängig zu machen, ändert nichts am Recht des Einrichtungsträgers, im Wege der Widmung das Leistungsangebot und den Leistungsumfang zu bestimmen GK 80, 202
 - Auch die Versorgung mit Essen und Getränken kann unselbständiger Teil des Gesamtangebots einer Kindertageseinrichtung sein GK 80, 202
 - Bei den Elternbeiträgen muss auch aus Gleichheitsgründen nicht danach differenziert werden, ob die in der Einrichtung betreuten Kinder das dort angebotene Mittagessen tatsächlich in Anspruch nehmen GK 80, 203

- Das Gebot der Abgabengerechtigkeit steht einer weitgehenden Pauschalierung der Elternbeiträge vor allem dann nicht entgegen, wenn die festgelegten Entgelte die Einrichtungskosten nicht annähernd decken GK 80, 204
- Bek des StMAS vom 14.3.2023 – Vollzug des Bayerischen Kinderbildungs- und -betreuungsgesetzes (BayKiBiG) – Festsetzung des Qualitätsbonus gemäß Art. 23 Abs. 1 Satz 3 BayKiBiG – GK 94, 240
- Bek des StMAS vom 10.3.2023 – Vollzug des Bayerischen Kinderbildungs- und -betreuungsgesetzes (BayKiBiG) – Festsetzung des Basiswertes gemäß Art. 21 Abs. 3 Satz 2 BayKiBiG – GK 94, 240

Kleingärten

- Unwirksame Kündigung eines Pachtvertrags nach dem Bundeskleingartengesetz (BKleingG) FSt 183, 609

Klimaschutz

- Gesetz zur Verbesserung der Rahmenbedingungen für die erneuerbaren Energien im Städtebaurecht: hier § 249a BauGB FSt 233, 787

Kommunalabgaben

- Unzulässigkeit einer Übernachtungssteuer im KAG verankert FSt 123, 409
- Kommunale Wettbürosteuer unzulässig GK 44, 102
- Bei der Wettbürosteuer handelt es sich um eine örtliche Aufwandsteuer GK 44, 102
- Ein steuerbarer Aufwand liegt auch bei sog. Pre-Match-Wetten vor GK 44, 103
- Kommunale Aufwandsteuern dürfen den bundesrechtlichen Steuern aber nicht gleichartig sein GK 44, 104
- Eine kommunale Wettbürosteuer ist den bundesrechtlichen Rennwett- und Sportwettensteuern gleichartig GK 44, 105
- Indiz für die Gleichartigkeit der Steuer ist der einheitliche und bewusst niedrig festgelegte Steuersatz der speziellen Bundessteuer GK 44, 106
- Kommunale Lenkungsziele sind irrelevant GK 44, 107
- Kommunale Verpackungssteuer GK 191, 459
- Abgrenzung zwischen Verbrauchsteuern und Aufwandsteuern GK 191, 460
- Zuordnung der Verpackungssteuer zu den Verbrauchsteuern GK 191, 461
- Erfordernis der örtlichen Begrenzung des Steuerertragsbestands GK 191, 462
- Beschränkung der Verpackungssteuer auf zeit- und ortsnahe Verbrauchsvorgänge GK 191, 462

- Keine Besteuerung typischer Supermarkt- und Automatenprodukte GK 191, 463
- Widerspruchsfreiheit der Rechtsordnung als Kompetenzausübungsschranke GK 191, 464
- Abfallvermeidung als vorrangiges Ziel aller Regelungen GK 191, 465
- Bedeutung des gemeindlichen Selbstverwaltungsrechts GK 191, 466
- Zur Bedeutung des Kooperationsprinzips im Abfallrecht GK 191, 466

Kommunale Unternehmen

- Kommunale Wirtschaftsbetriebe: Aktualisierung des IDW PH 9.720.2 GK 34, 80
- IDW zur Nachhaltigkeitsberichterstattung öffentlicher Unternehmen: Mittelbare Auswirkungen der Corporate Sustainability Reporting Directive (CSR) GK 64, 157
- Mittelbare Verpflichtung für öffentliche Unternehmen auf Bundes-, Landes und kommunaler Ebene ungeachtet ihrer Größe und Rechtsform und etwaige Ausnahmen in den Landesvorschriften GK 64, 159
- Folgen für die Abschlussprüfung und den Bestätigungsvermerk GK 64, 160
- Handlungsbedarf in Bezug auf die Rechnungslegungsvorschriften GK 64, 160
- Erstellung und Prüfung von Nachhaltigkeitsberichten – Nachhaltigkeitskompass der Wirtschaftsprüferkammer GK 74, 185
- Fachlicher Hinweis des IDW: Prüfung wenig komplexer Einheiten nach dem IDW PS KMU GK 82, 209
- Ausweis von Abschöpfungsbeträgen i.S. des StromPBG (Übererlösabschöpfung); Fachlicher Hinweis des IDW GK 91, 232
- Ausweis in der (Konzern-)Bilanz GK 91, 233
- Ausweis in der (Konzern-)Gewinn- und Verlustrechnung GK 91, 233
- Ausweis in der (Konzern-)Kapitalflussrechnung GK 91, 234
- Angaben im (Konzern-)Anhang GK 91, 234
- E-Bilanz; Veröffentlichung der Taxonomien 6.7 vom 1.4.2023 GK 209, 520

Körperschaftsteuer

- Die Anerkennung der körperschaftsteuerlichen Organschaft setzt die tatsächliche Durchführung des Gewinnabführungsvertrags voraus GK 99, 248
- Rechtsgrundlagen für die körperschaftsteuerrechtliche Organschaft GK 99, 249
- Zum Zeitraum, in dem die tatsächliche Durchführung des EAV erfüllt sein muss GK 99, 250

- Ein EAV ist nur dann durchgeführt, wenn er während der gesamten Geltungsdauer tatsächlich „gelebt“ wird GK 99, 250
- Die Anerkennung der Organschaft setzt sowohl voraus, dass die Forderungen und Verbindlichkeiten aus dem EAV in den Jahresabschlüssen von Organträger und Organgesellschaft ausgewiesen sind, als auch, dass diese erfüllt werden GK 99, 251
- Die Nichtdurchführung des EAV für ein Jahr während der fünfjährigen Mindestvertragslaufzeit wirkt auf alle Streitjahre zurück GK 99, 252
- Verpachtungen durch die öffentliche Hand – Verlängerung der Übergangsregelung des BMF-Schreibens vom 15.12.2021 GK 109, 278
- Steuerlicher Querverbund mit Bädern in der Energiekrise: Vorübergehende Abschaltung eines Blockheizkraftwerks (BHKW) ist unschädlich GK 167, 411
- Wirtschaftlicher Betrieb des BHKW GK 167, 411

Kostenerstattung

- Bek des StMGP vom 9.1.2023 – Änderung der Impfzentrenkostenerstattungsrichtlinie GK 48, 120
- Bek des StMGP vom 24.1.2023 – Änderung der SARS-CoV-2-Testzentrenkostenerstattungsrichtlinie 2021/2022 GK 59, 144
- Bek des StMGP vom 5.4.2023 – Richtlinie zur Erstattung der Kosten der zur Bewältigung erheblicher Patientenzahlen in Krankenhäusern bestimmten Entlastungseinrichtungen (SARS-CoV-2-Kostenerstattungsrichtlinie: Entlastungseinrichtungen) GK 105, 264
- Bek des StMGP vom 15.9.2023 – Änderung der SARS-Cov-2-Testzentrenkostenerstattungsrichtlinie 2021/2022 GK 214, 528

Krankenhäuser

- Tarifabschluss für Ärztinnen und Ärzte an kommunalen Krankenhäusern vom 4.5.2022 FS 8, 27
- Tarifabschluss für Ärztinnen und Ärzte an kommunalen Krankenhäusern ab 1.1.2023 GK 160, 398
- Bek des StMFH vom 28.7.2023 – 49. Jahreskrankenhausbauprogramm 2023 des Freistaates Bayern GK 189, 456

Kreisumlage

- Die Kreisumlagen für das Haushaltsjahr 2022 GK 11, 25
- Umlagekraft der kreisangehörigen Gemeinden GK 11, 25

- Umlagekraft und Umlagesoll der Landkreise nach Regierungsbezirken in Bayern im Haushaltsjahr 2022 GK 12, 28
- Grenz- und Durchschnittswerte in den Regierungsbezirken in Bayern 2022 GK 13, 29
- Umlagesätze in Bayern im Jahr 2022 GK 14, 30
- Rückwirkende Festsetzung des Umlagesatzes; Ermittlung des jeweiligen Finanzbedarfs GK 126, 313
- Weder der rechtsstaatliche Grundsatz des Vertrauensschutzes noch das haushaltsrechtliche Jährlichkeitsprinzip stehen der rückwirkenden Festsetzung eines Kreisumlagesatzes entgegen GK 126, 313
- Um dem finanziellen Gleichrang der beiden Ebenen Rechnung zu tragen, muss der Landkreis sowohl seinen eigenen Finanzbedarf als auch den der umlagepflichtigen Gemeinden ermitteln GK 126, 314
- Bei einer erst nach Ablauf des Haushaltsjahres erlassenen rückwirkenden Festsetzung des Kreisumlagesatzes müssen die im Zeitpunkt der Beschlussfassung vorhandenen Informationen über den Finanzbedarf des Kreises und der kreisangehörigen Gemeinden in dem betreffenden abgelaufenen Haushaltsjahr berücksichtigt werden GK 126, 315
- Die rückwirkende Berücksichtigung der nachträglich gewonnenen Erkenntnisse über den Finanzbedarf für ein zurückliegendes Haushaltsjahr zwingt nicht zu Korrekturen bezüglich der nachfolgenden Haushaltsjahre GK 126, 316
- Ob sich einer betroffenen unterfinanzierten Gemeinde realistische Kompensationsmöglichkeiten bieten, muss der Landkreis konkret feststellen GK 126, 317

Kündigung

- Krankheitsbedingte Kündigung; Betriebliches Eingliederungsmanagement (bEM); Datenschutzrechtliche Einwilligung; Zustimmung des Integrationsamts FS 185, 616

L

Landesstraf- und Verordnungsgesetz

- Verhältnis der sicherheitsrechtlichen Generalklausel (Art. 7 Abs. 2 Nr. 3 LStVG) zu bauaufsichtlichen Befugnissen; Nutzungsunter-sagung; Erschließung; Brandschutz FS 176, 587
- Subsidiarität der sicherheitsrechtlichen Generalklausel des Art. 7 Abs. 2 Nr. 3 LStVG FS 176, 588

- Vorrang der bauaufsichtlichen Nutzungsunter-sagung nach Art. 76 Satz 2 BayBO FSt 176, 589
- Anwendungsbereich von Art. 76 Satz 2 BayBO bei Gefahren durch mangelhaften Brandschutz und unzureichende Erschließung für Rettungsfahrzeuge FSt 176, 589
- Keine Auffangzuständigkeit der Gemeinde als Sicherheitsbehörde FSt 176, 591

Landschaftsschutz

- Keine Pflicht zur strategischen Umweltprüfung bei Erlass oder Änderung von Landschaftsschutzgebietsverordnungen FSt 127, 424
- Zur Auslegung des Art. 3 Abs. 4 der SUP-Richtlinie FSt 127, 428

Lärmschutz

- ZTV Lsw 22 – Zusätzliche Technische Vertragsbedingungen und Richtlinien für die Ausführung von Lärmschutzwänden an Straßen, Ausgabe 2022 FSt 112, 387

Lebensmittelrecht

- Anforderungen an die Begründung des Sofortvollzugs einer Untersagung des Inverkehrbringens von Lebensmitteln FSt 100, 339
- Anforderungen an die besondere Begründung der Anordnung der sofortigen Vollziehbarkeit nach § 80 Abs. 3 Satz 1 VwGO FSt 100, 339
- Aus dem lebensmittelrechtlichen Normgefüge ergibt sich nicht für jede Fallkonstellation, dass den betroffenen Rechtsgütern ein so hoher Rang zukäme, dass eine einzelfallbezogene Begründung entbehrlich wäre FSt 100, 340
- Gesundheitsgefahr als Voraussetzung für die Anordnung des Sofortvollzugs eines Verbots des Inverkehrbringens eines Lebensmittels FSt 100, 342

Lichtzeichenanlage

- Verwendung alternativer Ampelfiguren; hier: Ampelpärchen FSt 177, 591
- Allgemein zur Klagebefugnis nach der VwGO FSt 177, 592
- Offen bleibt, ob das in der StVO festgelegte Sinnbild „Fußgänger“ auch für Lichtsignalanlagen gilt FSt 177, 592
- Bei der Frage der Verletzung eigener Rechte ist auf den objektiven Wahrnehmungshorizont abzustellen FSt 177, 593
- Die Verwendung von „Ampelpärchen“ ist keine politisch unzulässige Beeinflussung FSt 177, 595
- Verletzung des Elternrechts; hier nicht dargelegt FSt 177, 597

M

Mahnwesen

- Mahnbescheid: Nachträgliche Individualisierung des Anspruches; Verjährung und Hemmung GK 88, 217

Mandatsträger

- Teilnahme von kommunalen Mandatsträgern an Sitzungen durch Ton-Bild-Übertragung weiterhin möglich FSt 82, 280

Mängelbeseitigung

- Kostenvorschuss für Mängelbeseitigung in Tiefgarage; Oberflächenschutz als anerkannte Regel der Technik FSt 6, 21
- Zur Pflicht des Bauunternehmers, die anerkannten Regeln der Technik einzuhalten FSt 6, 22
- Entsprechende Anwendbarkeit der DIN 1045 (2001) auf einen Tiefgaragenboden, der als oberste Schicht einen Pflasterbelag aufweist FSt 6, 23
- Maßgeblicher Zeitpunkt für die Einhaltung der anerkannten Regeln der Technik ist die Abnahme FSt 6, 24
- Der Anspruch auf Kostenvorschuss für die Mängelbeseitigung setzt nicht voraus, dass bereits ein Schaden entstanden ist FSt 6, 24
- Verhältnismäßigkeit des Aufbringens eines Oberflächenschutzsystems FSt 6, 25

Meldewesen

- Gesetz zur Änderung des Bayerischen Gesetzes zur Ausführung des Bundesmeldegesetzes und weiterer Rechtsvorschriften FSt 90, 308
- Neue Überschrift: Bayerisches Gesetz zum Melde-, Pass- und Personalausweiswesen (BayGMPP) FSt 90, 308
- Pass- und Personalausweiswesen: Art. 10 BayGMPP n.F. FSt 90, 308
- Verordnungsermächtigungen: Art. 11 BayGMPP n.F. FSt 90, 309

Mietrecht

- Die Kosten für die Miete von Rauchwarmeldern sind keine umlagefähigen Betriebskosten GK 38, 89
- Vorsicht bei der Entsorgung abgestellter Fahrräder GK 57, 141
- Umlage der Betriebskosten für Rauchmelder und für Müllkontrolle auf die Mieter GK 86, 213
- Kann der Vermieter ein Mieterhöhungsverlangen nachträglich ermäßigen? GK 93, 238

- Die Mieterhöhungserklärung nach der Durchführung von Modernisierungsmaßnahmen erfordert keine Aufteilung der entstandenen Kosten nach Gewerken GK 112, 285
- Die Mieterhöhung in einem laufenden Mietverhältnis wird nicht durch § 556d Abs. 1 BGB gedeckelt GK 124, 310
- Erhält der Vermieter die Mietsache nach Kündigung nicht zurück, hat er einen Schadenserstattungsanspruch in Höhe der ortsüblichen Miete GK 194, 479

N

Nachbarrecht

- BGH bestätigt Wirksamkeit landesrechtlicher Regelungen, die zur Duldung einer nachträglichen grenzüberschreitenden Wärmedämmung des Nachbargebäudes verpflichten FSt 5, 16
- Gesetzgebungskompetenz der Länder FSt 5, 16
- Materielle Verfassungsmäßigkeit des § 23a NachbarG NRW FSt 5, 19
- Zweifel an der materiellen Verfassungsmäßigkeit der Berliner Regelung in § 16a NachbarG Bln reichen nicht für eine Vorlage zum BVerfG FSt 5, 19

Namensrecht

- Zur Bindungswirkung der Bestimmung über den Geburtsnamen eines Kindes für früher geborene Geschwisterkinder FSt 198, 668
- Grundlagen für die Berichtigung eines Registerintrags FSt 198, 669
- Das Persönlichkeitsrecht eines Kindes setzt Grenzen für die automatische Namensneubestimmung bei Begründung eines gemeinsamen Sorgerechts FSt 198, 669
- Der Berichtigung eines Geburtseintrags kann das Persönlichkeitsrecht eines Kindes entgegenstehen (hier verneint) FSt 198, 670

Naturgenuss

- Anspruch auf Sperrung eines Wegs ohne naturschutzrechtliche Genehmigung; Begriff der freien Landschaft nach § 59 Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG) FSt 69, 234
- Anspruch auf Betreten der freien Landschaft aus § 59 BNatSchG FSt 69, 235
- Der Umgriff bebauter Flächen ist nicht Teil der freien Landschaft FSt 69, 236

Naturschutz

- Viertes Gesetz zur Änderung des Bundesnaturschutzgesetzes FSt 19, 64

- Landschaftsschutzgebiete: § 26 Abs. 3 BNatSchG n.F. FSt 19, 64
- Betrieb von Windenergieanlagen an Land: § 45b BNatSchG n.F. FSt 19, 65
- Repowering von Windenergieanlagen an Land: § 45c BNatSchG n.F. FSt 19, 66
- Artenvielfalt im Lebensraum Baum; Grundlagen zum Artenschutz und zur Verkehrssicherungspflicht FSt 68, 233
- Schutz von Wölfen und Fischottern reduziert FSt 197, 667
- Keine Festlegung von Flugverboten auf der Grundlage des Bundesnaturschutzgesetzes FSt 246, 821
- Ausschließliche Gesetzgebungszuständigkeit des Bundes nach Art. 73 Abs. 1 Nr. 6 GG für das Luftverkehrsrecht FSt 246, 822
- Beschränkungen des Luftverkehrs können nicht auf der Grundlage des Bundesnaturschutzgesetzes angeordnet werden FSt 246, 823
- Durchführungsverordnung (EU) Nr. 923/2012 und Luftverkehrsordnung (LuftVO) enthalten Regelungen, die der Schaffung von Flugbeschränkungsgebieten in einer Naturschutzgebietsverordnung entgegenstehen FSt 246, 824
- Die Sperrwirkung des Art. 73 Abs. 1 Nr. 6 GG gilt auch im Anwendungsbereich der FFH-Richtlinie und der Vogelschutz-Richtlinie FSt 246, 824
- Unzulässigkeit einer Doppelzuständigkeit mehrerer Behörden FSt 246, 826

Naturschutzverbände

- Keine Klage- oder Antragsbefugnis eines Naturschutzverbands zur Bewirkung eines Baumfällverbots FSt 44, 148
- Eine kommunale Baumschutzsatzung unterfällt nicht dem Umweltrechtsbehelfsgesetz (UmwRG) FSt 44, 148
- Keine Antragsbefugnis aus einer behaupteten Missachtung des behördlich genehmigten Fällzeitraums FSt 44, 149
- Standort der Eichen als eine vom Fällverbot ausgenommene Gartenfläche FSt 44, 150

Nebentätigkeit

- Anpassung der in § 9 Abs. 3 der Bayerischen Nebentätigkeitsverordnung enthaltenen Höchstbeträge an das Gesetz zur Anpassung der Bezüge 2022 GK 7, 21

Normenkontrolle

- Normenkontrollantrag gegen eine Wasserschutzgebietsverordnung, fehlende Prozessführungsbefugnis, eheliche Gütergemeinschaft, gemeinschaftliche Verwaltung des Gesamtguts, gewillkürte Prozessstandschaft FSt 181, 601

- Keine (alleinige) Prozessführungsbefugnis bei Gesamthandseigentum FSt 181, 601
- Keine gewillkürte Prozessstandschaft im Normenkontrollverfahren FSt 181, 602
- Selbst bei Zulassung einer gewillkürten Prozessstandschaft wäre ein Normenkontrollantrag bei Nichteinhaltung der Jahresfrist des § 47 Abs. 2 Satz 1 VwGO unzulässig FSt 181, 603
- Jahresbericht 2022 des Nationalen Normenkontrollrats: Bürokratieabbau in der Zeitenwende – Bürger, Wirtschaft und Verwaltung jetzt entlasten FSt 192, 641
- Erfüllungsaufwand deutlich gestiegen – Bürokratieabbau gerade in Krisenzeiten nicht aufschieben FSt 192, 641
- Neustart beim Bürokratieabbau – Neuer NKR in neuem Umfeld mit neuer Schlagkraft FSt 192, 641
- Chance für einfacheren Gesetzesvollzug – Die Einführung des Digitalchecks ist ein Meilenstein zur Verbesserung der Rechtsqualität FSt 192, 642
- Wer gut regieren will, muss gut regulieren – Gesetze nicht mehr im Eilverfahren abstimmen, sondern mehr Zeit in Wirksamkeit und Praxistauglichkeit investieren FSt 192, 642
- OZG 2.0: Letzte Chance für die digitale Verwaltung – Jetzt klare Konsequenzen ziehen FSt 192, 642

P

Passwesen

- Unzumutbarkeit der Passbeschaffung bei Erfordernis einer „Reueerklärung“ FSt 222, 748
- Grundlagen für die Ausstellung eines Reisepasses FSt 222, 749
- (Un-)Zumutbarkeit der Beschaffung des Passes oder Passersatzes FSt 222, 749
- Eine Passbeschaffung ist jedenfalls nicht zumutbar, wenn der Herkunftsstaat die Ausstellung an eine Bedingung knüpfen wird, deren Erfüllung dem Passwerber nicht abverlangt werden kann FSt 222, 750
- Das nach § 5 Abs. 1 AufenthV eröffnete Ermessen für die Ausstellung eines Reisepasses ist aufgrund von Unionsrecht auf null reduziert FSt 222, 751

Personalkosten

- Personaldurchschnittskosten und Kosten eines Arbeitsplatzes für Beamte ab dem 1.12.2022 GK 16, 35

- Durchschnittliche Stufen der Besoldungsgruppe GK 16, 35
- Berechnung der jährlichen Personaldurchschnittskosten GK 16, 36
- Versorgungszuschlag GK 16, 36
- Berechnung der Stundenwerte GK 16, 37
- Kosten des Arbeitsplatzes GK 16, 37
- Tabellen der Personaldurchschnittskosten und Kosten des Arbeitsplatzes ab 1.12.2022 GK 16, 38
- Tabellen der Durchschnittskosten zusammengefasster Besoldungsgruppen GK 16, 40
- Teilzeitkräfte GK 16, 40
- Personaldurchschnittskosten und Kosten eines Arbeitsplatzes für Beschäftigte im Sozial- und Erziehungsdienst ab 1.7.2022 GK 33, 75
- Personaldurchschnittskosten und Kosten eines Arbeitsplatzes für Beamte ab dem 1.1.2023 GK 192, 468
- Durchschnittliche Stufen GK 192, 468
- Berechnung der jährlichen Personaldurchschnittskosten GK 192, 468
- Versorgungszuschlag GK 192, 469
- Berechnung der Stundenwerte GK 192, 470
- Kosten des Arbeitsplatzes GK 192, 470
- Tabellen der Personaldurchschnittskosten und Kosten des Arbeitsplatzes ab 1.1.2023 GK 192, 471
- Tabellen der Durchschnittskosten zusammengefasster Besoldungsgruppen GK 192, 476
- Teilzeitkräfte GK 192, 477
- Personaldurchschnittskosten und Kosten eines Arbeitsplatzes für kommunale Arbeitnehmer des öffentlichen Dienstes ab 1.6.2023 GK 200, 492
- Berechnungsmodus GK 200, 493
- Tabellen der durchschnittlichen Personalkosten und Kosten eines Büroarbeitsplatzes für „ehemalige Angestellte“ ab 1.6.2023 GK 200, 496
- Tabellen der durchschnittlichen Personalkosten und Kosten eines Arbeitsplatzes für Beschäftigte im Sozial- und Erziehungsdienst ab 1.6.2023 GK 200, 499
- Tabelle der durchschnittlichen Personalkosten für „ehemalige Arbeiter“ ab 1.6.2023 GK 200, 501
- Arbeitsplatzkosten für Arbeiter und Nicht-Büroarbeitsplätze im Angestelltenbereich GK 200, 501
- Durchschnittliche Personalkosten und Kosten eines Arbeitsplatzes für Teilzeitkräfte GK 200, 502

Personalunterkünfte

- Nochmals: Wert der Personalunterkünfte ab 1.1.2023 GK 55, 139

Personalvertretung

- Kein Weiterbeschäftigungsanspruch eines Auszubildenden als Jugendvertreter nach Ausbildungsende mangels Dauerarbeitsplatz
FSt 217, 728
- Das Amt der Schwerbehindertenvertretung endet nicht vorzeitig bei Absinken der Zahl schwerbehinderter Beschäftigter
FSt 225, 760
- Rechtzeitige Beteiligung der Personalvertretung
FSt 236, 799

Personenverkehr

- Grundsätzlich keine Ergänzungen von Anträgen auf Linienverkehrsgenehmigung nach Fristablauf
FSt 200, 676

Pfändung

- Beseitigung der Verstrickung einer gepfändeten Forderung während des Restschuldbefreiungsverfahrens
GK 1, 1
- Gerichtliche Zuständigkeit, über die Aussetzung der Vollziehung zu entscheiden
GK 1, 2
- Rechte des Pfändungsgläubigers müssen gewahrt bleiben
GK 1, 3
- Auskunftserteilung des Gerichtsvollziehers gegenüber Gläubigern
GK 2, 5
- (Un-)Pfändbarkeit einer Corona-Sonderzahlung
GK 22, 49
- Bekanntmachung zu den Pfändungsfreigrenzen 2023 nach § 850c der Zivilprozessordnung (Pfändungsfreigrenzenbekanntmachung 2023) vom 15.3.2023
GK 87, 216
- Das an die Pflegeperson weitergeleitete Pflegegeld ist unpfändbar
GK 106, 265
- Rechtliche Grundlagen für den Pfändungsschutz
GK 106, 265
- Voraussetzungen für eine Zusammenrechnung gemäß oder entsprechend § 850e Nr. 2, 2a ZPO; hier nicht erfüllt
GK 106, 265

Pflegeversicherung

- Reform der Pflegeversicherung 2023
FSt 206, 690
- Pflege zu Hause stärken, Leistungen verbessern, finanzielle Belastungen begrenzen
FSt 206, 690
- Bessere Arbeitsbedingungen für beruflich Pflegenden
FSt 206, 691
- Stabilisierung der Finanzen
FSt 206, 692
- Umsetzung des Beschlusses des Bundesverfassungsgerichts vom 7.4.2022
FSt 206, 692

Planfeststellungsverfahren

- Zulässigkeit einer Online-Konsultation nach § 5 Abs. 4 PlanSiG anstelle eines Erörterungstermins im Planfeststellungsverfahren
FSt 125, 415

- Wirksame Auslegung eines Plans in der Anfangsphase der Corona-Pandemie im ersten Halbjahr 2020?
FSt 125, 415
- Zulässigkeit der Durchführung einer Online-Konsultation nach § 5 PlanSiG trotz fehlenden Verbots eines Präsenz-Erörterungstermins
FSt 125, 416
- Kein Vorrang einer Telefon- oder Videokonferenz vor einer Online-Konsultation
FSt 125, 417
- Die Beschränkung der Möglichkeiten zur Gegenreaktion durch die Online-Konsultation ist verfassungsgemäß
FSt 125, 417
- Angemessenheit einer nach § 5 Abs. 4 PlanSiG gesetzten Frist für die Stellungnahme im Rahmen einer Online-Konsultation
FSt 125, 418

Preisindex

- Der Verbraucherpreisindex im September 2022
GK 19, 46
- Der Verbraucherpreisindex im Oktober 2022
GK 47, 119
- Der Verbraucherpreisindex im November 2022
GK 58, 143
- Der Verbraucherpreisindex im gesamten Jahr 2022 und im Dezember 2022
GK 77, 190
- Der Verbraucherpreisindex im Januar 2023
GK 104, 263
- Der Verbraucherpreisindex im Februar 2023
GK 114, 287
- Der Verbraucherpreisindex im März 2023
GK 123, 309
- Der Verbraucherpreisindex im April 2023
GK 145, 358
- Der Verbraucherpreisindex im Mai 2023
GK 172, 431
- Der Verbraucherpreisindex im Juni 2023
GK 195, 480
- Der Verbraucherpreisindex im Juli 2023
GK 203, 504
- Der Verbraucherpreisindex im August 2023
GK 213, 527

Probebeamte

- Entlassung aus dem Beamtenverhältnis auf Probe; Verwertung einer Probezeitbearbeitung und Berücksichtigung von Verhalten nach der Probezeit
FSt 53, 175
- Eine Entlassung aus einem Probebeamtenverhältnis wegen mangelnder Bewährung setzt nicht den formellen Fortbestand der verwerteten Probezeitbeurteilung und deren Rechtmäßigkeit voraus
FSt 53, 175
- Berücksichtigung von Verhalten nach der Probezeitbeurteilung
FSt 53, 176
- Ein bloßes Rechtsschutzersuchen des Beamten darf nicht negativ gewertet werden
FSt 53, 177

Prüfungen

- Bek des LPA vom 16.1.2023 – Sechzehnte Änderung der Allgemeinen Regelungen des Landespersonalaussschusses im Bereich des Laufbahn- und prüfungsrechts GK 48, 120
- Betriebsprüfung – Prüfungserleichterungen bei einem wirksamen Tax-Compliance-Management-System ab 1.1.2023 GK 63, 155
- Anpassung der Verwaltungspraxis GK 63, 155
- Erleichterungen bei der Betriebsprüfung durch Steuerkontrollsysteme GK 63, 156
- Ein wirksam eingerichtetes Steuerkontrollsystem gilt als Indiz gegen einen bedingten Vorsatz GK 63, 157

R

Radwege

- Handlungsleitfaden Radverkehr FSt 152, 515
- Gesetz zur Stärkung des Radverkehrs in Bayern (Bayerisches Radgesetz – BayRadG) FSt 248, 828
- Radnetz Bayern: Art. 1 BayRadG FSt 248, 828
- Ausbau Radinfrastruktur: Art. 2 BayRadG FSt 248, 828
- Beschilderung: Art. 3 BayRadG FSt 248, 830
- Zentralstelle Radverkehr: Art. 4 BayRadG FSt 248, 830
- Nachhaltige Flächennutzung: Art. 5 BayRadG FSt 248, 830
- Sonderbaulast für Radschnellverbindungen: Art. 6 BayRadG FSt 248, 831
- Fahrradmitnahme im Schienenpersonennahverkehr: Art. 7 BayRadG FSt 248, 831
- Verkehrssicherheitsprogramm: Art. 8 BayRadG FSt 248, 832
- Schulische Verkehrserziehung: Art. 9 BayRadG FSt 248, 832
- Sicherheit und Leichtigkeit des Radverkehrs: Art. 10 BayRadG FSt 248, 833
- Fahrradstraßen: Art. 11 BayRadG FSt 248, 833
- Radallianz Bayern: Art. 12 BayRadG FSt 248, 834
- Finanzierung: Art. 13 BayRadG FSt 248, 834
- Sondernutzung nach öffentlichem Recht, Verordnungsermächtigung: Art. 18 BayStrWG n.F. FSt 248, 834
- Unerlaubte Sondernutzung: Art. 18b BayStrWG n.F. FSt 248, 834
- Örtliche Bauvorschriften: Art. 81 BayBO n.F. FSt 248, 835

Realsteuern

- Die vorläufigen Realsteuerhebesätze im Haushaltsjahr 2022 GK 50, 129

- Grundsteuer A GK 50, 130
- Grundsteuer B GK 50, 130
- Gewerbesteuer GK 50, 131
- Realsteuern nach Regierungsbezirken GK 50, 132
- Endgültige Realsteuerhebesätze für das Jahr 2022 GK 116, 289

Rechnungsprüfung

- Reform des Erneuerbare-Energien-Gesetzes – geänderte Prüfungsaufgaben der Wirtschaftsprüfer / vereidigten Buchprüfer (WP/vBP) GK 17, 41

Reisekosten

- Änderung des Bayerischen Beamtenversorgungsgesetzes (BayBeamtVG) und des Bayerischen Reisekostengesetzes (BayRKG) FSt 86, 288
- Energiepreispauschale FSt 86, 288
- Anhebung der Wegstreckenentschädigung auf 0,40 € pro km FSt 86, 289
- Neue Wegstreckenentschädigungen ab 1.1.2023 GK 142, 355

Rentenversicherung

- Bekanntmachung der Beitragssätze in der allgemeinen Rentenversicherung und der knappschäftlichen Rentenversicherung für das Jahr 2023 vom 15.11.2022 GK 21, 47

Rückforderung

- Rückforderung von Anwärterbezügen bei Entlassung aus dem Beamtenverhältnis auf Widerruf wegen mangelnder charakterlicher Eignung GK 81, 205

Rückstellungen

- Maßgebendes Finanzierungsendalter bei der Bewertung von Pensionsrückstellungen nach § 6a EStG und von Rückstellungen für Zuwendungen anlässlich eines Dienstjubiläums GK 26, 62
- Rückstellungen für ausgewählte personalwirtschaftliche Geschäftsvorfälle in der doppelten Haushaltswirtschaft bayerischer Kommunen; Teil 1 und 2: Allgemeines und Pensionsverpflichtungen GK 42, 97
- Rückstellungen für ausgewählte personalwirtschaftliche Geschäftsvorfälle in der doppelten Haushaltswirtschaft bayerischer Kommunen; Teil 3: Altersteilzeitverhältnisse GK 49, 121
- Rückstellungen für ausgewählte personalwirtschaftliche Geschäftsvorfälle in der doppelten Haushaltswirtschaft bayerischer Kommunen; Teil 4: Langzeitkonto GK 60, 145

Ruhestand

- Keine Beteiligung des Integrationsamtes bei der Versetzung schwerbehinderter Lebenszeitbeamter in den Ruhestand wegen Dienstunfähigkeit GK 118, 398

S

Sachbezugswerte

- Sachbezugswerte für freie Mahlzeiten und freie Unterkunft ab 1.1.2023 GK 32, 74
- Nochmals: Wert der Personalunterkünfte ab 1.1.2023 GK 55, 139

Säumniszuschläge

- Erlass von Säumniszuschlägen nach Klageerfolg gegen den Abgabenbescheid GK 148, 361
- Eine für den Abgabepflichtigen ungünstige Rechtsfolge, die der Gesetzgeber bewusst angeordnet oder in Kauf genommen hat, rechtfertigt keine Billigkeitsmaßnahme GK 148, 362
- Das Gesetz mutet dem Adressaten der Abgabefestsetzung zu, die Abgabe selbst bei Erhebung von Widerspruch und Klage vorläufig zu zahlen GK 148, 363
- Säumniszuschläge haben den Zweck, den aus der Nichtzahlung resultierenden Zinsverlust auszugleichen und den Abgabepflichtigen zur Zahlung zu bewegen GK 148, 363
- Aus § 240 Abs. 1 Satz 4 AO ergibt sich, dass bereits verirkte Säumniszuschläge von einer späteren Aufhebung des Abgabenbescheids unberührt bleiben GK 148, 364
- Für den Erlass von Säumniszuschlägen muss der Schuldner alles Zumutbare zur Erreichung der Vollziehungsaussetzung, die ihm – obwohl möglich und geboten – versagt wurde, getan haben GK 148, 364
- Bei Prüfung der Frage, ob eine Vollziehungsaussetzung möglich und geboten war, ist nicht auf den Zeitpunkt der Entscheidung über den Billigkeitsantrag abzustellen GK 148, 365
- Jedenfalls dann, wenn ein erneuter Aussetzungsantrag im Hinblick auf eine neue Entscheidung des BVerfG nicht mehr aussichtslos wäre, müsste dieser gestellt werden GK 148, 366
- Die Anordnung der aufschiebenden Wirkung wirkt grundsätzlich auf den Zeitpunkt des Bescheidserlasses zurück GK 148, 366

Schadensersatz

- Haftung für Gasleitungsschäden bei Kampfmittelräumung FSt 131, 438

- Arzthaftung: Gesamtschuldnerausgleich bei Streit zwischen Mitbehandlern FSt 245, 819
- Sturz beim begleiteten Spaziergang einer in einer Tagespflegeeinrichtung betreuten Seniorin; Haftung FSt 250, 840
- Objektbetreuender Architekt und Bauunternehmer sind keine Gesamtschuldner GK 162, 405
- Der Architekt kann die Zahlung von Schadensersatz wegen planungsbedingter Baumängel nur verweigern, wenn ihre Beseitigung unverhältnismäßige Kosten erfordert GK 170, 424
- Grundsätzliches zur Architektenhaftung GK 170, 425
- Wann sind die entstandenen Kosten unverhältnismäßig? GK 170, 425

Schlüsselzuweisungen

- Schlüsselzuweisungen für 2023 GK 89, 218
- Gemeindeschlüsselzuweisungen GK 89, 220
- Landkreis Schlüsselzuweisungen GK 89, 221
- Gemeinde- und Landkreis Schlüsselzuweisungen je Einwohner und regionale Aufteilung GK 89, 221
- Schlüsselzuweisungen an die Gemeinden für 2023 nach Größenklassen GK 89, 222
- Schlüsselzuweisungen an die Landkreise für 2023 nach Größenklassen GK 89, 222
- Schlüsselzuweisungen an die Gemeinden für 2023 nach Regierungsbezirken GK 89, 223
- Schlüsselzuweisungen an die Landkreise für 2023 nach Regierungsbezirken GK 89, 223
- Schlüsselzuweisungen an Gemeinden und Landkreise für 2023 nach Regierungsbezirken GK 89, 224
- Schlüsselzuweisungen an die Landkreise für 2023 GK 89, 224

Schuldenstand

- Der Schuldenstand der öffentlichen Körperschaften am 31.12.2021 GK 79, 193
- Der Schuldenstand des Freistaates Bayern, der bayerischen Gemeinden/Gemeindeverbände (Gv) und der Verbände mit kommunalen Aufgaben am 31.12.2021 im Vergleich zum Schuldenstand des Bundes GK 79, 193
- Zur Entwicklung des Schuldenstandes im Jahr 2021 GK 79, 194

Schülerbeförderung

- Zur Frage der nächstgelegenen Schule FSt 66, 225
- Beförderungspflicht zum Pflicht- und Wahlpflichtunterricht der nächstgelegenen Schule FSt 66, 226

- Verfassungsmäßigkeit der Regelung in § 2 Abs. 1 Satz 3 Nr. 3 Halbsatz 2 SchBefV zur Ermittlung des Beförderungsaufwands
FSt **66**, 226
- Kostenübernahme wegen Unzumutbarkeit eines Schulwechsels nach § 2 Abs. 4 Nr. 2 SchBefV (verneint)
FSt **66**, 230
- Kostenübernahme nach § 2 Abs. 4 Nr. 3 SchBefV, weil der Beförderungsaufwand die ersparten Beförderungskosten zur nächstgelegenen Schule um nicht mehr als 20 % übersteigt (verneint)
FSt **66**, 230
- Kostenübernahme nach § 2 Abs. 4 Nr. 4 SchBefV, wenn die betroffenen Aufwands-träger und Schulen zustimmen (verneint)
FSt **66**, 231

Schulfinanzierungsgesetz

- Verordnung zur Änderung des Bayerischen Schulfinanzierungsgesetzes vom 11.11.2022
GK **21**, 48
- Verordnung zur Änderung des Bayerischen Schulfinanzierungsgesetzes vom 21.7.2023
GK **189**, 456

Schulpflicht

- Keine Erfüllung der Schulpflicht durch einen im Wesentlichen online stattfindenden Fernunterricht
FSt **32**, 103
- Gewöhnlicher Aufenthalt in Bayern
FSt **32**, 104
- Pflichtschule im Sinne des Art. 36 Abs. 1 Nr. 1 BayEUG; hier verneint
FSt **32**, 105
- (Keine) Gleichwertigkeit eines Online-Unterrichts an einer außerbayerischen Schule mit dem Präsenzunterricht
FSt **32**, 105
- Bildungs- und Erziehungsauftrag des Staates
FSt **32**, 106
- Gleichwertigkeit des Onlineunterrichts scheidet unabhängig von dessen Qualität an der fehlenden gemeinsamen Bildung und Erziehung mit anderen Kindern
FSt **32**, 106
- Besuch einer Schule bedeutet, die Schule tatsächlich und regelmäßig zu besuchen; keine Erfüllung der Schulpflicht durch Unterricht zu Hause
FSt **32**, 107
- Verpflichtung der Eltern zur Durchsetzung der Schulpflicht ihres Kindes
FSt **174**, 582
- Elterliche Erziehungsmittel zur Durchsetzung der Schulpflicht
FSt **174**, 583
- Ordnungswidrigkeitenverfahren und die Androhung von Zwangsgeld (hier in Höhe von 5.000 €) schließen sich nicht gegenseitig aus
FSt **174**, 584

Schwangere

- Beginn des Kündigungsverbots bei Schwangerschaft
FSt **239**, 801

- Gesetzliche Regelung zum Kündigungsverbot; ständige Rechtsprechung des BAG; Wille des Gesetzgebers
FSt **239**, 801
- Grundsätzliche Berufungsmöglichkeit auf das Verbot der Kündigung von Schwangeren
FSt **239**, 802
- Wurde die Frist zur Mitteilung der Schwangerschaft unverschuldet versäumt?
FSt **239**, 803
- Hinweise des BAG zur Frage der unverschuldeten Fristüberschreitung
FSt **239**, 804

Schwerbehinderte

- Anspruch eines selbstständig tätigen schwerbehinderten Menschen auf Arbeitsassistenzleistungen auch nach Überschreiten der Regelaltersgrenze
FSt **28**, 92
- AGG: Diskriminierung bei Nichteinholen der Zustimmung des Integrationsamtes
FSt **107**, 360

Senioren

- Bayerisches Seniorenmitwirkungsgesetz (BaySenG)
FSt **124**, 412
- Seniorenvertretung der Gemeinde: Art. 1 BaySenG
FSt **124**, 412
- Landesseniorenrat: Art. 2 BaySenG
FSt **124**, 413
- Landesversammlung: Art. 3 BaySenG
FSt **124**, 414
- Vorstand: Art. 4 BaySenG
FSt **124**, 414
- Aufgaben: Art. 5 BaySenG
FSt **124**, 414

Sicherstellung

- Eine gemäß Art. 7 Abs. 2 LStVG angeordnete präventive Sicherstellung (hier eines Hundes) löst ein Veräußerungsverbot im Sinne von § 136 BGB in Verbindung mit § 135 BGB aus
FSt **212**, 713
- Maßgeblicher Zeitpunkt für die Beurteilung der Sach- und Rechtslage
FSt **212**, 715
- Die Anordnung der Duldung einer Tötung ist kein Dauerverwaltungsakt
FSt **212**, 715
- Die präventive Sicherstellung (eines Hundes) durch die allgemeine Sicherheitsbehörde löst ein relatives Verfügungsverbot aus
FSt **212**, 716
- Führt eine Änderung bei der Haltereigenschaft zu der Unwirksamkeit der angeordneten Tötungsduldung?
FSt **212**, 717
- Abwägung der widerstreitenden Vollzugs- und Suspensivinteressen
FSt **212**, 718

Sitzungsvergütung

- (Kein) Anspruch auf Sitzungsgeld für Gruppensitzungen kommunaler Mandatsträger
FSt **95**, 321
- Sachliche Rechtfertigung der unterschiedlichen Behandlung von Fraktionen und Gruppen bei der Gewährung eines Sitzungsgelds
FSt **95**, 321

- Zulässige Festlegung der Mindestfraktionsstärke
FSt 95, 323
- Keine Pflicht zur Gleichbehandlung von Fraktionen und Gruppen aus den Hinweisen des StMI zu den Entschädigungsregelungen für kommunale Ehrenämter aus dem Jahr 2000
FSt 95, 323
- Kein Anspruch auf Sitzungsgeld für Gruppen aus Art. 20a Abs. 1 GO
FSt 95, 324
- Kein Verstoß gegen die Wahlrechtsgleichheit
FSt 95, 324

Sondernutzung

- Zulässigkeit eines Verbots von Heizstrahlern aller Art auf Freischankflächen?
FSt 260, 872
- Die Erteilung einer Sondernutzungserlaubnis nach Art. 18 BayStrWG ist eine Ermessensentscheidung
FSt 260, 873
- Zulässige Aufnahme von Bedingungen und Auflagen in die Sondernutzungserlaubnis
FSt 260, 873
- Kann ein straßenrechtliches Verbot von Heizstrahlern mit klima- bzw. energiepolitischen Erwägungen begründet werden? (offen)
FSt 260, 874

Sondernutzungsgebühr

- Sondernutzungsgebühren für eine Freischankfläche, Gültigkeit einer Sondernutzungsgebührensatzung, Bemessungsmaßstäbe für die Gebührenhöhe
FSt 199, 671
- Zulässigkeit der Heranziehung der örtlichen Lage der Freischankfläche als Orientierungspunkt für die Gebührenstaffelung
FSt 199, 672
- Keine Überschreitung des Gestaltungsspielraums bei der Festlegung der Gebührenhöhe
FSt 199, 673
- Eine präzise Vorauskalkulation ist bei der Erhebung straßenrechtlicher Sondernutzungsgebühren mangels gesetzlicher Vorgabe nicht geboten
FSt 199, 674
- Anders als bei einem Verwaltungsakt unterliegen Satzungen keinem gesonderten Begründungserfordernis
FSt 199, 674
- Gestaltungsspielraum bei der Zuordnung von Straßen in Straßenklassen, nach denen sich die Sondernutzungsgebühr bemisst
FSt 199, 675

Sozialgesetzbuch

- Änderungen im Arbeits- und Sozialrecht 2023
FSt 73, 247
- Arbeitsmarktpolitik, Arbeitslosenversicherung, Bürgergeld und Regelbedarfe
FSt 73, 247
- Arbeitsrecht, Arbeitsschutz, Tarifautonomie, Mindestlohn
FSt 73, 252

- Sozialversicherung, Rentenversicherung und Sozialgesetzbuch
FSt 73, 253
- Teilhabe, Belange von Menschen mit Behinderungen, soziale Entschädigung, Sozialhilfe, Asylbewerberleistungsgesetz
FSt 73, 256
- Änderungen des Gesetzes zur Ausführung der Sozialgesetze und der Verordnung zur Ausführung der Sozialgesetze
FSt 241, 812
- Berücksichtigung des neuen SGB XIV – Soziale Entschädigung
FSt 241, 812
- Kriegsopferversorgung – Änderung der Zuständigkeit
FSt 241, 813
- Kommunen weiterhin für Besitzstandsfälle zuständig
FSt 241, 813
- Kostentragungspflicht
FSt 241, 814

Sozialhilfe

- Kein Anspruch einer bestattungspflichtigen Verwandten auf Übernahme von Bestattungskosten bei Erbausschlagung
FSt 59, 200
- Auszahlung von Geldleistungen; Ermessen; Überweisungskosten
FSt 214, 720

Sozialversicherung

- Sozialversicherungspflicht einer Musikschullehrerin an einer städtischen Musikschule
FSt 205, 683
- Maßstäbe für die Statusbeurteilung in der Sozialversicherung
FSt 205, 684
- Maßstäbe für die Statusbeurteilung gelten auch für im Rahmen der Kunstgattung „Musik“ verrichtete Tätigkeiten
FSt 205, 686
- Indizien für eine abhängige Beschäftigung (Weisungsgebundenheit, Eingliederung) überwiegen
FSt 205, 687
- Verordnung über maßgebende Rechengrößen der Sozialversicherung für 2023 (Sozialversicherungsrechengrößen-Verordnung 2023) vom 28.11.2022
GK 30, 72
- Künstlersozialabgabe-Verordnung 2024 vom 4.9.2023
GK 196, 480

Statistik

- Kassenmäßige Einnahmen der Gemeinden und Gemeindeverbände in Bayern 2021 und 2022
GK 216, 534
- Kassenmäßige Ausgaben der Gemeinden und Gemeindeverbände in Bayern 2021 und 2022
GK 217, 535
- Steuereinnahmen der Gemeinden in Bayern 2022 nach Gemeindegrößenklassen
GK 218, 536

Steuereinnahmen

- Steuerschätzung Oktober 2022
GK 23, 50
- Erwartetes Steueraufkommen 2022 bis 2027 in Mrd. €
GK 23, 53

- Steuereinnahmen bzw. Steuerbeteiligungen der Gemeinden GK 23, 54
- Schätzungen für die bayerischen Kommunen GK 23, 57
- Steuereinnahmekraft der Gemeinden und Gemeindeanteile an der Einkommen- und Umsatzsteuer im Jahr 2021 GK 107, 268
- Steuerschätzung Mai 2023 GK 137, 337
- Erwartetes Steueraufkommen 2022 bis 2027 in Mrd. € GK 137, 339
- Steuereinnahmen bzw. Steuerbeteiligungen der Gemeinden GK 137, 340
- Schätzung für die bayerischen Kommunen GK 137, 343
- Steuereinnahmen der Gemeinden in Bayern 2022 nach Gemeindegrößenklassen GK 218, 536
- Steuereinnahmen der Gemeinden je Einwohner in Bayern 2022 nach Gemeindegrößenklassen GK 219, 537

Steuerkraftzahlen

- Die endgültigen Steuerkraftzahlen 2023 GK 70, 169
- Bedeutende Änderungen bei der Ermittlung der Steuerkraftzahlen seit 2016 GK 70, 169
- Anstieg der Steuerkraft GK 70, 170
- Regionale Entwicklung GK 70, 171
- Bek des StMFH vom 23.5.2023 – Steuerkraftzahlen aus der Grundsteuer und der Gewerbesteuer für 2024 (Steuerkraftzahlenbekanntmachung 2024 – StKraftBek 2024) GK 147, 360

Steuerrecht

- Gesetz zum Ausgleich der Inflation durch einen fairen Einkommensteuertarif sowie zur Anpassung weiterer steuerlicher Regelungen (Inflationsausgleichsgesetz – InflAusG) vom 8.12.2022 GK 30, 72
- Jahressteuergesetz 2022: Wichtige Änderungen für den kommunalen Bereich GK 45, 108
- Änderungen im Bereich des Einkommensteuergesetzes GK 45, 108
- Änderungen im Bereich des Umsatzsteuergesetzes (Art. 16 JStG 2022) GK 45, 114
- Änderungen im Bereich des Bewertungsgesetzes (Art. 19 JStG 2022) GK 45, 116
- Ukraine-Krieg und Corona-Krise; Verlängerung steuerrechtlicher Maßnahmen bis 31.12.2023 GK 98, 247
- Richtsatzsammlung 2021 GK 140, 352
- Anwendung der Mitteilungsverordnung (MV) GK 185, 451

Störerauswahl

- Anordnung der Beseitigung einer teilweisen Absperrung einer tatsächlich-öffentlichen Verkehrsfläche FSt 58, 196

- Rechtsgrundlage der Beseitigungsanordnung FSt 58, 197
- Vorliegen einer tatsächlich-öffentlichen Verkehrsfläche FSt 58, 197
- § 32 StVO: Die abstrakte Gefährdung oder Erschwerung des Verkehrs durch das Verkehrshindernis reicht aus FSt 58, 198
- Störerauswahl FSt 58, 199

Strafgesetzbuch

- Beleidigung von kommunalen Amtsträgern; Reichweite der Meinungsfreiheit FSt 134, 441
- Strafrechtliche Verurteilung wegen Beleidigung als Eingriff in die Meinungsfreiheit FSt 134, 442
- Verfassungsrechtliche Maßstäbe für gerechtfertigte Eingriffe in die Meinungsfreiheit, insbesondere bei Äußerungen zu Amtsträgern FSt 134, 442
- Abwägungserhebliche Gesichtspunkte im konkreten Fall nicht ausreichend berücksichtigt FSt 134, 445

Straßen- und Wegegesetz

- Gesetz zur Änderung des Bayerischen Straßen- und Wegegesetzes und der Bayerischen Bauordnung FSt 87, 290
- Errichtung baulicher Anlagen: Art. 23 BayStrWG n.F. FSt 87, 290
- Errichtung oder Änderung baulicher Anlagen: Art. 24 BayStrWG n.F. FSt 87, 291
- Schutzmaßnahmen: Art. 29 BayStrWG n.F. FSt 87, 291
- Planfeststellung, vorläufige Anordnung: Art. 36 BayStrWG n.F. FSt 87, 292
- Duldungspflichten: Art. 36a BayStrWG n.F. FSt 87, 294
- Verwaltungsverfahren: Art. 38 BayStrWG n.F. FSt 87, 295
- Planergänzung und ergänzendes Verfahren: Art. 39a BayStrWG n.F. FSt 87, 297
- Enteignung: Art. 40 BayStrWG n.F. FSt 87, 298
- Kostenbescheid für die Beseitigung einer Straßenverunreinigung nach Art. 16 BayStrWG FSt 190, 636
- Begriff der „Verunreinigung“ und Zweck des Art. 16 BayStrWG FSt 190, 637
- Eine Verunreinigung kann auch ohne konkrete Verkehrsgefährdung vorliegen FSt 190, 638
- Kostenersatz nach Art. 16 BayStrWG und deliktsrechtliche Ansprüche des Straßenbaulastträgers stehen grundsätzlich nebeneinander FSt 190, 638

- Dient eine Maßnahme allein der späteren Schadensbehebung, ist ein Kostenersatz nur nach Deliktsrecht, nicht aber nach Art. 16 BayStrWG möglich FSt 190, 638
- Nach Art. 16 BayStrWG erstattungsfähig sind die aus der Ex-ante-Perspektive verhältnismäßigen Kosten FSt 190, 639

Straßenausbaubeitrag

- Fehlerhafte Widmung als Gemeindeverbindungsstraße stand Beitragserhebung nicht entgegen GK 72, 179
- Kein Erstattungsanspruch der Gemeinde wegen Abschaffung der Straßenausbaubeiträge, wenn eine Straßenbaumaßnahme in den Anwendungsbereich des Erschließungsbeitragsrechts fällt GK 108, 275
- Staatliche Erstattung der gemeindlichen Beitragsausfälle nur, wenn die sachlichen Straßenausbaubeitragspflichten nach alter Rechtslage bereits entstanden waren oder nach dem Stichtag (31.12.2017) entstanden wären GK 108, 275
- Keine staatliche Erstattung bei Straßenbaumaßnahmen im Anwendungsbereich des Erschließungsbeitragsrechts GK 108, 276

Straßenbau

- Merkblatt zur Anlage von Querungshilfen für Tiere und zur Vernetzung von Lebensräumen an Straßen (M AQ) 2022 FSt 10, 36
- Richtlinien für die verkehrsrechtliche Sicherung von Arbeitsstellen an Straßen (RSA 21) FSt 22, 75
- Hinweise für Beschaffung und Einsatz von Fahrzeugen und Geräten im Straßenbetriebsdienst Teil 3 (H BEFG-3): Streumaschinen FSt 34, 116
- Fortschreibung der Richtlinien für das Aufstellen von Bauwerksentwürfen für Ingenieurbauten (RAB-ING) Ausgabe 2022/01 FSt 77, 268
- Merkblatt zur Anwendung der Entwurfsklassen der RAL 2012 an bestehenden Landstraßen: M ERL (2023) FSt 142, 475
- Zuständigkeit für Prüfungen von Ausstattungsgegenständen im Bereich von Arbeitsstellen an Straßen FSt 178, 597
- Anweisung zur Kostenermittlung und zur Veranschlagung von Straßenbaumaßnahmen, aktuelle Fortschreibung 04/2023 FSt 247, 826
- Kostenfortschreibung in der Planung FSt 247, 827
- Kostenfortschreibung während der Baudurchführung FSt 247, 827

- Zusätzliche Technische Vertragsbedingungen und Richtlinien für den Bau von Schichten ohne Bindemittel im Straßenbau, ZTV SoB-StB 20, Ausgabe 2020 FSt 270, 903
- Technische Lieferbedingungen für Gabionen im Straßenbau, Ausgabe 2016/Fassung 2023 (TL Gab-StB 16/23) GK 193, 477
- Richtlinien für die umweltverträgliche Anwendung von mineralischen Ersatzbaustoffen im Straßenbau, Ausgabe 2023 (RuA-StB 23) GK 201, 502
- Technische Liefer- und Prüfbedingungen für Sichtzeichen, Ausgabe 2023 (TLP Sichtzeichen) GK 202, 503
- Technische Lieferbedingungen für Bodenmaterialien und Baustoffe für den Erdbau im Straßenbau, Ausgabe 2020 / Fassung 2023 (TL BuB E-StB 20/23) GK 211, 524

Straßenbaulast

- Längenzverzeichnis der Kreisstraßen in der Verwaltung des Freistaats Bayern und Längenzverzeichnis der Kreisstraßen in der Baulast der Landkreise zum Stand 1.1.2022 GK 65, 161

Straßenentwässerung

- Richtlinien für die Entwässerung von Straßen (REwS), Ausgabe 2021 FSt 89, 306

Straßenrecht

- Abwälzung der Reinigungspflicht für einen Gehweg nur innerhalb geschlossener Ortslage FSt 166, 556
- Abwälzung der Reinigungspflicht nur innerhalb geschlossener Ortslage FSt 166, 556
- Unterbrechung des Bebauungszusammenhangs FSt 166, 556
- Verwirkung des Rechts des Grundstückseigentümers, die Freigabe seines Grundstücks für den öffentlichen Verkehr zu widerrufen FSt 234, 790
- Beweiswürdigung des Verwaltungsgerichts FSt 234, 790
- Kein Schriftformerfordernis der Zustimmungserklärung FSt 234, 792
- Voraussetzungen der Verwirkung FSt 234, 792
- Die Verwirkung durch einen Rechtsvorgänger wirkt grundstücksbezogen FSt 234, 793

Straßenreinigungsgebühren

- Vorteilsbegriff; Privatstraße GK 139, 349
- Auch die Hinterlieger einer öffentlichen Straße können für die verpflichtende Benutzung einer öffentlichen Straßenreinigungseinrichtung zu Gebühren herangezogen werden GK 139, 349

- Der enge Vorteilsbegriff des Erschließungsbeitrags- und Straßenausbaubeitragsrechts ist auf das Straßenreinigungsrecht nicht übertragbar
GK 139, 350
- Der Frontmetermaßstab kommt auch bei Hinterliegergrundstücken an einem parallel verlaufenden Privatweg uneingeschränkt zur Anwendung
GK 139, 352

Straßenverkehr

- M TU – Merkblatt für den Einsatz von temporärer Umleitungsbeschilderung, Ausgabe 2022
FSt 130, 438

Stromversorgung

- Gesetz zu Sofortmaßnahmen für einen beschleunigten Ausbau der erneuerbaren Energien und weiteren Maßnahmen im Stromsektor
FSt 101, 343
- Besondere Bedeutung der erneuerbaren Energien: § 2 EEG 2023
FSt 101, 343
- Begriffsbestimmung „Bürgerenergiegesellschaft“: § 3 Nr. 15 EEG 2023
FSt 101, 344
- Finanzielle Beteiligung der Kommunen am Ausbau: § 6 EEG 2023
FSt 101, 345
- Einspeisevergütung und Mieterstromzuschlag: § 21 EEG 2023
FSt 101, 347
- Wettbewerbliche Ermittlung der Marktprämie: § 22 EEG 2023
FSt 101, 347
- Bürgerenergiegesellschaften: § 22b EEG 2023
FSt 101, 347
- Gesamtenergiebedarf (Wohngebäude): § 15 GEG n.F.
FSt 101, 348
- Gesamtenergiebedarf (Nichtwohngebäude): § 18 GEG n.F.
FSt 101, 348
- Grenzpreise nach § 2 Abs. 4 und 5 KAV für das Jahr 2023
GK 101, 257

T

Tarifverträge

- Änderungen von Tarifverträgen im Rahmen der Tarifpflege; Stufenordnung bei Tabellenwechsel, Auslaufen des TV COVID und des TV FlexAZ zum 31.12.2022
FSt 83, 280
- Tarifabschluss 2023 für kommunale Beschäftigte
GK 151, 373
- Entgelterhöhung
GK 151, 374
- Inflationsausgleichgeld
GK 151, 374
- Ausbildungs- und Prüfungspflicht
GK 151, 375

Telekommunikation

- MIG tritt Mobilfunkvereinbarung der kommunalen Spitzenverbände und Mobilfunknetzbetreiber bei
FSt 191, 640

Tiefbau

- Fortschreibung der Richtlinien für den Entwurf, die konstruktive Ausbildung und Ausstattung von Ingenieurbauten (RE-ING) Stand 2022/01
FSt 210, 703
- Zusätzliche Technische Vertragsbedingungen für den Bau von Wegen und Plätzen außerhalb von Flächen des Straßenverkehrs – ZTV-Wegebau
GK 53, 137
- Merkblatt für die Herstellung von halbstarrten Deckschichten (M HD), Ausgabe 2022
GK 54, 138
- Merkblatt für die Anwendung von Trenching-, Fräs- und Pflugverfahren bei der Legung von Glasfaserkabeln bzw. Leerrohrinfrastrukturen in Verkehrsflächen (M Trenching), Ausgabe 2022
GK 84, 211
- M LP Beton – Merkblatt für die Herstellung und Verarbeitung von Luftporenbeton, Ausgabe 2023
GK 121, 307
- M RR – Merkblatt für Randeinfassungen und Entwässerungsrinnen, Ausgabe 2023
GK 143, 356

Tierhaltung

- Anordnung eines Rinderhaltungsverbots wegen tierschutzwidriger Fütterungs- und Haltungsbedingungen; Verhältnismäßigkeit trotz wirtschaftlicher Interessen
FSt 56, 186
- Ausreichende Begründung der Anordnung der sofortigen Vollziehbarkeit
FSt 56, 186
- Voraussetzungen für die Anordnung der Euthanasie eines Rinds
FSt 56, 187
- Zufügung länger andauernder Leiden
FSt 56, 187
- Nachweis grober Verstöße gegen tierschutzrechtliche Vorgaben
FSt 56, 188
- Prognose, dass ohne Erlass des Haltungs- und Betreuungsverbots weiter Verstöße gegen Tierenschutzvorschriften zu befürchten sind
FSt 56, 189
- Kein Vorliegen eines mildereren Mittels
FSt 56, 190

Trinkwasser

- Bereitstellung öffentlicher Trinkwasserbrunnen
FSt 79, 273

TVöD

- Volumen für leistungsorientierte Bezahlung gemäß § 18 Abs. 3 Satz 1 TVöD – Verlängerung der Möglichkeit einer freiwilligen Erhöhung auf 4 %
GK 52, 136

U

Umsatzsteuer

- Temporäre Absenkung des Umsatzsteuersatzes auf Gas- und Wärmelieferungen sowie weitere Steuervergünstigungen wegen gestiegener Verbraucherpreise GK 5, 15
- Befristete Absenkung des Steuersatzes für die Lieferungen von Gas über das Erdgasnetz und Wärme über ein Wärmenetz GK 6, 15
- Umsatzsteuersatzsenkung GK 6, 16
- Auswirkungen der befristeten Absenkung der Umsatzsteuersätze GK 6, 17
- Vereinfachungsregelungen GK 6, 17
- Wiederanwendung des Regelsteuersatzes zum 1.4.2024 GK 6, 20
- Fragebögen zur umsatzsteuerlichen Erfassung von juristischen Personen des öffentlichen Rechts GK 31, 73
- Änderungen im Bereich des Umsatzsteuergesetzes (Art. 16 JStG 2022) GK 45, 114
- Unternehmereigenschaft von Aufsichtsratsmitgliedern – Konsequenzen für die entscheidende Stelle GK 51, 135
- Verpachtungen durch die öffentliche Hand – Verlängerung der Übergangsregelung des BMF-Schreibens vom 15.12.2021 GK 109, 278
- Übertragung von kommunalen Pflichtaufgaben mit befreiender Wirkung GK 119, 301
- Nochmals: Zur befristeten Senkung des Umsatzsteuersatzes für Lieferungen von Gas über das Erdgasnetz und Wärme über ein Wärmenetz vom 1.10.2022 bis zum 31.3.2024 GK 127, 318
- Lieferungen von Gas über das Erdgasnetz GK 127, 318
- Lieferungen von Wärme über ein Wärmenetz GK 127, 318
- Legen eines Wärme-Hausanschlusses GK 127, 319
- Legen eines Mehrspartenhausanschlusses GK 127, 319
- Anschluss an ein örtliches Flüssiggasversorgungsnetz GK 127, 319
- Installation und Wartung von Flüssiggasanlagen, Gasthermen, Heizungsanlagen u.ä. GK 127, 319
- Nutzungsentgelte für Bereitstellung und Vorhaltung des Netzes bzw. des Netzzugangs durch den Netzbetreiber gegenüber einem Energieversorger GK 127, 319
- Soforthilfe Dezember Auszahlung der KfW für Dezember 2022 GK 127, 320
- Abwasserbeseitigung, Reinigung von Abwässern GK 128, 321

- Unrichtiger oder unberechtigter Steuerausweis (§ 14c UStG); Ausweis eines negativen Betrages und Verweis auf weitere Dokumente in einer Abrechnung GK 159, 395
- Anwendungsfragen des § 2b UStG in Zusammenhang mit dem Friedhofs- und Bestattungswesen: Verlängerung der Nichtbeanstandungsregelung GK 199, 491
- Kein Vorsteuerabzug bei kommunalen Kuranlagen GK 207, 515
- Vorsteuerabzug bei Betriebsveranstaltungen GK 221, 540
- Umsatzsteuerrechtliche und unionsrechtliche Grundlagen des Vorsteuerabzugs GK 221, 541
- Für den Vorsteuerabzug muss grundsätzlich ein direkter und unmittelbarer Zusammenhang des Eingangs- zum Ausgangsumsatz bestehen GK 221, 542
- Für den Vorsteuerabzug ist zu prüfen, ob und in welchem Umfang die bezogenen Leistungen ausschließlich dem privaten Bedarf der Arbeitnehmer dienen oder durch die besonderen Umstände der wirtschaftlichen Tätigkeit des Unternehmens bedingt sind GK 221, 542
- Zur Ermittlung der maßgeblichen Kosten pro Arbeitnehmer ist auf die bei der Betriebsveranstaltung anwesenden Teilnehmer abzustellen GK 221, 546

Umweltschutz

- Müssen die Regelungen des Bayerischen Klimaschutzgesetzes (BayKlimaG) bei Planungen und Entscheidungen bayerischer Kommunen berücksichtigt werden? FSt 67, 231
- Der Ausschluss subjektiver Rechte in Art. 10 Satz 1 BayKlimaG hindert die gerichtliche Überprüfung durch eine Naturschutzvereinigung nicht FSt 67, 232
- Kein Berücksichtigungsgebot für Planungen und Entscheidungen der Träger öffentlicher Aufgaben aus Art. 3 BayKlimaG FSt 67, 232

Unterhaltsrecht

- Fünfte Verordnung zur Änderung der Mindestunterhaltsverordnung vom 30.11.2022 GK 30, 72

Untreue

- Nicht erfolgte Kündigung eines unwirtschaftlichen Vertrags mit einer Detektei: Verurteilung des Oberbürgermeisters wegen Untreue durch Unterlassen FSt 26, 87
- Unterlassen der Kündigung eines Vertrags mit einer Detektei trotz erkannter Wertlosigkeit der erzielten Ergebnisse als Untreue FSt 26, 87
- Strafmilderung wegen Wiedergutmachung (§ 46a Nr. 2 StGB) FSt 26, 88

- Strafmilderung bei außergewöhnlichen Belastungen durch intensive Medienberichterstattung
FSt **26**, 89
- Untreue eines Wahlbeamten durch Veranlassung der Bezahlung privater Anwaltskosten durch die Stadtkasse
FSt **121**, 401
- Abrechnung privater Aufwendungen über den Stadthaushalt als Untreue
FSt **121**, 402
- Wer trägt Anwalts- und Gerichtskosten, die durch Äußerungen eines Bürgermeisters auf seiner privaten Homepage verursacht wurden?
FSt **121**, 402
- Folgen der seit 1.4.2018 gültigen Beschränkung des Umfangs der Vertretungsmacht des Bürgermeisters auf seine Befugnisse für ohne Vertretungsmacht abgeschlossene Verträge
FSt **121**, 403
- Pflicht des Dienstherrn zur Übernahme von Rechtsverteidigungskosten unter dem Gesichtspunkt der beamtenrechtlichen Fürsorge (verneint)
FSt **121**, 404
- Berücksichtigung persönlicher Kenntnisse bei der Frage des Vorliegens eines Schädigungsvorsatzes
FSt **121**, 406
- Verurteilung eines Bürgermeisters wegen Untreue und Bestechlichkeit
FSt **226**, 761
- Vermögensnachteil für eine Stadt im Sinne von § 266 Abs. 1 StGB in Höhe der an einen Makler gezahlten Provisionen
FSt **226**, 762
- Ausgleich des Vermögensnachteils der Stadt durch den Erhalt der Maklerleistungen? (hier verneint)
FSt **226**, 762
- Annahme eines Vorteils im Sinne von § 332 StGB (Bestechlichkeit), wenn der Vorteil auf der Grundlage der Unrechtsvereinbarung unmittelbar an einen Dritten, z.B. einen Partei-Ortsverein, geleistet wird?
FSt **226**, 763
- Höhe des Vermögensnachteils einer Partei wegen Rückforderung des Dreifachen einer rechtswidrig erlangten Spende nach § 31c Abs. 1 PartG
FSt **226**, 764

Urheberrecht

- Urheberrecht im Spannungsverhältnis zwischen geistigem Eigentum des Architekten und Nutzungsrecht des Bauherrn
GK **210**, 520
- Das Urheberrecht schützt die enge persönliche Bindung des Urhebers zu seinem Werk
GK **210**, 521
- Entstellung als Fall der Beeinträchtigung eines Werkes
GK **210**, 521
- Ob eine Urheberrechtsverletzung tatsächlich vorliegt, ist durch eine umfassende Abwägung der Interessen des Bauherrn einerseits und des Architekten an der Integrität seines Urheberpersönlichkeitsrechts andererseits zu ermitteln
GK **210**, 522

Urlaub

- Zusatzurlaub für schwerbehinderte Menschen – Verfall des Zusatzurlaubs bei rückwirkender Anerkennung der Schwerbehinderung
FSt **52**, 173
- Erfüllung von Urlaubsansprüchen ohne Tilgungsbestimmung
FSt **97**, 327
- Änderung der Regelung zur Dienstbefreiung in § 10 der Bayerischen Urlaubs- und Mutterschutzverordnung
FSt **159**, 533

Urlaubsabgeltung

- Urlaubsabgeltung – Verjährung – Bedeutung des EuGH-Urteils vom 6.11.2018
GK **169**, 418
- Der Anspruch des Arbeitnehmers auf Abgeltung des gesetzlichen Mindesturlaubs (§ 7 Abs. 4 BUrlG) unterliegt der dreijährigen Verjährungsfrist
GK **169**, 418
- Bei der Bestimmung des Fristablaufs ist der verfassungsrechtliche Schutz des Eigentums (Art. 14 Abs. 1 S. 1 GG) und der Anspruch des Arbeitnehmers auf effektiven Rechtsschutz (Art. 2 Abs. 1 GG i.V.m. Art. 20 Abs. 3 GG) zu berücksichtigen
GK **169**, 420
- (Un-)Zumutbarkeit vor Verkündung der EuGH-Entscheidung vom 6.11.2018, Urlaubsabgeltungsansprüche geltend zu machen
GK **169**, 422

V

Veränderungssperre

- Duldung der Beseitigung tatsächlich-öffentlicher Verkehrsflächen, Reichweite der Widmungsfiktion
FSt **103**, 350
- Anspruch des Eigentümers aus § 903 BGB auf Beseitigung von über sein Grundstück verlaufenden Verkehrsflächen
FSt **103**, 351
- Weitere Voraussetzungen, um Verkehrsflächen zu beseitigen
FSt **103**, 352
- Unzulässige Rechtsausübung, wenn die Legalisierung des rechtswidrigen Zustands sicher zu erwarten ist und unmittelbar bevorsteht (hier verneint)
FSt **103**, 354
- Veränderungssperre setzt Sicherheitsbedürfnis voraus
FSt **103**, 355

Vergabe öffentlicher Aufträge

- Erforderlichkeit einer Stoffpreisgleitklausel wegen des Ukraine-Krieges
FSt **11**, 37
- Dem Auftragnehmer darf kein ungewöhnliches Wagnis aufgebürdet werden für Umstände und Ereignisse, auf die er keinen Einfluss hat und deren Einwirkung auf die Preise und Fristen er nicht im Voraus abschätzen kann
FSt **11**, 37

- Preissteigerungen wegen des Ukraine-Krieges als ungewöhnliches Wagnis FSt 11, 38
- Widerruf von Fördermitteln wegen Vergabeverstößen; persönliche Haftung eines ehemaligen Ortsbürgermeisters FSt 13, 41
- Fehlende europaweite Ausschreibung eines Ingenieurvertrags als förderschädliche Pflichtverletzung FSt 13, 42
- Vereinbarung nicht förderfähiger Honorarsätze in einem Ingenieurvertrag als förderschädliche Pflichtverletzung FSt 13, 44
- Grob fahrlässige Verletzung der Amtspflichten FSt 13, 45
- Fehlende Erfahrung und die Kompliziertheit der Materie sind kein Entschuldigungsgrund FSt 13, 46
- Kausalität zwischen grob fahrlässiger Pflichtverletzung und Schaden FSt 13, 46
- Kein Ablauf der Jahresfrist zum Widerruf des Förderbescheids FSt 13, 47
- Billigkeit der Geltendmachung des vollen Schadens FSt 13, 47
- Keine Verjährung des Schadensersatzanspruchs FSt 13, 48
- Fürsorgepflichterwägungen stehen der Geltendmachung des Schadensersatzanspruchs nicht entgegen FSt 13, 48
- Forderung, Prüfung und Nachreichung von Referenzen FSt 23, 76
- Zulässigkeit der Forderung von Referenzen zur technischen Leistungsfähigkeit der Bieter FSt 23, 76
- Hat der Auftraggeber nachgeforderte Referenzen inhaltlich geprüft und dem Bieter gegenüber für unzureichend erklärt, können nicht nochmals Referenzen eingereicht und geprüft werden FSt 23, 77
- Die Vergabestelle darf die Erfahrungen anderer Auftraggeber in die Eignungsprüfung der Bieter einbeziehen FSt 35, 118
- Bei jeder öffentlichen Ausschreibung ist die Eignung der Bieter zu prüfen FSt 35, 118
- Dokumentationen, dass es bei anderen von den Bietern ausgeführten Arbeiten zu zahlreichen Rügen, z. B. zu Bauzeitverzögerungen, Baumängeln oder Minderleistungen gekommen ist, können die Nicht-Eignung der Bieter belegen FSt 35, 119
- Dass der öffentliche Auftraggeber bisherige Schwierigkeiten mit den Bietern hingenommen und diesen in der Vergangenheit nicht gekündigt hat, hindert nicht die Feststellung der Nicht-Eignung FSt 35, 120
- Verhandlungsverfahren mit einer einzigen Firma? FSt 46, 157
- Prüfung, ob ein unangemessen niedriger Angebotspreis vorliegt FSt 70, 238
- Ein Aufklärungsverlangen zum Preis kann rechtswidrig sein, dem Bieter kann dann keine mangelnde Mitwirkung vorgehalten werden FSt 70, 238
- Ein Aufklärungsverlangen ist rechtmäßig, wenn die sogenannte Aufgreifschwelle erreicht ist FSt 70, 239
- Die ordnungsgemäße Preisprüfung bei Verdacht des Vorliegens eines unangemessen niedrigen Preises erfordert vier Schritte FSt 70, 240
- Eine Bindefrist von 138 Tagen ist auch bei einer Großstadt mit komplexen Zuständigkeiten und vielen Beteiligten ohne besondere Begründung unzulässig FSt 81, 277
- Rechtliche Vorgaben für die Bestimmung der Bindefrist FSt 81, 277
- Komplexe Bedingungen der internen Willensbildung bei einer Kommune ändern nichts daran, dass die 60-Tage-Regelfrist nur ganz ausnahmsweise überschritten werden darf FSt 81, 278
- Ausschluss eines Angebots, wenn der Bieter in einen Preis eine Leistung einkalkuliert, die gar nicht zu erbringen ist FSt 92, 312
- Voraussetzungen für den Anspruch eines übergangenen Bieters auf Ersatz des entgangenen Gewinns FSt 92, 314
- Voraussetzungen für eine Aufklärung nach § 15 Abs. 1 Nr. 1 VOB/A FSt 92, 315
- Ausschluss eines Angebots, wenn die Aufklärung ergibt, dass der Bieter eine Leistung einkalkuliert hat, die nicht anzubieten war FSt 92, 316
- Kein Anspruch des nicht beauftragten Bieters auf entgangenen Gewinn, wenn ihm der Zuschlag nicht hätte erteilt werden müssen FSt 92, 316
- Aufklärung über die Preiskalkulation eines Nachunternehmers kann jedenfalls dann verlangt werden, wenn zu klären ist, ob das Angebot den Vorgaben im Leistungsverzeichnis entspricht FSt 92, 316
- Folgen falscher Auskünfte des Bieters im Rahmen der Preisaufklärung FSt 92, 317
- Dienstleistungskonzession, wenn der öffentliche Auftraggeber eine Firma mit der Bereitstellung von Carsharing beauftragt? FSt 93, 319
- Vorliegen einer Dienstleistungskonzession FSt 93, 319
- Schätzung des Auftragswerts FSt 93, 319
- Eignungsleihe FSt 93, 319
- Unzulässige Änderung der Vergabeunterlagen; Angabe von Nachunternehmern FSt 104, 356

- Eine unzulässige Änderung der Vergabeunterlagen liegt auch dann vor, wenn eine falsche Angabe versehentlich erfolgte oder nach § 119 Abs. 1 BGB anfechtbar ist FSt 104, 357
- Verlangt der Auftraggeber die Angabe von Nachunternehmern, hier von Prüf- und Überwachungsstellen, muss er dies eindeutig zum Ausdruck bringen FSt 104, 358
- Eignungsprüfung bei Eignungsleihe FSt 115, 394
- Die Prüfung, ob ein Bieter geeignet ist, erfolgt in zwei Schritten FSt 115, 394
- Nachweis der Leistungsfähigkeit durch Referenzen und Auskünfte FSt 115, 394
- Eignungsleihe, wenn der Bieter die Leistungen durch Nachunternehmer erbringen lassen will; die Ungeeignetheit des Nachunternehmers schlägt unmittelbar auf den Bieter durch FSt 115, 395
- Anspruch des Bieters, von der Vergabestelle als ungeeignet angesehene Eignungsleiher auszutauschen FSt 115, 396
- Die Angebotsöffnung im Sinn des § 55 Abs. 2 Satz 1 VgV darf bei einem elektronisch durchgeführten Verfahren auch durch Mitarbeiter eines Beschaffungsdienstleisters erfolgen FSt 116, 396
- Macht der Bieter bei einem Produkt mit dem Zusatz „oder gleichwertig“ keine Angabe, hat er das im Leistungsverzeichnis genannte Produkt auszuführen FSt 129, 435
- Die im VHB des Bundes enthaltene Regelung zu Produkten, die mit dem Zusatz „oder gleichwertig“ ausgeschrieben sind, ist eine zulässige allgemeine Geschäftsbedingung FSt 129, 436
- Kündigungsrecht des Auftraggebers, wenn der Auftragnehmer darauf besteht, ein anderes als das vereinbarte Produkt einzubauen FSt 129, 437
- Die Kündigungsregelung in § 4 Nr. 7 Satz 3 i.V.m. § 8 Nr. 3 Abs. 1 Satz 1 Var. 1 VOB/B (2002) benachteiligt den Auftragnehmer unangemessen und ist daher unwirksam, wenn die VOB/B nicht als Ganzes vereinbart wurde FSt 140, 466
- Die Inhaltskontrolle einzelner Regelungen der VOB/B ist bei jeder vertraglichen Abweichung von der VOB/B eröffnet FSt 140, 467
- Abweichung von der VOB/B; im konkreten Fall bejaht FSt 140, 468
- Inhalt der Kündigungsregelung in § 4 Nr. 7 Satz 3 VOB/B FSt 140, 468
- Unwirksamkeit des § 4 Nr. 7 Satz 3 VOB/B (2002) i.V.m. § 8 Nr. 3 Abs. 1 Satz 1 Var. 1 VOB/B (2002) wegen unangemessener Benachteiligung des Auftragnehmers FSt 140, 469
- § 8 Nr. 3 Abs. 1 Satz 1 VOB/B (2002) behält im Übrigen seine Wirksamkeit FSt 140, 470
- Vergabe von Interimsaufträgen FSt 143, 476
- Zwingende, dringliche Gründe rechtfertigen eine Interimsvergabe FSt 143, 477
- Auch ein Interimsauftrag erfordert einen angemessenen Bieterwettbewerb FSt 143, 477
- Es ist nicht zwingend, den bisherigen Auftragnehmer in den Interimswettbewerb einzubeziehen FSt 143, 477
- Interimsaufträge sind zeitlich zu beschränken FSt 143, 478
- Die Erteilung eines Interimsauftrags erfordert eine Interessensabwägung FSt 143, 479
- Hat das Angebot eines Bieters keine Chance auf den Zuschlag, ist sein Nachprüfungsantrag unzulässig FSt 153, 517
- Umfang, Form und Inhalt der Aufklärung ungewöhnlich niedriger Angebotspreise FSt 167, 558
- Die Vergabestelle ist bei der Preisaufklärung nicht gehindert, mehrfach nachzufragen FSt 167, 558
- Die Aufklärung der Preise und die Nachforderung von Unterlagen sind zweierlei FSt 167, 559
- Form und Inhalt der Angebotsaufklärung und deren Dokumentation FSt 167, 559
- Keine Direktvergabe ohne Marktanalyse FSt 179, 598
- Voraussetzungen für eine Direktvergabe FSt 179, 598
- Notwendigkeit einer umfassenden Marktanalyse FSt 179, 599
- Vergabe öffentlicher Aufträge: Gründe, die aus dem Rahmen fallende niedrige Preise rechtfertigen können FSt 201, 678
- Hat das Angebot eines Bieters keine Chance auf den Zuschlag, ist sein Nachprüfungsantrag unzulässig FSt 213, 718
- Die Präqualifikation von Bietern entbindet diese nicht vom Nachweis, dass sie die Eignungskriterien der konkreten Ausschreibung erfüllen FSt 224, 758
- Vergleichbarkeit von Referenzleistungen FSt 224, 758
- Bedeutung des Präqualifikationsverzeichnisses FSt 224, 758
- Keine Nachreichung inhaltlich nachgebesserter Unterlagen FSt 224, 759
- Einführung neuer elektronischer Standardformulare („eForms“) für EU-Bekanntmachungen und Streichung von Sonderregelungen zur Vergabe von Planungsleistungen FSt 235, 794
- Einführung neuer elektronischer Standardformulare („eForms“) für EU-Bekanntmachungen FSt 235, 794

- Aufhebung der Sonderregelungen zur Auftragswertberechnung von Planungsleistungen (u.a. geregelt in § 3 Abs. 7 Satz 2 VgV) FSt 235, 796
- Klarstellung zum Nachweis der finanziellen Leistungsfähigkeit von Bewerbern/Bietern in einem neuem Absatz 3 in § 46 SektVO FSt 235, 798
- Angemessene Vergütung im Sinn des § 77 Abs. 2 VgV für die Ausarbeitung von Lösungsvorschlägen für die gestellte Planungsaufgabe? FSt 249, 835
- Überprüfbarkeit der Angemessenheit der Vergütung nach § 77 Abs. 2 VgV im Nachprüfungsverfahren FSt 249, 836
- Forderung von „Lösungsvorschlägen“ als Teil des Angebots FSt 249, 836
- Anspruchsgrundlage für die Forderung einer angemessenen Vergütung FSt 249, 836
- Festlegung einer angemessenen Vergütung: Keine Bindung an die HOAI, Beurteilungsspielraum des Auftraggebers FSt 249, 837
- Unangemessenheit der festgelegten Vergütung im konkreten Fall FSt 249, 838
- Erhebliche Kostensteigerungen (hier wegen des Ukraine-Kriegs) erfordern eine Aktualisierung der Kostenschätzung FSt 261, 876
- Bedeutung des Zuschlagsverbots nach § 169 Abs. 1 GWB FSt 262, 877
- Die Durchführung eines Losentscheids steht der in § 169 Abs. 1 GWB untersagten Zuschlagserteilung nicht gleich FSt 262, 877
- Nicht jeder Vergabeverstoß gebietet eine vollständige Zurücksetzung des Vergabeverfahrens FSt 262, 878
- VOB: Hält ein Angebot nicht die vom Auftraggeber vorgegebene Form ein, ist es auszuschließen FSt 263, 879
- Medienausstattung: Bauauftrag oder Lieferauftrag? Kein Ausschluss eines Bieters wegen fehlender Zustimmung zur Verlängerung der Bindefrist FSt 274, 914
- Abgrenzung zwischen Liefer- und Bauauftrag FSt 274, 915
- Kein Bauauftrag, wenn die vom Auftrag umfassten Bauleistungen weder wertmäßig noch im Rahmen einer Gesamtbetrachtung als Schwerpunkt und Hauptgegenstand des Auftrags anzusehen sind FSt 274, 916
- Die beabsichtigte konkrete Nutzung eines Gebäudes genügt allein nicht, jede hierfür nötige Beschaffung von Gegenständen bereits aus diesem Grund als Bauauftrag zu qualifizieren FSt 274, 917
- Rügepflicht aus einem vorvertraglichen Schuldverhältnis? (verneint) FSt 274, 918
- Eine Erledigung eines Nachprüfungsantrags durch Erlöschen des Beschaffungsbedarfs liegt nicht vor, wenn die beschafften Gegenstände wieder ausgebaut und zurückgegeben werden können FSt 274, 918
- Ein Ausschluss des Angebots eines Bieters, der einer Bitte um Verlängerung der Bindefrist zunächst nicht nachkommen möchte, ist weder nach § 57 Abs. 1 Nr. 2 noch nach Nr. 4 VgV möglich FSt 274, 919
- Dokumentation mündlicher Präsentationen, Wertungsentscheidung der Vergabestelle GK 36, 84
- Zweck der Dokumentation GK 36, 84
- Mündliche Präsentationen sind besonders detailliert zu dokumentieren GK 36, 84
- Zuschlagskriterien sind anzugeben, die Bewertungsmethode selbst nicht; sie muss jedoch transparent, nachvollziehbar und dokumentiert sein GK 36, 85
- Auch wenn ein Wertungsgremium eingeschaltet ist, muss die Vergabestelle die Vergabebestimmung als solche selbst treffen GK 36, 86
- Ausschreibungspflicht von Sportvereinen; Preisprüfung unterhalb der Aufgreifschwelle GK 39, 91
- Ein Sportverein, der für sein Bauvorhaben zum Zeitpunkt der Ausschreibung mehr als 50 % öffentliche Fördermittel erhält, ist öffentlicher Auftraggeber GK 39, 91
- Ein Abstand von mehr als 10 % zum nächsten Bieter rechtfertigt eine Preisprüfung GK 39, 92
- Wann ist der Auftraggeber verpflichtet, das Leistungsversprechen der Bieter zu überprüfen? GK 56, 140
- Wertung von Angeboten konzernverbundener Unternehmen GK 67, 165
- Vermeidung von Wettbewerbsverfälschung GK 67, 165
- Die Vergabestelle muss bei Konzernverbundenheit der Bieter aufklären, ob es sich um voneinander unabhängige Angebote handelt GK 67, 166
- Fehler in der Wertung eines Angebots lösen keinen Schadensersatzanspruch aus, wenn sich dadurch die Bieterreihenfolge nicht ändert GK 68, 167
- Wann liegen schwere Verfehlungen vor, die einen Ausschluss des Bieters rechtfertigen? GK 76, 188
- Festsetzung einer angemessenen Vergütung i.S. des § 77 VgV GK 92, 235
- Die Angemessenheit einer Vergütung nach § 77 Abs. 2 VgV kann Gegenstand eines Nachprüfungsverfahrens sein GK 92, 235

- Zur Frage, nach welchen Anknüpfungspunkten sich die angemessene Höhe der Vergütung berechnen lässt GK 92, 235
- Welche Vergütungshöhe ist „angemessen“? GK 92, 236
- Sektorenverordnung (SektVO): Schreibt ein im Sektorenbereich tätiger Auftraggeber Postdienstleistungen aus, so findet darauf die Sektorenverordnung Anwendung GK 111, 283
- Eine Patentrechtsverletzung ist eine schwere berufliche Verfehlung mit der Folge, dass der Bieter ausgeschlossen werden kann GK 122, 308
- Durchführung von Vergabeverfahren mit vorgeschaltetem Teilnahmewettbewerb GK 135, 334
- Die Prüfung ihrer Eignung durch den öffentlichen Auftraggeber führt für die Bieter zu einem Vertrauenstatbestand GK 135, 334
- Prüfung im Falle einer Eignungsleihe GK 135, 335
- Nachweis vergleichbarer Referenzprojekte GK 135, 335
- Die Wertungsentscheidung ist nicht delegierbar GK 135, 336
- Auslegung widersprüchlicher Vergabebedingungen GK 144, 357
- Bei Widersprüchen zwischen der Bekanntmachung und den Vergabeunterlagen geht die Bekanntmachung vor GK 144, 357
- Bei in sich widersprüchlichen Ausschreibungsbedingungen muss sich der Bieter fragen, was die Vergabestelle aus ihrer Interessenlage heraus wirklich gewollt hat GK 144, 358
- Bei der Ausschreibung von Rahmenverträgen sind die Höchstmengen bzw. Höchstwerte anzugeben GK 163, 406
- Angebotsabschluss bei verbundenen Unternehmen GK 171, 427
- Liegen Verknüpfungen zwischen Bietern vor, stellt sich die durch den Auftraggeber aufzuklärende Frage, ob dadurch der Wettbewerb eingeschränkt ist GK 171, 427
- Wann liegen hinreichende Anhaltspunkte dafür vor, dass die Verbindung zwischen den Bietern den Inhalt ihrer Angebote mit hoher Wahrscheinlichkeit beeinflusst hat? GK 171, 429
- Konzessionsvergaben zur Bereitstellung elektronischer Kommunikationsdienste unterfallen nicht dem Vergaberecht GK 188, 454
- Verordnung zur Anpassung des Vergaberechts an die Einführung neuer elektronischer Standardformular („eForms“) für EU-Bekanntmachungen und an weitere europarechtliche Anforderungen vom 17.8.2023 GK 189, 456

- Bek des StMI vom 19.9.2023 – Änderung der Bekanntmachung über die Vergabe von Aufträgen im kommunalen Bereich GK 214, 528

Verjährung

- Arglistig verschwiegener Mangel; Verjährungsfrist GK 120, 306

Verkehr

- Gesetz zur Änderung des Bayerischen Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetzes und des Gesetzes über den öffentlichen Personennahverkehr in Bayern FSt 80, 274

Verkehrsanlagen

- Zusätzliche Technische Vertragsbedingungen für den Bau von Wegen und Plätzen außerhalb von Flächen des Straßenverkehrs – ZTV-Wegebau GK 53, 137
- Merkblatt für die Herstellung von halbstarrten Deckschichten (M HD), Ausgabe 2022 GK 54, 138

Verkehrssicherungspflicht

- Haftung der Kommune für umgefallenen Weihnachtsbaum FSt 60, 201
- Vereinbarung über das Aufstellen, Abbauen und Entsorgen eines Weihnachtsbaumes gegen eine „Spende“ als Kaufvertrag FSt 60, 202
- Anforderungen an die Standsicherheit eines Weihnachtsbaums FSt 60, 202
- Nachweis, dass der Baum nicht standsicher aufgebaut wurde FSt 60, 203
- Haftung der den Weihnachtsbaum aufstellenden Kommune und des den Baum bestellenden Unternehmens als Gesamtschuldner aus § 823 BGB FSt 60, 205
- Verteilung der Haftung unter den Gesamtschuldnern FSt 60, 206
- Die Gemeinde muss die Gefahr von Straßenbäumen zumindest jährlich, ggf. öfter untersuchen FSt 273, 911
- Ausübung der Verkehrssicherungspflicht GK 224, 549
- Grundsätzliches zur Verkehrssicherungspflicht GK 224, 549
- Die Verkehrssicherungspflicht verkürzt sich auf Kontroll- und Überwachungspflichten, wenn sie der Auftraggeber auf einen Dritten überträgt GK 224, 550

Versammlungsrecht

- Sperrung einer Autobahn für eine Versammlung mit Fahrradkorso und Abseilaktion FSt 189, 630

- Bundesfernstraßen sind kein versamlungs-freier Raum FSt **189**, 630
- Anforderungen an die Gefahrenprognose FSt **189**, 631
- Das Ausmaß der Gefahr für die öffentliche Sicherheit und Ordnung im Bereich des Verkehrs durch die Versammlung muss in der Gefahrenprognose hinreichend plausibel dargestellt werden FSt **189**, 631
- Gefahrenprognose bezüglich einer Abselaktion; Darlegungs- und Beweislast für das Vorliegen von Verbotgründen FSt **189**, 634
- Ermessensausübung; Prüfung, ob mildere Mittel als ein Verbot in Betracht kommen FSt **189**, 635
- Zeitliche Beschränkung der Versammlung aufgrund der Unstrittigkeit zu erwartenden Beschränkung des Verkehrs FSt **189**, 636
- Versammlung auf Bundesautobahn, Gefahrenprognose, Abwägungskriterien FSt **259**, 868
- Keine grundsätzliche Unzulässigkeit von Versammlungen auf Bundesautobahnen und Abwägungskriterien FSt **259**, 869
- Anforderungen an die Gefahrenprognose FSt **259**, 869
- Anwendung im Einzelfall und Abgrenzung zum VGH-Beschluss vom 24.3.2023 FSt **259**, 869
- Kein Anspruch auf gefährliche Ad-hoc-Sperrmaßnahmen durch Polizei FSt **259**, 871
- Beschränkung der Kundgebungsmittel; Protest gegen Abtreibung; großformatige, drastische Bilder abgetriebener Föten; unterbliebene Beteiligung von Fachbehörden; Abwägung bei offenen Erfolgsaussichten FSt **272**, 908
- Rechtlicher Maßstab für Versammlungsbeschränkungen FSt **272**, 908
- Jugendschutz und Schutz der Gesundheit von Kindern können eine Versammlungsbeschränkung rechtfertigen FSt **272**, 909
- Anwendung im Einzelfall und Bedeutung von Fachbehörden im Rahmen der Gefahrenprognose FSt **272**, 909
- Ergänzende Folgenabwägung bei offenen Erfolgsaussichten FSt **272**, 910

Versorgung

- Beamtenversorgung: Das Auseinanderfallen von Status und Funktion eines Beamten erfordert keine Einschränkung der zweijährigen versorgungsrechtlichen Wartefrist FSt **49**, 161
- Kein Verstoß gegen Art. 33 Abs. 5 Satz 1 GG dadurch, dass bei der versorgungsrechtlichen Wartefrist von zwei Jahren die Wahrnehmung höherwertiger Aufgaben vor der Beförderung nicht angerechnet wird FSt **49**, 161

- Keine Verletzung der Rechte aus Art. 33 Abs. 2 und 5 GG FSt **49**, 164

Vertrag

- Breitbandausbau im ländlichen Raum – Musterverträge des BMDV für das Wirtschaftlichkeitslückenmodell und das Betreibermodell FSt **150**, 512
- Abgrenzung des Werkvertrags vom Kaufvertrag mit Montageverpflichtung GK **134**, 333

Verwaltungsgerichtsordnung

- Bundesverfassungsgericht: Eine Untersuchungsanordnung nach § 44 Abs. 6 BBG ist isoliert anfechtbar FSt **25**, 81
- Grundrecht auf effektiven Rechtsschutz FSt **25**, 81
- Anwendbarkeit des § 44a Satz 2 VwGO FSt **25**, 82
- Verfassungskonforme Auslegung des § 44a Satz 2 VwGO FSt **25**, 83
- Eingriff in den Schutzbereich des allgemeinen Persönlichkeitsrechts FSt **25**, 84
- Unzumutbarkeit, der Untersuchungsanordnung nachzukommen FSt **25**, 84
- Änderungen der Sach- und Rechtslage zugunsten des Anlagenbetreibers; hier: Windenergieanlage FSt **154**, 518
- Rechtsweg bei Antrag einer Ausländerbehörde auf Anordnung einer Wohnungsdurchsuchung FSt **238**, 800

Verwaltungsverfahrensgesetz

- Begründungsdefizite in einem Bescheid; Heilungsmöglichkeiten FSt **36**, 121
- Bekanntgabe eines Bescheides an eine Behörde selbst anstelle an einen von ihr bestellten anwaltlichen Bevollmächtigten FSt **215**, 721
- Ermessen bei der Bekanntgabe eines Bescheides FSt **215**, 721
- Wiedereinsetzung in versäumte Klagefrist: Verschulden eines Bevollmächtigten für eine Fristversäumnis kann zugerechnet werden FSt **215**, 722

VOB

- Ein Bauvertrag kann nicht per einfacher E-Mail gekündigt werden GK **46**, 118
- Vorbefassung i.S.d. § 6 VOB/A GK **83**, 210
- Grundsätzliches zur Vorbefassung (zur sog. Projektantenproblematik) GK **83**, 210
- Der Umstand, dass eine Baufirma einen anderen Auftrag des streitigen Gesamtbauvorhabens erhalten hat, führt nicht zu einer Vorbefassung GK **83**, 210

- Meldet der Auftragnehmer ordnungsgemäß Bedenken an, haftet er nicht für entstehende Mängel GK 102, 259
- Der Auftraggeber ist berechtigt, die Vergabeunterlagen nachträglich zu ändern und Nachforderungen auf bestimmte Unterlagen zu beschränken GK 187, 453

Vorkaufsrecht

- Gemeindliches Bebauungsplanvorkaufsrecht: Abgrenzung von Kaufvertrag und gemischter Schenkung FSt 111, 381
- Kaufvertrag als Voraussetzung für die Ausübung des gemeindlichen Vorkaufsrechts FSt 111, 382
- Nichtvorliegen einer gemischten Schenkung FSt 111, 382
- Ausübung des Vorkaufsrechts zum Wohl der Allgemeinheit FSt 111, 384
- Ermessen bei der Ausübung des Vorkaufsrechts; eingeschränkte gerichtliche Nachprüfbarkeit FSt 111, 386
- Zuständigkeit des Gemeinderats für die Ermessensentscheidung über die Ausübung eines Vorkaufsrechts FSt 146, 481
- Der Gemeinderat muss die Ermessensentscheidung zur Ausübung eines Vorkaufsrechts selbst treffen FSt 146, 482
- Ordnungsgemäße Ermessensentscheidung im Zusammenhang mit der Ausübung eines Vorkaufsrechts FSt 146, 482
- Ausübung des Vorkaufsrechts in einem Sanierungsgebiet zum Wohl der Allgemeinheit (bejaht); Ausfertigungsmangel (verneint) FSt 256, 858
- Ordnungsgemäße Bekanntmachung und Ausfertigung eines Bebauungsplans (hier bejaht) FSt 256, 859
- Ausübung des Vorkaufsrechts in einem förmlich festgelegten Sanierungsgebiet zum Wohl der Allgemeinheit (hier bejaht) FSt 256, 860

W

Wasserrecht

- Voraussetzungen der Zulässigkeit einer vorläufigen Anordnung nach § 52 Abs. 2 Satz 1 WHG FSt 24, 80
- Wasserrechte und Wasserentnahmen in Bayern FSt 102, 348

- Bohrung zur Vorbereitung des Neu- bzw. Ausbaus einer Eisenbahnstrecke (sog. Brenner-Nordzulauf), Antragsbefugnis einer Gemeinde als kommunale Trägerin der öffentlichen Wasserversorgung, wasserrechtliches Rücksichtnahmegebot FSt 175, 585
- (Keine) Verletzung des kommunalen Selbstverwaltungsrechts FSt 175, 585
- (Keine) Verletzung des wasserrechtlichen Rücksichtnahmegebots FSt 175, 586
- Anforderungen an eine wasserrechtliche Duldungsanordnung nach § 93 WHG gegenüber einem Grundstückseigentümer für die Verlegung einer Trinkwasserleitung FSt 221, 745
- Kein Verstoß der Duldungsanordnung gegen zwingendes Natur- oder Artenschutzrecht FSt 221, 746
- Anforderungen an die Verhältnismäßigkeit einer Duldungsanordnung nach § 93 Satz 2 WHG i.V.m. § 92 Satz 2 WHG FSt 221, 746
- Die bloße Abwälzung der Belastung auf ein anderes Grundstück ist nicht „ebenso zweckmäßig“ FSt 221, 746
- Zweckmäßigkeit von Alternativtrassen FSt 221, 747
- Kein Verstoß gegen den Gleichbehandlungsgrundsatz FSt 221, 747
- Zur Frage der Mehrkosten für eine alternative Trassenführung FSt 221, 748
- Abgrenzung von Planergänzungs- und Entschädigungsverfahren FSt 271, 905
- Ausgleichsanspruch nach § 74 Abs. 2 Satz 3 VwVfG FSt 271, 906
- Kein Festsetzungsbescheid nach Art. 37 Abs. 2 WaStrG FSt 271, 906

Wasserschutzgebiete

- Vorläufige Anordnung nach § 52 Abs. 2 Satz 1 WHG wegen abstrakter Gefährdung des Trinkwassers FSt 9, 31
- Zweck des § 52 Abs. 2 Satz 1 WHG (vorläufige Anordnungen) FSt 9, 31
- Vorliegen einer hinreichend konkretisierten Planungsabsicht FSt 9, 32
- Gefährdung des mit der künftigen Festsetzung eines Wasserschutzgebiets verfolgten Zwecks FSt 9, 32
- Schutzfähigkeit des vorgesehenen Wasserschutzgebiets FSt 9, 34
- Keine sonstige Beeinträchtigung der Schutzfähigkeit des Gebiets durch Straßen, Gewerbe und Privathaushalte FSt 9, 35
- Keine längeren Übergangsfristen erforderlich FSt 9, 35

- Räumliche Ausdehnung eines Wasserschutzgebiets; zulässige Zugrundelegung einer wasserrechtlich (noch) nicht gestatteten Bemessungsfördermenge; Anwendbarkeit von § 87b VwGO im Normenkontrollverfahren FSt 43, 145
- Bedeutung von Regelwerken bei der Festlegung der räumlichen Ausdehnung eines Trinkwasserschutzgebiets FSt 43, 145
- Die Zugrundelegung einer wasserrechtlich (noch) nicht gestatteten Bemessungsfördermenge führt aufgrund der besonderen Umstände des Einzelfalls nicht zu einem Übermaß des ausgewiesenen Schutzgebiets FSt 43, 146
- Gilt § 87b VwGO auch im Normenkontrollverfahren nach § 47 VwGO? FSt 43, 147
- Entschädigung wegen Eigentumsbeschränkungen in einem Wasserschutzgebiet FSt 113, 388
- § 52 Abs. 4 WHG stellt eine Inhalts- und Schrankenbestimmung des Eigentums dar FSt 113, 389
- Der Grundsatz der Realkompensation setzt einen vorherigen erfolglosen Antrag auf Befreiung voraus FSt 113, 389
- Aus Art. 14 Abs. 1 Satz 2 GG ergibt sich nicht, dass ein Antrag auf Befreiung nicht erforderlich wäre FSt 113, 390
- Die vorherige Beantragung einer Befreiung wäre für die Eigentümer zumutbar gewesen FSt 113, 391

Wasserversorgung

- Öffentliche Wasserversorgung für den Wasserbedarf eines Unternehmens für Produktionszwecke; wasserrechtliche Veränderungssperre FSt 211, 706
- Voraussetzungen einer wasserrechtlichen Veränderungssperre FSt 211, 706
- Begriff der öffentlichen Wasserversorgung FSt 211, 707
- Keine „Aufspaltung“ einer öffentlichen Wasserversorgungseinrichtung FSt 211, 708
- Die Nutzung der öffentlichen Wasserversorgung durch den Verbraucher setzt nicht voraus, dass für den jeweiligen Nutzungszweck Trinkwasser unverzichtbar ist FSt 211, 711
- Keine Vollüberprüfung der Neufestsetzung des Wasserschutzgebiets FSt 211, 711
- Entgeltliche Inanspruchnahme der öffentlichen Wasserversorgung als unzulässige staatliche Beihilfe? (verneint) FSt 211, 711
- Grundsatz der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit FSt 211, 712
- Ermessensausübung beim Erlass der Veränderungssperre FSt 211, 712

- Rückwirkende Erhöhung des Gebührensatzes GK 62, 149
- Unwirksame Rückwirkungsanordnung in der Herstellungsbeitragsatzung GK 138, 346
- Bei Entstehen eines Verbesserungsbeitrags muss ein Einrichtungsträger auch über eine Herstellungsbeitragsatzung mit neu kalkulierten Beitragsätzen verfügen GK 138, 346
- Die rückwirkende Ersetzung eines unwirksamen Beitragsmaßstabs durch einen wirksamen Beitragsmaßstab ist in der Rechtsprechung grundsätzlich anerkannt GK 138, 347
- Erfasst die Rückwirkungsanordnung für die erhöhten Beitragssätze auch einen Zeitraum, in dem der Verbesserungsaufwand noch nicht entstanden war, ist sie unwirksam GK 138, 347
- Der Gleichbehandlungsgrundsatz verlangt, dass der Investitionsaufwand für Verbesserungsmaßnahmen gleichmäßig auf Alt- und Neuanschließer verteilt wird GK 138, 348
- Heranziehung von Außenbereichsgrundstücken mit großflächigen Gewächshäusern zum Herstellungsbeitrag für die Wasserversorgungseinrichtung GK 149, 368
- Die Frage, ob ein Gebäude oder selbständiger Gebäudeteil einen Anschlussbedarf auslöst, ist nach objektiven Gesichtspunkten typisierend zu entscheiden GK 149, 369
- Gewächshäuser unterliegen mit ihrer kompletten überbauten Fläche der Beitragspflicht GK 149, 369
- Für die Annahme eines beitragsrechtlichen Vorteils ist nicht zu verlangen, dass der Bedarf vollständig durch die öffentliche Wasserversorgungsanlage gedeckt wird GK 149, 370
- Bei überdachter Pflanzenproduktion kann den verursachten Härten mit der Gewährung einer Stundung begegnet werden GK 149, 371
- Auch eine außergewöhnliche Betriebsgröße rechtfertigt hinsichtlich der Beitragspflicht keine andere Betrachtung GK 149, 371
- Entstehen der Beitragspflicht und Beginn der Festsetzungsverjährung bei nachträglichen Geschossflächenmehrungen GK 157, 387
- Der für das Entstehen des Beitrags maßgebliche Abschluss der Maßnahme liegt bei Herstellung in einer Form vor, die eine bauordnungsrechtliche Nutzbarkeit zulässt GK 157, 388
- Wird keine Anzeige nach Art. 78 Abs. 2 Satz 1 BayBO abgegeben, kann aus rechtlichen Gründen nicht von einem Abschluss der Baumaßnahme ausgegangen werden GK 157, 389

- Eine Behörde erlangt dann positive Kenntnis von erheblichen Tatsachen, wenn der nach innerbetrieblicher Geschäftsverteilung berufene Amtswalter diese feststellt GK 157, 390
- Der Grundlagenbescheid für die Grundsteuer ist nicht geeignet, beitragsrechtliche Konsequenzen auszulösen GK 157, 390
- Aus dem Grundsteuermessbescheid bzw. der Mitteilung nach § 184 Abs. 3 AO ergeben sich grundsätzlich nicht die für eine Beitragsfestsetzung notwendigen Umstände GK 157, 391

Wassermähler

- Öffentliche Wasserversorgungseinrichtung; Wassermähler mit Funkfunktion; keine Beschränkung des Widerspruchsrechts auf zu Wohnzwecken oder von Einzelpersonen genutzte Einheiten FSt 51, 169
- Die kommunalen Wasserversorger können elektronische Wassermähler mit Funkmodul nur betreiben, wenn von dem gesetzlichen Widerspruchsrecht kein Gebrauch gemacht wurde FSt 51, 170
- Das Widerspruchsrecht ist schon nach dem Gesetzeswortlaut nicht auf solche Anwesen beschränkt, die zu Wohnzwecken genutzt werden FSt 51, 170
- Da personenbezogene Daten auch bei der Verbraucherfassung in gewerblich oder beruflich genutzten Räumen anfallen, muss sich das Widerspruchsrecht auch auf solche Objekte beziehen FSt 51, 171
- Das Widerspruchsrecht besteht für jede im Objekt befindliche Einheit, selbst wenn diese von mehreren Personen genutzt wird FSt 51, 172
- Die Verbrauchsdatenerfassung kann auch bei gemeinsam genutzten Räumlichkeiten einen Eingriff darstellen FSt 51, 172

Widerspruch

- Zur Formunwirksamkeit eines mündlich erhobenen Widerspruchs FSt 168, 561
- Ein Widerspruch i.S.d. § 69 VwGO muss nicht als solcher bezeichnet werden FSt 168, 562
- Ein mündlicher Widerspruch im Rahmen einer Vorsprache bei der Behörde, die den Verwaltungsakt erlassen hat, genügt nicht dem Form Erfordernis FSt 168, 562
- Mangelnde Rechtskenntnis entschuldigt ein Fristversäumnis i.d.R. nicht und ist daher kein Wiedereinsetzungsgrund FSt 168, 562

Wiederkaufsrecht

- Wirksamkeit eines 30-jährigen Wiederkaufsrechts der Gemeinde in einem städtebaulichen Vertrag; Vertretungsmacht des ersten Bürgermeisters bei Rechtshandlungen vor dem 1.4.2018 FSt 135, 447
- Die gesetzliche Frist zur Ausübung des Wiederkaufsrechts beträgt 30 Jahre FSt 135, 447
- Zulässigkeit der Vereinbarung einer Bauverpflichtung und deren Absicherung durch ein Wiederkaufsrecht FSt 135, 448
- Zulässigkeit der 30-jährigen Frist für die Ausübung des Wiederkaufsrechts FSt 135, 449
- Keine Übertragbarkeit der Rechtsprechung zu Ausübungsfristen für den Wiederkauf beim sog. „Einheimischenmodell“ FSt 135, 450
- Eine fehlende Härtefallregelung stellt keinen Verstoß gegen das Gebot der angemessenen Vertragsgestaltung gemäß § 11 Abs. 2 BauGB dar FSt 135, 451
- Verwirkung des Wiederkaufsrechts (verneint) FSt 135, 452
- Die Wirksamkeit von Rechtshandlungen, die der erste Bürgermeister einer bayerischen Gemeinde bis zum 31.3.2018 vorgenommen hat, hängt nicht vom Vorliegen eines erforderlichen Gemeinderatsbeschlusses ab FSt 135, 453

Windenergieanlage

- Gesetz zur Erhöhung und Beschleunigung des Ausbaus von Windenergieanlagen an Land FSt 20, 67
- Windräder: Lockerung der 10H-Regel auf Vorranggebieten FSt 75, 262
- Festlegung von Vorranggebieten, in denen die 10H-Regelung des Art. 82 Abs. 1, 2 BayBO keine Anwendung findet; Art. 82 Abs. 5 BayBO FSt 75, 263
- Privilegierung einer Windenergieanlage in einem Vorranggebiet ab einem Mindestabstand von 1.000 m zu Wohngebäuden; Art. 82a BayBO FSt 75, 265
- Keine landesgesetzlichen Mindestabstände für Windenergieanlagen auf Flächen in Windenergiegebieten ab 31.5.2023; Art. 82b BayBO FSt 75, 265
- Änderungen der Sach- und Rechtslage zugunsten des Anlagenbetreibers; hier: Windenergieanlage FSt 154, 518
- Mustervertrag für kommunale Teilhabe nach dem EEG 2023 von der Fachagentur Windenergie an Land (FA Wind) GK 66, 162
- Besonderheiten der Novellierung des EEG 2023 für schon abgeschlossene Verträge zur kommunalen Teilhabe GK 66, 163

Wirtschaftsprüfer

- Erstellung und Prüfung von Nachhaltigkeitsberichten – Nachhaltigkeitskompass der Wirtschaftsprüferkammer GK 74, 185

Wohngeld

- Gesetz zur Erhöhung des Wohngeldes und zur Änderung anderer Vorschriften (Wohngeld-Plus-Gesetz) vom 5.12.2022 GK 30, 72

Wohnungsbindungsgesetz

- Bek des StMB vom 1.12.2022 – Änderung der Verwaltungsvorschriften zum Vollzug des Wohnungsbindungsvorschriften GK 41, 96

Wohnweg

- Notwegrecht bei fehlender Verbindung mit öffentlichem Weg FSt 84, 281
- Kein Ausschluss des Notwegrechts bei ordnungsgemäßer Nutzung eines Grundstücks und nicht anderweitiger Erreichbarkeit FSt 84, 282
- Duldungspflichtige nach § 917 Abs. 1 Satz 1 BGB FSt 84, 283
- Hinweise des BGH für die weitere Sachbehandlung der Frage des Bestehens eines Notwegrechts FSt 84, 284

Z

Zinsen

- Zinssatz für die Verzinsung des Anlagekapitals GK 95, 241

Zinssätze

- Änderungen beim Basiszinssatz, beim Zinssatz für Hauptrefinanzierungsgeschäfte sowie bei den Zinssätzen für die Spitzenrefinanzierungsfazilität und die Einlagefazilität GK 29, 71
- Änderungen bei den Zinssätzen für Hauptrefinanzierungsgeschäfte, für die Spitzenrefinanzierungsfazilität und die Einlagefazilität GK 85, 213
- Änderungen bei den Zinssätzen für Hauptrefinanzierungsgeschäfte, für die Spitzenrefinanzierungsfazilität und die Einlagefazilität GK 113, 287
- Änderungen bei den Zinssätzen für Hauptrefinanzierungsgeschäfte, für die Spitzenrefinanzierungsfazilität und die Einlagefazilität GK 146, 359
- Änderungen beim Basiszinssatz ab 1.7.2023, beim Zinssatz für Hauptrefinanzierungsgeschäfte sowie bei den Zinssätzen für die Spitzenrefinanzierungs- und die Einlagefazilität ab 2.8.2023 GK 164, 407

- Änderungen beim Zinssatz für Hauptrefinanzierungsgeschäfte sowie bei den Zinssätzen für die Spitzenrefinanzierungs- und die Einlagefazilität ab 20.9.2023 GK 212, 527

Zivilprozessordnung

- Bekanntmachung von § 115 der Zivilprozessordnung (Prozesskostenhilfebekanntmachung 2023 – PKHB 2023) vom 22.12.2022 GK 41, 95

Zuwendungen

- Rückforderung einer Zuwendung aufgrund eines vorzeitigen Maßnahmenbeginns FSt 266, 891
- Rückforderung der Zuwendung als Folge eines Verstoßes gegen das Verbot des vorzeitigen Maßnahmenbeginns FSt 266, 892
- Ein nur mündlich vereinbarter Vorbehalt, dass bei Versagung der Zuwendung die Bestellung als nicht getätigt gelten soll, reicht nicht aus FSt 266, 893

Zuwendungen, Zuschüsse

- Digitalministerium fördert digitale Planungsmodelle für Kommunen FSt 4, 15
- Bek des StMUV vom 17.10.2022 – Richtlinien zur Förderung von Maßnahmen des Natur- und Artenschutzes, der Landschaftspflege sowie der naturverträglichen Erholung in Naturparks (Landschaftspflege- und Naturpark-Richtlinien – LNPR) GK 10, 24
- Bek des StMPG vom 28.10.2022 – Änderung der Förderrichtlinie Pflege im sozialen Naheum GK 21, 48
- Bek des StMFH vom 8.11.2022 – Einundzwanzigste Änderung der Fahrkostenzuschuss-Bekanntmachung GK 21, 48
- Bek des StMELF vom 26.11.2022 – Richtlinie zum 28. Wettbewerb 2023 bis 2026 „Unser Dorf hat Zukunft“ GK 21, 48
- Bek des StMFH vom 30.11.2022 – Änderung der Glasfaser/WLAN-Richtlinie GK 30, 72
- Förderportal „EU-Kommunal-Kompass 2021–2027“ GK 43, 100
- Bek des StMGP vom 17.1.2023 – Richtlinie für die Gewährung von Förderungen und Vergabe von Auszeichnungen aus dem Bayerischen Demenzfonds (Förderrichtlinie Demenz und Teilhabe – DEMTeil) GK 59, 144
- Bek des StMWI vom 20.1.2023 – Grundsätze zur Förderung der Gründung und des Betriebs von Energieagenturen in Bayern GK 59, 144
- Neue Förderung für kommunale Wärmeplanung GK 61, 148

- Bek des StMI vom 14.2.2023 – Änderung der Katastrophenschutz-Zuwendungsrichtlinien
GK 69, 168
- Bek des StMI vom 15.2.2023 – Änderung der Beratungs- und Integrationsrichtlinie GK 69, 168
- Bek des StMFH vom 22.2.2023 – Änderung Heimat-Digital-Regional-Förderrichtlinie
GK 78, 192
- Bek des StMELF vom 29.3.2023 – Förderung von regionalen Projekten zur Nahversorgung Aus dem Landkreis – für den Landkreis (Regional-Nahversorgungsförderrichtlinie)
GK 105, 264
- Bek des StMGP vom 5.4.2023 – Richtlinie zur Förderung neuer ambulant betreuter Wohngemeinschaften sowie zur Förderung von Vorhaben zur Verbesserung der Lebensqualität und der Rahmenbedingungen in der Pflege (Förderrichtlinie Pflege – WoLeRaF)
GK 105, 264
- Bek des StMAS vom 30.3.2023 – Richtlinie zur Förderung der Arbeitsweltbezogenen Jugendsozialarbeit (AJS-Richtlinie) GK 105, 264
- Bek des StMFH vom 13.4.2023 – Änderung der Regionalkultur-Förderrichtlinie GK 115, 288
- Bek des StMGP vom 14.4.2023 – Richtlinie zur Unterstützung der akutstationären pädiatrischen Einrichtungen bei der Bewältigung der Nachwirkungen der Corona-Pandemie
GK 115, 288
- Bek des StMUK vom 28.3.2023 – Änderung der Bekanntmachung über die Mittagsbetreuung und verlängerte Mittagsbetreuung an Grund- und Förderschulen GK 115, 288
- Bek des StMB vom 13.4.2023 – Wohnraumförderungsbestimmungen 2023 (WFB 2023)
GK 115, 288
- Bek des StMFH vom 20.4.2023 – Neunte Änderung der Zuweisungsrichtlinie GK 115, 288
- Bek des StMAS vom 2.5.2023 – Änderung der Richtlinie zur Förderung der Festanstellung von Tagespflegepersonen und zur Förderung von Assistenzkräften in Kindertageseinrichtungen (TP 2 000) GK 125, 312
- Bek des StMFH vom 4.5.2023 – Zweiundzwanzigste Änderung der Fahrkostenzuschuss-Bekanntmachung GK 125, 312
- Bek des StMB vom 14.4.2023 – Änderung der Richtlinien für das Bayerische Modernisierungsprogramm GK 125, 312
- Bek des StMGP vom 28.4.2023 – Richtlinie zum Bayerischen Härtefallfonds für soziales Leben und Infrastruktur im Pflegebereich (HärtefallfondsPflegeR) GK 125, 312
- Bek des StMB vom 14.4.2023 – Änderung der Richtlinien für das kommunale Förderprogramm zur Schaffung von Mietwohnraum in Bayern GK 125, 312
- Bek des StMGP vom 5.5.2023 – Richtlinie über die Gewährung einer Finanzhilfe an zugelassene Krankenhäuser in Bayern aufgrund von Mehrbelastungen im Bereich der Sachkosten aus dem Bayerischen Härtefallfonds
GK 125, 312
- Gesetz zur Änderung des Gesetzes über Finanzhilfen des Bundes zum Ausbau der Tagesbetreuung für Kinder und zur Änderung des Kinderbetreuungsfinanzierungsgesetzes vom 23.5.2023 GK 136, 336
- Bek des StMAS vom 28.4.2023 – Richtlinie für die Förderung von Maßnahmen zur Prävention von politischer und religiös begründeter Radikalisierung (Radikalisierungspräventionsrichtlinie – RPR) GK 136, 336
- Bek des StMELF vom 28.6.2023 – Richtlinie zur Zuwendungen zu waldbaulichen Maßnahmen im Rahmen eines forstlichen Förderprogramms (WALDFÖPR 2020) GK 173, 432
- Bek des StMUK vom 1.8.2023 – Richtlinie zur Förderung von partizipativen Projekten der Kulturellen Bildung mit Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen, auch im internationalen Ideenaustausch (Kulturfonds „Kulturelle Bildung“-Förderrichtlinie) GK 189, 456
- Gemeinsame Bek des StMAS und StMUK vom 23.8.2023 – Richtlinie zur Förderung von Investitionen zum Ausbau ganztätiger Bildungs- und Betreuungsangebote für Kinder im Grundschulalter GK 196, 480
- Bek des StMWi vom 22.8.2023 – Bayerisches Förderprogramm zum Aufbau einer Wasserstofftankstelleninfrastruktur GK 196, 480
- Bek des StMFH vom 28.8.2023 – Zehnte Änderung der Zuweisungsrichtlinie GK 196, 480
- Arbeitgeberzuschüsse zur Entgeltumwandlung zum Zwecke der betrieblichen Altersversorgung
GK 208, 517
- Höhe des Arbeitgeberzuschusses GK 208, 518
- Abwicklung/Verwendung des Arbeitgeberzuschusses GK 208, 519
- Laufende Zuschüsse GK 208, 519
- Bek des StMELF vom 7.9.2023 – Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen im Rahmen des Landwirtschaftserzeugnisse-Schulprogrammgesetzes GK 214, 528
- Bek des StMGP vom 22.9.2023 – Richtlinie zur Stärkung der Pflege im sozialen Nahraum (Förderrichtlinie Gute Pflege in Bayern – Gute-PflegeFör) GK 214, 528

Zwangsversteigerung

- Ansprüche auf Entrichtung einer öffentlichen Last; Vier-Jahres-Zeitraum des § 10 Abs. 1 Nr. 3 ZVG GK 156, 385

Zwangsvollstreckung

- Mangel der Vertretungsmacht; Heilung FSt 119, 399
- Eine titulierte Weiterbeschäftigung wird nicht allein dadurch unmöglich, dass die Arbeitgeberin die Aufgaben des Arbeitnehmers umverteilt FSt 275, 920
- Beseitigung der Verstrickung einer gepfändeten Forderung während des Restschuldbefreiungsverfahrens GK 1, 1
- Gerichtliche Zuständigkeit, über die Aussetzung der Vollziehung zu entscheiden GK 1, 2
- Rechte des Pfändungsgläubigers müssen gewahrt bleiben GK 1, 3
- Auskunftserteilung des Gerichtsvollziehers gegenüber Gläubigern GK 2, 5
- Gesetz zur Durchführung des Haager Übereinkommens vom 2. Juli 2019 über die Anerkennung und Vollstreckung ausländischer Entscheidungen in Zivil- und Handelssachen ... GK 21, 47
- (Un-)Pfändbarkeit einer Corona-Sonderzahlung GK 22, 49
- Verordnung zur Ablösung der Zwangsvollstreckungsformular-Verordnung und zur Änderung der Beratungshilfeformularverordnung und der Verbraucherinsolvenzformularverordnung sowie zur Aufhebung der Gerichtsvollzieherformular-Verordnung vom 16.12.2022 GK 41, 94
- Umfang der Auskunftspflicht des Gerichtsvollziehers gegenüber dem Gläubiger, hier: Auskunft zu Konten Dritter mit Verfügungsberechtigung des Schuldners GK 96, 242
- Das an die Pflegeperson weitergeleitete Pflegegeld ist unpfändbar GK 106, 265
- Rechtliche Grundlagen für den Pfändungsschutz GK 106, 265
- Voraussetzungen für eine Zusammenrechnung gemäß oder entsprechend § 850e Nr. 2, 2a ZPO; hier nicht erfüllt GK 106, 265

Zweitwohnungssteuer

- Miterben; Vermutung des Innehabens zur Eigennutzung; unentgeltliche Überlassung GK 117, 290
- Mitglieder einer Erbengemeinschaft können eine zum Nachlass gehörende Wohnung innehaben und zur Zweitwohnungssteuer herangezogen werden, ohne dass es auf eine vorherige Einigung über die Nutzung der Wohnung für den persönlichen Lebensbedarf ankommt GK 117, 290

- Dass das Innehaben einer Zweitwohnung zur zumindest zeitweiligen Eigennutzung erfolgt, darf die Gemeinde annehmen, solange keine objektiv nachprüfbaren Umstände gegen diese Vermutung sprechen GK 117, 292
- Das Innehaben einer Immobilie als reine Kapitalanlage lässt sich insbesondere durch einen – im Vergleich zum Durchschnittsverbrauch – sehr geringen Strom- und Wasserverbrauch im jeweiligen Steuerjahr belegen GK 117, 293
- Die unentgeltliche Überlassung der Immobilie an ein Mitglied der Erbengemeinschaft schließt die Zweitwohnungssteuerpflicht der übrigen Mitglieder nicht aus GK 117, 294
- Auch bloße Mitinhaber der Wohnung können zur vollen Zweitwohnungssteuer herangezogen werden GK 117, 294
- Möblierte Ferienwohnung; Nettokaltmiete als Bemessungsgrundlage; kein Abzug für Möblierung GK 150, 371
- Der als Bemessungsgrundlage für die Berechnung der Zweitwohnungssteuer zu ermittelnde jährliche Mietaufwand umfasst grundsätzlich auch den auf die Ausstattung der Räume bezogenen Mietanteil GK 150, 372
- Aus Praktikabilitätsgründen darf darauf verzichtet werden, bei unmöbliert angemieteten Wohnungen den Wert des vom Mieter eingebrachten eigenen Mobiliars als Teil des Gesamtaufwands für die Zweitwohnung mit zu berücksichtigen GK 150, 373
- Eigennutzung durch Wohnungseigentümer; Bemessung des Aufwands; Bewertungskriterien GK 197, 481
- Die eine Zweitwohnungssteuer erhebende Gemeinde ist bei der Festlegung der Kriterien zur Ermittlung der „ortsüblichen Nettokaltmiete“ nicht an die Bewertungsmaßstäbe des § 558 Abs. 2 BGB gebunden GK 197, 481
- Die Gemeinde hat im Rahmen ihrer Schätzungsbefugnis einen Beurteilungsspielraum hinsichtlich möglicher Zu- und Abschläge von der ermittelten Durchschnittsmiete GK 197, 482
- Für die Schätzung verwertbare Erkenntnisse über das örtliche Mietniveau können sich auch aus Daten ergeben, die der zuständige Gutachterausschuss anlässlich von Grundstücksge-schäften gewonnen hat GK 197, 483

II. Verzeichnis der Entscheidungen, geordnet nach der zeitlichen Reihenfolge

Die Zahlen bedeuten Randnummern

Gerichtshof der Europäischen Gemeinschaften (EuGH)

Urteil	v. 22.02.2022	C-300.20.....	FSt	127
Urteil	v. 02.06.2022	C-43.21.....	FSt	78
Urteil	v. 16.06.2022	C-376.21.....	FSt	46
Urteil	v. 27.10.2022	C-544.21.....	FSt	31
Urteil	v. 10.11.2022	C-486.21.....	FSt	93
Urteil	v. 13.07.2023	C-344.22.....	GK	207

Bundesverfassungsgericht

Beschluss	v. 14.01.2022	2 BvR 1528.21.....	FSt	25
Beschluss	v. 21.03.2022	1 BvR 2650.19.....	FSt	134
Beschluss	v. 28.04.2022	1 BvL 12.20.....	FSt	204
Beschluss	v. 04.05.2022	2 BvR 1330.16, 2 BvR 2233.16.....	FSt	49
Beschluss	v. 21.07.2022	1 BvR 469.20 u.a.....	FSt	106
Beschluss	v. 13.10.2022	2 BvR 1111.21.....	FSt	202

Bayerischer Verfassungsgerichtshof

Entscheidung	v. 14.02.2023	Vf. 10-VII-22.....	FSt	182
--------------	---------------	--------------------	-----	-----

Bundesverwaltungsgericht

Urteil	v. 07.07.2021	8 C 28.20.....	FSt	117
Beschluss	v. 05.11.2021	2 B 15.21.....	FSt	16
Urteil	v. 11.11.2021	3 C 16.20.....	FSt	94
Urteil	v. 02.12.2021	2 A 7.21.....	FSt	2
Beschluss	v. 10.12.2021	1 WB 34.21.....	FSt	12
Urteil	v. 12.01.2022	5 C 6.20.....	FSt	28
Urteil	v. 15.03.2022	1 A 1.21.....	FSt	39
Beschluss	v. 01.05.2022	2 B 41.21.....	FSt	53
Urteil	v. 10.05.2022	4 CN 2.20.....	FSt	17
Beschluss	v. 19.05.2022	2 B 41.21.....	FSt	170
Urteil	v. 23.06.2022	7 C 3.21.....	FSt	57
Beschluss	v. 04.07.2022	2 B 5.22.....	GK	81

Urteil	v. 07.07.2022	2 A 4.21.....	FSt	118
Beschluss	v. 25.07.2022	2 B 14.22.....	FSt	145
Beschluss	v. 28.07.2022	7 B 15.21.....	FSt	154
Urteil	v. 15.09.2022	4 C 5.21.....	FSt	269
Urteil	v. 20.09.2022	9 C 2.22.....	GK	44
Urteil	v. 21.09.2022	8 C 12.21.....	FSt	215
Urteil	v. 11.10.2022	1 C 9.21.....	FSt	222
Urteil	v. 09.11.2022	7 C 1.22.....	FSt	114
Urteil	v. 15.11.2022	2 C 4.21.....	FSt	240
Urteil	v. 15.11.2022	9 C 12.21.....	GK	118
Urteil	v. 29.11.2022	8 C 13.21.....	GK	126
Urteil	v. 26.01.2023	7 CN 1.22.....	FSt	246
Urteil	v. 02.02.2023	3 C 14.21.....	FSt	223
Beschluss	v. 28.02.2023	4 BN 10.22.....	FSt	207
Beschluss	v. 02.03.2023	4 B 23.22.....	FSt	164
Urteil	v. 29.03.2023	10 C 6.21.....	FSt	253
Urteil	v. 25.04.2023	4 CN 5.21.....	FSt	242
Urteil	v. 24.05.2023	9 CN 1.22.....	GK	191
Urteil	v. 01.06.2023	8 C 3.22.....	FSt	200
Urteil	v. 18.07.2023	4 CN 3.22.....	FSt	267

Bayerischer Verwaltungsgerichtshof

Beschluss	v. 13.01.2022	2 ZB 20.548.....	FSt	30
Beschluss	v. 01.02.2022	2 ZB 20.1433.....	FSt	18
Beschluss	v. 08.02.2022	2 ZB 20.1803.....	FSt	41
Urteil	v. 10.02.2022	12 BV 20.17.....	FSt	180
Beschluss	v. 22.03.2022	4 CE 21.2992.....	FSt	71
Beschluss	v. 28.03.2022	3 CE 22.508.....	FSt	203
Beschluss	v. 28.03.2022	6 ZB 21.1543.....	GK	108
Beschluss	v. 29.03.2022	2 N 21.184.....	FSt	55
Urteil	v. 31.03.2022	20 B 18.422.....	GK	138
Beschluss	v. 05.04.2022	1 N 20.1594.....	FSt	40
Beschluss	v. 20.04.2022	3 CE 22.604.....	FSt	61
Beschluss	v. 26.04.2022	6 ZB 21.3233.....	GK	4
Urteil	v. 26.04.2022	8 B 20.1655.....	FSt	103
Beschluss	v. 28.04.2022	6 ZB 21.2951.....	GK	71

Urteil	v. 04.05.2022	16a D 19.1036.....	FSt	33
Beschluss	v. 05.05.2022	4 ZB 21.1355	GK	139
Beschluss	v. 17.05.2022	6 ZB 21.3234	GK	15
Urteil	v. 24.05.2022	15 N 21.2545.....	FSt	54
Beschluss	v. 24.05.2022	6 ZB 21.2279	GK	220
Beschluss	v. 31.05.2022	3 ZB 21.290	FSt	147
Urteil	v. 01.06.2022	5 B 22.674.....	FSt	155
Beschluss	v. 21.06.2022	8 ZB 21.2359	FSt	113
Urteil	v. 23.06.2022	20 N 19.775.....	GK	62
Urteil	v. 28.06.2022	2 N 20.757.....	FSt	63
Beschluss	v. 30.06.2022	7 CE 22.925	FSt	32
Urteil	v. 12.07.2022	8 N 19.2040.....	FSt	181
Beschluss	v. 18.07.2022	20 CS 22.1069.....	FSt	100
Urteil	v. 20.07.2022	4 B 20.3009.....	FSt	45
Beschluss	v. 20.07.2022	11 ZB 21.1777.....	FSt	177
Beschluss	v. 11.08.2022	23 CS 22.1285.....	FSt	56
Beschluss	v. 11.08.2022	24 B 22.807.....	FSt	21
Beschluss	v. 16.08.2022	8 N 19.1138.....	FSt	43
Urteil	v. 14.09.2022	4 B 22.898.....	FSt	128
Beschluss	v. 19.09.2022	8 CS 22.1552.....	FSt	67
Beschluss	v. 21.09.2022	11 ZB 22.881.....	FSt	58
Beschluss	v. 26.09.2022	15 N 21.3023.....	FSt	88
Urteil	v. 27.09.2022	4 BV 21.2328.....	FSt	51
Beschluss	v. 04.10.2022	1 CS 22.1610.....	FSt	76
Urteil	v. 19.10.2022	4 BV 22.871	FSt	108
Beschluss	v. 20.10.2022	6 CS 22.1804.....	GK	90
Urteil	v. 25.10.2022	10 B 21.2747.....	FSt	176
Beschluss	v. 07.11.2022	22 ZB 22.278	FSt	165
Beschluss	v. 15.11.2022	17 P 22.21	FSt	217
Urteil	v. 17.11.2022	20 B 19.1852.....	GK	157
Urteil	v. 17.11.2022	20 B 21.1387.....	GK	97
Beschluss	v. 01.12.2022	2 N 21.530.....	FSt	186
Beschluss	v. 13.12.2022	4 ZB 22.1319	GK	150
Beschluss	v. 28.4.2022	6 ZB 21.739	GK	72
Beschluss	v. 24.05.2023	4 CE 23.854	FSt	251
Beschluss	v. 03.01.2023	8 ZB 22.1862	FSt	221
Beschluss	v. 09.01.2023	4 ZB 22.2095	FSt	157

Urteil	v. 19.01.2023	8 N 22.287.....	FSt	211
Beschluss	v. 20.01.2023	2 ZB 22.1436 und 2 ZB 22.1563	FSt	111
Urteil	v. 30.01.2023	9 N 20.2859.....	FSt	161
Beschluss	v. 01.02.2023	15 NE 23.56	FSt	172
Urteil	v. 03.02.2023	4 N 22.303.....	GK	80
Beschluss	v. 09.02.2023	20 ZB 22.2367, 22.2415	GK	149
Beschluss	v. 15.02.2023	10 AS 23.94	FSt	212
Beschluss	v. 22.02.2023	2 ZB 21.2361	FSt	162
Urteil	v. 23.02.2023	20 B 21.1676.....	GK	198
Beschluss	v. 27.02.2023	2 N 21.1797.....	FSt	171
Urteil	v. 03.03.2023	4 B 22.819	FSt	193
Beschluss	v. 06.03.2023	8 CS 22.2607.....	FSt	175
Beschluss	v. 07.03.2023	7 CS 23.324.....	FSt	174
Urteil	v. 14.03.2023	8 BV 21.1145	FSt	199
Urteil	v. 16.03.2023	15 N 22.2521.....	FSt	208
Beschluss	v. 17.03.2023	4 CE 23.503	FSt	216
Beschluss	v. 21.03.2023	2 ZB 22.639	FSt	196
Beschluss	v. 22.03.2023	8 ZB 22.2505	FSt	166
Beschluss	v. 24.03.2023	10 CS 23.575.....	FSt	189
Urteil	v. 30.03.2023	15 B 22.1762.....	FSt	146
Beschluss	v. 03.04.2023	1 ZB 21.3148	FSt	218
Beschluss	v. 13.04.2023	24 ZB 22.2208	FSt	188
Beschluss	v. 08.05.2023	8 ZB 22.2287	FSt	234
Beschluss	v. 12.05.2023	10 CS 23.847.....	FSt	259
Beschluss	v. 12.06.2023	8 C 23.616.....	FSt	271
Urteil	v. 27.06.2023	4 N 20.1054.....	GK	206
Beschluss	v. 12.07.2023	15 ZB 22.2258	FSt	256
Beschluss	v. 14.07.2023	10 CS 23.1236.....	FSt	272
Urteil	v. 18.07.2023	15 B 22.2216.....	FSt	268
Beschluss	v. 20.07.2023	2 NE 23.1159	FSt	257
Beschluss	v. 16.08.2023	4 ZB 23.130	GK	197

Andere Verwaltungsgerichtshöfe und Oberverwaltungsgerichte

OVG Berlin-Brandenburg	Beschluss	v. 18.01.2022	9 B 19.18.....	GK	148
OVG Berlin-Brandenburg	Urteil	v. 07.09.2022	6 B 7.2022.....	FSt	120
OVG Niedersachsen	Beschluss	v. 03.11.2021	5 ME 80.21	FSt	27

OVG Niedersachsen	Beschluss	v. 03.05.2022	5 ME 12.22.....FSt	144
OVG Niedersachsen	Urteil	v. 28.06.2022	7 KS 63.21.....FSt	125
OVG Nordrhein-Westfalen	Beschluss	v. 16.02.2023	1 B 1065.22.....FSt	254
OVG Nordrhein-Westfalen	Beschluss	v. 11.08.2023	4 A 2243.19.....FSt	266
OVG Rheinland-Pfalz	Urteil	v. 02.03.2022	1 C 11675.20.....FSt	9, 24
OVG Sachsen	Beschluss	v. 13.10.2022	4 B 241.22.....GK	188
OVG Sachsen-Anhalt	Beschluss	v. 08.09.2022	3 M 84.22.....FSt	168
VGH Baden-Württemberg	Urteil	v. 23.11.2021	5 S 3374.19.....FSt	69
VGH Baden-Württemberg	Beschluss	v. 01.04.2022	2 S 3636.21.....GK	117
VGH Baden-Württemberg	Beschluss	v. 02.06.2022	11 S 883.22.....FSt	105
VGH Baden-Württemberg	Urteil	v. 14.07.2022	8 S 1717.21.....FSt	29
VGH Baden-Württemberg	Beschluss	v. 20.09.2022	11 S 121.21.....FSt	133
VGH Hessen	Beschluss	v. 22.04.2022	4 B 503.22.....FSt	44

Verwaltungsgerichte

VG Ansbach	Urteil	v. 25.02.2022	AN 2 K 21.01712.....FSt	66
VG Augsburg	Urteil	v. 26.01.2022	Au 4 K 21.618.....FSt	196
VG Augsburg	Urteil	v. 18.05.2022	Au 4 K 21.855 und Au 4 K 21.880.....FSt	111
VG Augsburg	Urteil	v. 22.07.2022	Au 3 K 22.85.....FSt	7
VG Augsburg	Urteil	v. 12.10.2022	Au 4 K 22.11.....FSt	139
VG München	Beschluss	v. 02.06.2022	M 2 S 22.1725.....FSt	36
VG München	Beschluss	v. 20.10.2022	M 28 S 22.3648.....FSt	260
VG München	Urteil	v. 25.10.2022	M 13L DK 22.3055.....FSt	195
VG München	Urteil	v. 15.11.2022	M 7 K 21.864.....FSt	95
VG München	Beschluss	v. 25.01.2023	M 18 E 22.5844.....FSt	141
VG München	Beschluss	v. 03.05.2023	M 7 E 23.1847.....FSt	251
VG Neustadt an der Weinstraße	Urteil	v. 05.04.2019	1 K 534.18.NW.....FSt	13
VG Regensburg	Urteil	v. 23.02.2023	RO 2 K 19.1585.....FSt	190
VG Würzburg	Urteil	v. 22.03.2023	W 2 K 22.1350.....FSt	220

Bundesgerichtshof

Urteil	v. 12.11.2021	V ZR 115.20.....FSt	5
Beschluss	v. 02.12.2021	IX ZB 10.21.....GK	1
Urteil	v. 03.03.2022	5 StR 228.21.....FSt	26

Beschluss	v. 24.03.2022	I ZB 55.21	GK	2, 96
Urteil	v. 06.04.2022	VIII ZR 219.20.....	GK	93
Urteil	v. 11.05.2022	VIII ZR 117.21.....	GK	86
Urteil	v. 11.05.2022	VIII ZR 379.20.....	GK	38
Urteil	v. 13.05.2022	V ZR 4.21.....	FSt	84
Beschluss	v. 29.06.2022	VII ZB 14.19.....	FSt	119
Urteil	v. 01.07.2022	V ZR 23.21.....	FSt	5
Beschluss	v. 12.07.2022	3 ZB 6.21	FSt	238
Urteil	v. 14.07.2022	VII ZR 255.21.....	GK	88
Urteil	v. 20.07.2022	VIII ZR 337.21, VIII ZR 339.21 und VIII ZR 361.21	GK	112
Urteil	v. 13.09.2022	XIII ZR 9.20.....	FSt	92
Beschluss	v. 21.09.2022	XII ZB 504.21	FSt	198
Urteil	v. 28.09.2022	VIII ZR 300.21.....	GK	124
Beschluss	v. 20.10.2022	IX ZB 12.22	GK	106
Urteil	v. 27.10.2022	IX ZR 213.21	FSt	169
Urteil	v. 01.12.2022	VII ZR 90.22.....	GK	162
Urteil	v. 06.12.2022	VI ZR 284.10	FSt	245
Urteil	v. 06.12.2022	VI ZR 377.21	GK	152
Urteil	v. 16.12.2022	V ZR 144.21	FSt	135
Urteil	v. 19.01.2023	VII ZR 34.20.....	FSt	140
Beschluss	v. 26.01.2023	V ZB 37.21.....	GK	156
Beschluss	v. 01.02.2023	VII ZR 882.21.....	FSt	151
Beschluss	v. 08.02.2023	3 StR 167.22.....	FSt	226
Urteil	v. 09.05.2023	XI ZR 544.21	GK	190
Urteil	v. 16.05.2023	XIII ZR 14.21.....	FSt	263

Andere Zivil- und Strafgerichte

AG Berlin-Mitte	Urteil	v. 07.02.2022	20 C 206.21.....	GK	57
AG Köln	Urteil	v. 26.04.2023	201 C 143.2.....	FSt	183
BayObLG	Beschluss	v. 13.06.2022	Verg 6.22.....	GK	76
BayObLG	Urteil	v. 20.06.2022	204 StRR 180.22.....	FSt	121
BayObLG	Beschluss	v. 31.08.2022	Verg 18.21	FSt	104
BayObLG	Beschluss	v. 14.09.2022	101 ZRR 180.21	FSt	37
BayObLG	Beschluss	v. 31.10.2022	Verg 13.22.....	FSt	143
BayObLG	Beschluss	v. 20.01.2023	Verg 14.22.....	FSt	153

BayObLG	Beschluss	v. 20.01.2023	Verg 17.22.....FSt	262
BayObLG	Beschluss	v. 26.04.2023	Verg 16.22.....FSt	274
KG Berlin	Urteil	v. 25.02.2022	21 U 1099.20.....FSt	187
KG Berlin	Urteil	v. 21.10.2022	7 U 1101.20.....GK	170
KG Berlin	Urteil	v. 03.03.2023	7 U 158.21.....FSt	219
LG Passau	Urteil	v. 01.06.2022	2 O 133.20.....GK	210
OLG Bamberg	Beschluss	v. 21.02.2023	4 U 222.22.....FSt	250
OLG Brandenburg	Beschluss	v. 31.05.2022	3 U 131.21.....GK	194
OLG Brandenburg	Beschluss	v. 22.08.2022	2 U 12.22.....FSt	98
OLG Brandenburg	Urteil	v. 15.09.2022	12 U 37.21.....GK	161
OLG Celle	Urteil	v. 14.12.2022	14 U 44.22.....FSt	129
OLG Düsseldorf	Beschluss	v. 16.03.2022	Verg 28.21.....GK	171
OLG Düsseldorf	Beschluss	v. 27.04.2022	Verg 25.21.....GK	135
OLG Düsseldorf	Beschluss	v. 22.06.2022	Verg 36.21.....GK	122
OLG Düsseldorf	Beschluss	v. 17.08.2022	Verg 50.21.....GK	111
OLG Düsseldorf	Beschluss	v. 25.10.2022	26 U 3.22.....GK	153
OLG Düsseldorf	Urteil	v. 18.11.2022	22 U 137.21.....FSt	60
OLG Düsseldorf	Urteil	v. 08.12.2022	5 U 232.21.....FSt	173
OLG Frankfurt am Main	Urteil	v. 20.11.2019	29 U 134.16.....FSt	6
OLG Frankfurt am Main	Urteil	v. 05.08.2022	21 U 84.21.....GK	102
OLG Frankfurt am Main	Urteil	v. 11.05.2023	1 U 310.20.....FSt	273
OLG Hamm	Urteil	v. 23.02.2022	11 U 94.21.....FSt	131
OLG Hamm	Urteil	v. 27.09.2022	24 U 57.21.....GK	134
OLG Jena	Urteil	v. 17.02.2022	8 U 1133.20.....GK	223
OLG Karlsruhe	Beschluss	v. 10.08.2021	15 Verg 10.21.....GK	9
OLG Karlsruhe	Beschluss	v. 15.12.2021	25 U 342.21.....GK	18
OLG Koblenz	Beschluss	v. 16.12.2021	12 U 1143.21.....FSt	35
OLG Koblenz	Beschluss	v. 04.03.2022	12 U 1858.21.....GK	224
OLG Koblenz	Beschluss	v. 21.04.2022	1 U 2211.21.....FSt	209
OLG Koblenz	Beschluss	v. 20.06.2022	1 U 2211.21.....FSt	209
OLG Koblenz	Beschluss	v. 12.12.2022	Verg 3.22.....GK	163
OLG Köln	Urteil	v. 13.03.2022	11 U 7.21.....GK	75
OLG Köln	Urteil	v. 13.04.2022	11 U 22.21.....GK	120
OLG München	Beschluss	v. 03.02.2022	28 U 3344.21 Bau.....GK	46
OLG Naumburg	Urteil	v. 16.12.2022	7 U 40.22.....FSt	126
OLG Schleswig-Holstein	Urteil	v. 08.07.2022	1 U 97.21.....GK	35
OLG Schleswig-Holstein	Urteil	v. 31.08.2022	12 U 119.21.....GK	27

OLG Stuttgart	Urteil	v. 17.08.2021	10 U 423.20.....FSt	99
OLG Stuttgart	Urteil	v. 18.10.2022	10 U 99.22.....FSt	64

Bundesarbeitsgericht

Urteil	v. 08.12.2021	10 AZR 641.19.....FSt	38
Urteil	v. 19.01.2022	5 AZR 346.21.....GK	100
Urteil	v. 23.02.2022	4 AZR 354.21.....FSt	156
Urteil	v. 24.02.2022	6 AZR 333.21.....FSt	3
Urteil	v. 01.03.2022	9 AZR 353.21.....FSt	97
Urteil	v. 26.04.2022	9 AZR 367.21.....FSt	52
Beschluss	v. 27.04.2022	4 ABR 25.21.....FSt	132
Urteil	v. 27.04.2022	4 AZR 463.21.....FSt	137
Urteil	v. 04.05.2022	5 AZR 366.21.....FSt	62
Urteil	v. 05.05.2022	2 AZR 483.21.....FSt	136
Urteil	v. 01.06.2022	5 AZR 28.22.....GK	25
Urteil	v. 02.06.2022	8 AZR 191.21.....FSt	107
Urteil	v. 13.07.2022	5 AZR 498.21.....GK	186
Urteil	v. 10.08.2022	5 AZR 154.22.....GK	110
Urteil	v. 25.08.2022	8 AZR 14.22.....GK	22
Beschluss	v. 13.09.2022	1 ABR 22.21.....FSt	72
Beschluss	v. 11.10.2022	1 ABR 18.21.....FSt	236
Beschluss	v. 19.10.2022	7 ABR 27.21.....FSt	225
Urteil	v. 24.11.2022	2 AZR 11.22.....FSt	239
Urteil	v. 15.12.2022	2 AZR 162.22.....FSt	185
Urteil	v. 18.01.2023	5 AZR 93.22.....GK	222
Urteil	v. 31.01.2023	9 AZR 456.20.....GK	169
Urteil	v. 09.02.2023	7 AZR 266.22.....FSt	184
Urteil	v. 28.02.2023	8 AZB 17.22.....FSt	275

Bundesfinanzhof

Urteil	v. 04.05.2022	I R 46.18.....GK	73
Urteil	v. 20.10.2022	III R 25.21.....GK	166
Urteil	v. 02.11.2022	I R 37.19.....GK	99
Urteil	v. 17.01.2023	IX R 15.20.....GK	141

Urteil	v. 18.01.2023	I R 16.19.....GK	168
Urteil	v. 16.05.2023	V R 16.21GK	221

Bundessozialgericht

Urteil	v. 16.02.2022	B 8 SO 3.20 R.....FSt	214
Urteil	v. 29.03.2022	B 4 AS 2.21 R.....FSt	110
Urteil	v. 29.03.2022	B 11 AL 30.21 R.....FSt	138
Urteil	v. 19.05.2022	B 8 SO 13.20 R.....FSt	160
Urteil	v. 28.06.2022	B 12 R 3.20 R.....FSt	205

Landessozialgerichte

LSG Bayern	Urteil	v. 17.03.2022 L SO 170.21.....FSt	59
------------	--------	-----------------------------------	----

